

Kommune 21

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

Personalwesen

Die Zukunft der Arbeit



E-Government

• Serie Digitalstädte:

Die Stadt Nürnberg steht seit 25 Jahren an vorderster Front der Digitalisierung

Informationstechnik

• Cyber-Sicherheit:

Sind Kommunen wegen laxer Sicherheitsmaßnahmen eine leichte Beute für Hacker?

Praxis

• Papenburg:

Räumliche und digitale Modernisierung schafft die Basis für effiziente Prozesse



Spezial

• Cloud-Lösungen:

Das Konzept der souveränen Cloud soll für digitale Unabhängigkeit sorgen



Personalmanagement leicht gemacht! **Mit der HR-Komplettlösung OK.PERS+**

Personalmanagement ist mehr als Gehaltsabrechnung. Deshalb bildet unsere webbasierte HR-Lösung für den öffentlichen Dienst den gesamten Lifecycle eines Mitarbeiters ab: vom Recruiting über das Onboarding, von der Personalentwicklung bis zum Offboarding. Zeitwirtschaft, Reisekostenabrechnung und Kostencontrolling runden das Paket ab. Alles aus einer Hand.

www.akdb.de/pers

AKDB

Wir haben die Lösung

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zukunft der Arbeit ist längst keine ferne Vision mehr – sie hat begonnen. Während der Begriff New Work viele Jahre lang für moderne Arbeitsformen, Sinnorientierung und mehr Selbstbestimmung stand, geht das Konzept Future of Work einen entscheidenden Schritt weiter. Es betrachtet Arbeit nicht nur als interne Organisationsfrage, sondern als Teil eines dynamischen Gesamtsystems, das von technologischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen gleichermaßen beeinflusst wird (Seite 22).

Damit wird deutlich: Die Arbeitswelt von morgen entsteht nicht allein durch neue Bürokonzepte, flexible Arbeitszeiten oder moderne Führung. Sie entsteht durch die Fähigkeit von Organisationen, sich kontinuierlich auf neue Rahmenbedingungen einzustellen. Zukunftsfähigkeit bedeutet heute Anpassungsfähigkeit, Lernbereitschaft und den Mut, Wandel aktiv zu gestalten.

Dies ist insbesondere für Verwaltungen und öffentliche Organisationen eine zentrale Herausforderung. Hier treffen hohe gesellschaftliche Erwartungen auf Fachkräftemangel, steigende Komplexität und den Anspruch, leistungsfähig und bürgernah zu bleiben. Die Transformation der Arbeitswelt ist deshalb keine kurzfristige Reformaufgabe, sondern ein langfristiger Kultur- und Organisationsprozess.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Künstlichen Intelligenz zu – insbesondere im Personalmanagement. KI kann Prozesse beschleunigen, Routinen automatisieren, datenbasierte Entscheidungen unterstützen und die Interaktion mit Mitarbeitenden verbessern. Von intelligentem Recruiting über personalisierte Weiterbildung bis hin zu strategischer Personalplanung eröffnen sich neue Möglichkeiten, die bisher oft nur ansatzweise genutzt werden (Seite 16).



Jürgen Altmann

Der eigentliche Wert von KI liegt jedoch nicht im Ersatz menschlicher Arbeit. Er liegt in ihrer Fähigkeit, Menschen zu entlasten, Entscheidungen besser vorzubereiten und Ressourcen gezielter einzusetzen. Gerade im HR-Bereich, in dem Empathie, Kommunikation und Vertrauen nach wie vor unverzichtbar sind, kann KI menschliche Kompetenzen sinnvoll ergänzen.

Dafür ist ein Perspektivwechsel erforderlich: weg von der reinen Reaktion auf technologische Trends, hin zur strategischen Gestaltung. Organisationen müssen die konkreten Potenziale von KI verstehen, ihre Grenzen kennen und wissen, wie Technologie verantwortungsvoll eingesetzt werden kann.

Die Zukunft der Arbeit hängt somit nicht davon ab, ob KI kommt, sondern davon, wie sie eingesetzt wird. Wer Wandel als Daueraufgabe begreift und Technologie mit menschlicher Kompetenz verbindet, kann Arbeit nicht nur effizienter, sondern auch besser gestalten.

Ihr



Alexander Schaeff

E-Government

Serie Digitalstädte: In Nürnberg wird Digitalisierung als Ganzes gedacht 10

Interview: Warum Nürnberg bei der Digitalisierung weiter ist als das OZG, erläutert Digitalchef Olaf Kuch 13

Mainz: Digitalisierung als gemeinsame Aufgabe, die von Austausch und Zusammenarbeit lebt 14

Titel

Personalwesen: Wie Künstliche Intelligenz als strategischer Hebel genutzt werden kann 16

Interview: Über die Vorteile von KI-Tools im HR-Bereich spricht Hendrik Kellermeyer, AKDB 18

Künstliche Intelligenz: Das Spannungsfeld zwischen Tempo und Verantwortung ausbalancieren 20

New Work: Das Konzept Future of Work entwickelt den Ansatz systematisch weiter 22

Stuttgart: Ganzheitliche Rahmenbedingungen für neue Arbeitswelten in der Verwaltung geschaffen 24

Lösungen: Wie der IT-Dienstleister ekom21 Kommunen bei der Personalarbeit unterstützt 26

Personalabrechnung: Prozesse auslagern, um handlungsfähig zu bleiben 28

Kreis Nienburg/Weser: HR-Prozesse optimiert 30

Informationstechnik

Serie Smart Cities: IoT ist das Nervensystem der smarten Stadt 32

ANGA COM: Schwerpunkte der diesjährigen Kongressmesse 34

Glasfaserausbau: lünecom und sewikom versorgen insbesondere ländliche Regionen 36

Cyber-Sicherheit: Über den Schutz der IT vor Cyber-Kriminellen sprechen Kira Groß-Bölting und Jan Leitzgen von G DATA Advanced Analytics 38

Remote Access: Zugriff auf Daten und Systeme entscheidet über digitale Handlungsfähigkeit 40

Software as a Service: Nutzung wirksam kontrollieren 42

Messaging-Apps: Was spricht für Threema Work? 44

Praxis

Papenburg: Verwaltung räumlich und digital modernisiert 46

Essen: Anke Hammacher, Stadt Essen, und Norbert Rheindorf, Nagarro, über das rein digitale Ausstellen der Hundemarke 48

Spezial

Cloud Computing: Womit das Konzept der souveränen Cloud punktet 50

Interview: Nikolaus Hagl, Delos Cloud, über geopolitische Risiken, technologische Abhängigkeiten und den Bedarf an souveränen Plattformen 52

Infrastruktur: Wie die Cloud von einer Blackbox zur kontrollierbaren Umgebung wird 56

Rubriken:

Editorial 3
News 6
IT-Guide 58
Vorschau, Impressum 66



KI im Personalwesen

Im Personalwesen kann KI als strategischer Hebel zur Neugestaltung von Prozessen, Entscheidungen und Interaktionen genutzt werden. Allerdings bewegt sich die Technologie in diesem datensensiblen Bereich in einem Spannungsfeld, das es auszubalancieren gilt.

ab Seite 16



Digitale Zeiten brauchen smarte Lösungen.

Smartes Handeln in modernen Kommunen. Mit cosma21 bietet Ihnen ekom21 die führende Lösung im Bereich Smart City/Smart Region. Unabhängig von der Größe ihrer Kommune haben wir die passenden Anwendungen. Smarte Lösungen garantieren verantwortungsvolles Handeln – nicht nur hinsichtlich Klimaschutz, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Werden Sie smart. Wir beraten Sie mit unserem erfahrenen und starken Team! So gelingt Zukunft. Für Sie, mit uns. Weitere Informationen unter: www.ekom21.de/cosma21

News-Ticker

Schwentinental: Planungs-KI von Dataport

Der IT-Dienstleister Dataport hat eine Planungs-KI für die Stadt Schwentinental entwickelt. Finanzielle Unterstützung kam vom Land Schleswig-Holstein.

- www.schwentinental.de

Kassel: Digitaler Wegweiser

In Kassel werden Daten zur Barrierefreiheit von Gebäuden erhoben. Der Digitale Wegweiser soll Menschen mit Hilfebedarf die Orientierung erleichtern.

- www.kassel.de

Osnabrück: Pilot im DigitalPakt Alter

Osnabrück ist eine von zehn Pilotkommunen des DigitalPakts Alter. Das Projekt baut Netzwerke zur Förderung digitaler Kompetenzen älterer Menschen auf.

- www.osnabrueck.de

Augsburg: Straßenraum in 3D

Das Augsburger Stadtgebiet wird derzeit von einem Messfahrzeug abgefahren. Aus den Daten entsteht ein digitales Abbild des öffentlichen Raums.

- www.augsburg.de

Bayern

Gute Stimmung

Die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) hat das BVS-Stimmungsbarometer für das Jahr 2026 präsentiert. Dafür wurden insgesamt 1.000 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger befragt. Der Umfrage zufolge stehen die Menschen im Freistaat digitalen Verwaltungsangeboten im Allgemeinen offen gegenüber. Insgesamt beschreiben sieben von zehn Befragten (70 Prozent) ihre Einstellung zur Digitalisierung und dem Einsatz von KI als grundsätzlich positiv. Rund die Hälfte der Umfrageteilnehmenden (51 Prozent) spricht sich für ein erweitertes digitales Angebot in ihrer Gemeinde aus, zwei Drittel (65 Prozent) möchten ihre Anliegen künftig so weit wie möglich online erledigen. Gleichzeitig wird auch ersichtlich, dass nicht alle gleichermaßen mit der technologischen Entwicklung Schritt halten können. So fühlt sich nahezu ein Viertel der Befragten vom Wechsel hin zu mehr digitalen Behördendiensten überfordert.

www.bvs.de

Gera

Gebündelte Informationen

Als Bestandteil ihres SMARTCity-Projekts hat die Stadt Gera in den vergangenen Monaten ihre neue City-App weiterentwickelt. Sie bündelt unter anderem aktuelle Pressemitteilungen, Informationen zu laufenden Smart-City-Projekten, Fahrgastinformationen des ÖPNV sowie das GeoPortal. Zukünftig soll die App noch um Funktionen wie digitale Stadtrundgänge erweitert werden, bei denen Audioguides in Zusammenarbeit mit dem Gästeführer Region Gera historische und aktuelle Ansichten der Stadt präsentieren. Petra Raßmann, Leiterin des SMARTCity-Projekts, betont: „Mit der Gera-City-App bringen wir unsere Stadt digital auf das Smartphone. Unser Ziel ist es, Gera für alle zugänglicher zu machen – egal, ob man hier lebt, arbeitet oder die Stadt besucht.“

www.gera.de

Kreis Dithmarschen

Pionier für LLMoin

Als erster Kreis in Schleswig-Holstein setzt Dithmarschen auf den KI-Textassistenten LLMoin. Das teilt der IT-Dienstleister Dataport mit. LLMoin unterstützt die Verwaltungsmitarbeitenden bei alltäglichen Aufgaben wie dem Verfassen von E-Mails, Recherchearbeiten, der Prüfung von Anträgen sowie dem Zusammenfassen von Informationen. LLMoin funktioniert nach Angaben von Dataport unabhängig vom Landesnetz und eignet sich damit auch für kleinere Kommunen, die keine eigene Anbindung besitzen. Die Implementierung der leistungsfähigen KI könne innerhalb kürzester Zeit erfolgen – und zwar auch dort, wo bislang technische oder organisatorische Einstiegshürden bestanden. Damit sei LLMoin in der Breite quasi von jeder Kommune nutzbar.

www.dithmarschen.de

Veranstaltungen

Zukunftskongress wieder mitten in Berlin

Der 12. Zukunftskongress Staat & Verwaltung wird am 9. und 10. Juni 2026 wieder im bcc am Berliner Alexanderplatz stattfinden. Das teilten die Organisatoren mit. Im Mittelpunkt des Kongresses stehen Zukunftsaufgaben der Staats- und Verwaltungsmodernisierung. Ziel sei es, die Leistungsfähigkeit und Dienstleistungsorientierung staatlichen Handelns zu verbessern und damit auch den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Für 2026 erwarten die Organisatoren erneut hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Genannt werden unter anderem die Chief

Information Officers (CIOs) der Bundesländer, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie Oberbürgermeister und Bürgermeister. Bereits bestätigt seien unter anderem der Parlamentarische Staatssekretär Philipp Amthor aus dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, Berlins Bürgermeister und Finanzsenator Stefan Evers, Staatssekretärin Luise Hölscher aus dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, Bayerns Digitalminister Fabian Mehring sowie Hamburgs Staatsrat Jan Pörksen.

www.zukunftskongress.de

RECHTSANSPRUCH GANZTAGS MIT LITTLE BIRD – DIE DIGITALE KOMPLETTLÖSUNG FÜR IHRE KOMMUNE

– von U3 bis Schulkindbetreuung



UNSERE BAUSTEINE – INDIVIDUELL KONFIGURIERBAR.

Alles in einer Plattform – mit über 25 Lösungsbausteinen individuell anpassbar für Ihre Kommune.



ZENTRALES FAMILIENPORTAL:
Online-Suche & Anmeldung (0-10 Jahre)



PLATZMANAGEMENT:
Echtzeit-Überblick über alle Kapazitäten



GANZTAGS-STEUERUNG:
Modulare Buchung von Randzeiten & Ferienbetreuung



ELTERNBEITRÄGE:
Automatisierte Berechnung & Bescheiderstellung



KIKOM APP:
Digitale Elternkommunikation & Anwesenheit



VERPFLEGUNGSMANAGEMENT:
Speiseplanung & Essensabrechnung auf Guthabenbasis



PERSONAL:
Dienstplanung & Zeiterfassung



SCHNITTSTELLEN:
Nahtlose Anbindung an bestehende Fachverfahren

IHRE VORTEILE AUF EINEN BLICK

- **Alle Belegungen im direkten Überblick**
Behalten Sie Platzanfragen bis zum Betreuungsvertrag von 0-10 Jahren und freie Plätze trägerübergreifend und tagesaktuell im Blick.
- **Weniger Abstimmungs- und Verwaltungsaufwand**
Digitale Prozesse reduzieren den Abstimmungsbedarf bei der Platzvergabe zwischen Trägern und Verwaltung, während automatisierte Gebühren- und Essensgeldabrechnungen Ihre Fachkräfte zusätzlich entlasten.
- **Planungssicherheit für den Rechtsanspruch**
Nutzen Sie verlässliche Echtzeit-Daten, um auch die Ganztagsbetreuung vorausschauend zu steuern und den gesetzlichen Anspruch sicher zu erfüllen.

Bereits über 600 Kommunen und Landkreise vertrauen auf die Lösungen von LITTLE BIRD.
JETZT TERMIN VEREINBAREN:

vertrieb@little-bird.de
030 235 915 5-77
www.little-bird.de



Eichenzell

Digitale Daseinsvorsorge

Gemeinsam mit Partnern hat die hessische Gemeinde Eichenzell im Rahmen ihres Smart-City-Projekts die technischen Grundlagen geschaffen, um digitale Dienstleistungen und smarte Lösungen künftig in alle kommunalen Leistungsbereiche einbinden zu können. Dazu gehört nach Angaben der Gemeinde eine leistungsfähige moderne IT-Architektur, die im Rechenzentrum des regionalen Dienstleisters rhöncloud betrieben wird.

www.eichenzell.de

Databund

Jubiläum gefeiert

Der Verband Databund feiert 20-jähriges Jubiläum. Der Gründung im Januar 2006 waren viele Jahre der Zusammenarbeit der untereinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen im Rahmen der Standardisierungsarbeitsgruppen im Projekt Media@Komm vorausgegangen. Der Gründungsgedanke: Gemeinsam für einen fairen Wettbewerb eintreten und als mittelständische IT-Wirtschaft im öffentlichen Sektor sichtbar werden. Der Databund-Vorstandsvorsitzende Sirko Scheffler sieht für die Zukunft noch zahlreiche Arbeitsfelder: „Wir müssen als Verband dafür sorgen, dass die Kommunen und ihre IT-Auftragnehmer ein stärkeres Gewicht in bundesweiten Großprojekten bekommen, damit mehr Praxiswissen und kommunale Realität für bessere und funktionierende Projektergebnisse sorgen, damit digitale Dienste endlich bei den Bürgern ankommen. Daneben ist auch unsere Forderung nach einem fairen Wettbewerb inzwischen noch aktueller als vor 20 Jahren.“

www.databund.de

Gütersloh

Urban Stack ausgezeichnet

Gütersloh ist mit dem DIGITAL-Award 2026 ausgezeichnet worden. Auf der KommDIGITALE in Bielefeld wurde die Stadt für ihr Innovationsprojekt Urban Stack (siehe auch *Kommune21*, Ausgabe 4/2026) geehrt. In der Kategorie „Kommunen und Gemeinden über 100.000 Einwohnende“ gewann das Projekt den Preis, der von der Öffentlichkeit gewählt wird, teilt die Kommune mit. Mit dem Urban Stack hat Gütersloh eine digitale Plattform entwickelt, die Kommunen eine offene, vernetzte und gemeinsam nutzbare Grundlage für Digitalisierungsprojekte bietet. Sie bündelt



Stadt Gütersloh

Gütersloh erhält DIGITAL-Award.*

kommunale Daten, erlaubt deren Analyse, Verwaltung und grafische Darstellung und kann Informationen mit anderen Kommunen oder der Öffentlichkeit teilen.

<https://urbanstack.de>

* v.l.: Carsten Bratfisch, Projektleiter im städtischen Fachbereich Digitalisierung; Thorsten Schmidhuis, Fachbereichsleiter Digitalisierung und Geoinformation; Amelie Mormann, Community Managerin im Fachbereich Digitalisierung, und Carsten Schlepphorst, Beigeordneter für Digitalisierung, IT, Personal, Organisation und Feuerwehr, ist der DIGITAL-Award von Daniel Sieveke, Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, überreicht worden.

IT-Planungsrat

Kommunen scheuen EfA-Kosten

Der IT-Planungsrat (IT-PLR) hat eine Machbarkeitsstudie zum Aufbau einer föderalen Antragsplattform erarbeitet. Die Studie untersucht insbesondere die Herausforderungen der kommunalen Ebene bei der Digitalisierung von Online-Diensten und leitet daraus Impulse für neue Umsetzungsansätze ab. „Die Studie bestätigt, was viele Kommunen seit Langem zurückmelden: Digitale Angebote werden nur dann breit genutzt, wenn sie einfach, verlässlich und durchgängig funktionieren. Wir brauchen Ende-zu-Ende gedachte Lösungen, die Kommunen entlasten, Kosten senken und föderal anschlussfähig sind“, sagt Stefan

Sauer, der hessische Staatssekretär für Digitalisierung und Innovation. Die Studienergebnisse zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger eine einheitlichere Struktur und durchgängig digitalisierte Verfahren wünschen, um Zeit zu sparen und medienbruchfrei Anträge zu stellen. Kommunen sehen sich hingegen mit hohen Kosten bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes konfrontiert und bemängeln eine geringe Wirtschaftlichkeit. Ursache sind vor allem hohe Anschlusskosten an Einer-für-Alle-Online-Dienste sowie dezentrale Betriebs- und Lizenzkosten der Fachverfahren.

www.it-planungsrat.de

9.–10. Juni 2026 / Berlin, bcc

Beyond Verwaltung: build what's next

Der öffentliche Sektor steht vor seinem nächsten Kapitel.
Cloud, KI und digitale Prozesse sind verfügbar.
Jetzt zählt kluge Umsetzung.
Zwei Tage, die den Unterschied machen.

wegweiser®

12. Zukunftskongress Staat & Verwaltung | 2026

Leitveranstaltung für das moderne
und digitale Deutschland

Jetzt!
anmelden



Infos und Tickets unter zukunftskongress.de

Stadt der Pioniere

Bei der Verwaltungsdigitalisierung hatte Nürnberg schon immer die Nase vorn und bietet mittlerweile fast 1.800 Services digital an. Vom Onlinezugangsgesetz, dessen Lösungen nicht immer der gewohnten Qualität entsprechen, ist man jedoch wenig überzeugt.

Nürnberg ist eine digitale Pionierstadt und strotzt vor fränkischem Selbstbewusstsein. Den Beteiligten gehen Sätze wie „Wir sind weit über das OZG hinaus“ oder „Der Modellwettbewerb Smart City kam für uns 20 Jahre zu spät“ locker über die Lippen. Daraus spricht keine Hybris. Vielmehr ist man sich in Nürnberg bewusst, die Digitalisierung stets überlegt, konsequent und bürgerorientiert vorangetrieben zu haben. Außerdem war man in Vielem bundesweit Erster – bei Anwendungen für den Online-Ausweis, beim Verkehrsleitsystem, bei der digitalen interkommunalen Zusammenarbeit. Und die Ausländerbehörde ist seit 2020 komplett digital.

Alles fing vor mehr als 25 Jahren an, als Digitalisierung noch Electronic Government hieß und nur in Fachzirkeln ein Thema war. 1998 beteiligte sich der Städteverbund Nürnberg am Modellwettbewerb MEDIA@Komm des Bundesforschungsministeriums. Gesucht wurden Anwendungen für die neue elektronische Signatur, und Nürnberg wurde mit der RegioSignCard einer von drei Preisträgern. Das ist zwar lange her, doch hat sich in Nürnberg seitdem eine Haltung etabliert, die sich als Umsetzungs-



Galerie betrachten

In Nürnberg wird Digitalisierung als Ganzes gedacht.

konsequenz beschreiben lässt. „Wir haben damals gelernt, Projekte für die gesamte Verwaltung konsequent zu durchdenken“, sagt Silke Abel, Mitarbeiterin im Stab Strategie, Kommunikation und Steuerung. „Hier ein Leuchttürmchen, dort ein Pilotprojekt helfen nicht weiter.“

Heute steht Nürnberg blendend da: Die Stadt belegt Spitzenplätze beim Digital-Ranking, war zuletzt auf Platz 8 im Bitkom-Index und in der Kategorie Verwaltung sogar auf Platz 1. Nach eigenen Angaben liegen fast 1.800 Verwaltungsleistungen digital vor. Seit 2020 sind annähernd dreieinhalb Millionen Online-Anträge eingereicht worden. Massenverfahren wie Wohngeld, Bewohnerparkausweis und Sperrmüllantrag wurden komplett medienbruchfrei digitalisiert. Die Online-Terminreservierung im

Bürgerbüro ist eine Selbstverständlichkeit. Und eine Anlaufstelle für die persönliche Unterstützung bei Online-Anträgen kann nicht jede Kommune vorweisen.

Dahinter steht die 2019 verabschiedete Dachstrategie Integriertes Stadtentwicklungskonzept Digitales Nürnberg. „Unsere Dachstrategie bezieht sich nicht nur auf Online-Services für Bürgerinnen und Bürger, sondern auch auf die Binnendigitalisierung in der Verwaltung, auf Smart City, Datenmanagement und Datenethik“, sagt Olaf Kuch, Leiter des Direktoriums Bürgerservice, Digitales und Recht (siehe auch Interview Seite 13). „Wir haben eine Gesamtstrategie für die Stadt Nürnberg entwickelt, die ebenso Hochschulen, Wirtschaft und städtische Betriebe umfasst.“ Es gehe darum, Digitalisierung als Ganzes

Stadt Nürnberg

zu denken, möglichst alle Konsequenzen einzubeziehen und alle Beteiligten von Anfang an möglichst niederschwellig einzubinden – vor allem die eigenen Mitarbeiter. „Wir achten im Amt für Digitalisierung und Prozessorganisation darauf, dass unsere Dienststellen aus der Dachstrategie jeweils für ihren Bereich eine digitale Fachstrategie mit konkreter Roadmap ableiten und entwickeln“, erläutert Michael Summerer, Leiter des Sachgebiets Projektmanagement. Die Dienststellen machen sich selbst Gedanken darüber, welches Verfahren sie in welchem Zeitraum digitalisieren wollen und planen entsprechende Ressourcen ein. Begleitet werden sie dabei vom Digitalisierungsamt, das auf Standards und fachbereichsübergreifende Produkte achtet.

In der Nürnberger Altstadt beherbergt gefühlt jedes dritte Gebäude eine Verwaltungseinheit. 72 Dienststellen gibt es insgesamt, 12.000 Angestellte sind bei der Stadt beschäftigt. Eine davon ist Claudia Pfann, Leiterin des Info-Centers Online-Dienste in der Äußeren Laufer Gasse. Das Info-Center wurde 2020 gegründet und dient als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die Hilfestellung bei digitalen Behördendiensten suchen. Hierher kommen Menschen aller Altersstufen und lassen sich beim Auffinden und Ausfüllen von Online-Anträgen, beim Zurücksetzen der Ausweis-PIN oder dem Umgang mit der AusweisApp2 helfen.

An fünf Schaltern sitzen junge Angestellte und kümmern sich um die Kundschaft, die ohne Terminvereinbarung der Reihe nach bedient wird. Dass es hier stets freundlich und sehr verständlich

zugeht, hat sich herumgesprochen. Claudia Pfann zückt eine Statistik: 2.815 persönliche Vorsprachen, 820 Telefonate und 1.963 bearbeitete E-Mails kamen im Januar 2025 zusammen. Pro Tag gelangen durchschnittlich 100 bis 120 Bürger in das Info-Center – im Sommer mehr, im Winter häufen sich Anrufe und E-Mails. Viele kommen nicht nur mit einem Anliegen, sondern gleich mit einem Bündel von Fragen. Ende März ist das Nürnberger Serviceportal „Mein Nürnberg“ zugunsten der BundID eingestellt worden. Nach Möglichkeit werden nun alle Besucher im Info-Center angeleitet, sich eine solche zuzulegen.

Die Übernahme der BundID geschah in Nürnberg nicht ganz freiwillig. An das eigene Serviceportal und die BayernID hatten sich Verwaltung und Bürger gewöhnt. Jetzt setzt der Gesetzgeber auf die BundID, um mehr Standardisierung in der bundesweiten IT-Landschaft zu erreichen. Prinzipiell unterstützen die Nürnberger das Vorhaben, betrachten die BundID jedoch als Rückschritt, da ein Rückkanal fehlt. Das alte Serviceportal konnte die Bürger per E-Mail über Bearbeitungsfortschritte informieren, jetzt müsse oft auf den Postweg zurückgegriffen werden, heißt es. Zudem stünde die nun überflüssige BayernID noch in etwa 600 Fachgesetzen. Mit dem damit verbundenen rechtlichen Aufwand steht Nürnberg allerdings nicht alleine da.

Regulierung kommt auch von anderer Seite. Der Freistaat Bayern stellt den Kommunen Softwarelösungen und bestimmte Fachverfahren in Bündeln zur Verfügung, sogenannte Bayern Packages. Deren Finanzierung wird gemeinsam vom

Land und den Kommunen getragen. Davon Gebrauch zu machen, erscheint wirtschaftlich insofern sinnvoll. Aus der Perspektive Nürnbergs sind die Packages allerdings oftmals auf kleinere Kommunen zurechtgeschnitten. Im Verbund mit München und Augsburg bemüht man sich nun, Einfluss auf deren Inhalte zu nehmen. Die Digitalpakete bergen beispielsweise auch Einer-für-Alle-Leistungen, die nach dem EfA-Prinzip von anderen Bundesländern entwickelt wurden, sich jedoch nicht immer passgenau in die Nürnberger Infrastruktur einfügen.

Die Diskussion um den Umgang mit OZG-Lösungen zeigt sich in Nürnberg beispielhaft. Wie sollen Kommunen mit einem vom Bund vorangetriebenen Digitalisierungsprojekt umgehen, wenn sie selbst bereits auf wichtige Online-Dienste mit besserer Digitalisierungstiefe verweisen können? Sicher ist die Digitalisierungsrendite ein gewichtiges Argument, und zentrale Lösungen zu nutzen, an deren Kosten man ohnehin beteiligt ist, wäre naheliegend. Andererseits ist die Qualität der Lösungen ausschlaggebend. „Nur gut gemachte Digitalisierung ▶

Profil

• Nürnberg

Bundesland:

Bayern

Landkreis:

kreisfreie Stadt

Einwohnerzahl:

530.000

Oberbürgermeister:

Marcus König (CSU)

Web-Präsenz:

www.nuernberg.de



Weiteres Projekt: Mit dem Schlagwort digilog verfolgt Nürnberg eine Multi-Kanal-Strategie und möchte sowohl digital als auch analog für die Bürger erreichbar sein. Bestes Beispiel ist ein Voicebot, der am Telefon über das digitale Angebot Auskunft erteilt.



Für Ausweisdokumente stehen insgesamt sechs Ausgabestationen bereit.*

wird von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen“, sagt Michael Summerer. „Wenn Online-Dienste nicht einfach zu nutzen sind, dann rufen die Kunden am Ende bei uns an und es entsteht mehr Aufwand als bei einem Papierantrag.“

In diesem Punkt ist man in Nürnberg vom OZG nicht ganz überzeugt. 500 erfolgreich durchgeführte Online-Anträge bedeuten 500 Kunden weniger vor Ort. Kommt es aber vermehrt zu Abbrüchen im Online-Verfahren, etwa bei mangelnder Usability, ist niemandem geholfen. Als weiteres Problem wird das Service-Level-Agreement angeführt. Wer leistet Hilfestellung und Support, wenn ein externer Online-Dienst nicht richtig funktioniert? Der Bürger wird sich zunächst an die Kommune wenden. Die allerdings kennt den fremden Dienst gar nicht bis ins Detail und kann unter Umständen nicht weiterhelfen. Hier wünschen sich die Nürnberger mehr Transparenz und Beteiligung beim Nachoptimieren. Die Praxis zeige, dass Online-Dienste sich erst

nach mehreren Iterationsschleifen einspielen. Feedback sieht das OZG indes nicht vor.

Zu den erfolgreichsten Online-Diensten in Nürnberg zählt der Bewohnerparkausweis. Rund 90 Prozent der Anträge erfolgen inzwischen online. Mittels Print@home lässt sich der Ausweis am heimischen Printer ausdrucken. Damit das schwarz-weiße DIN-A4-Blatt jedoch Rechtsgültigkeit erhält, war die Beantragung einer Ausnahmegenehmigung erforderlich. Die Straßenverkehrsordnung schreibt Farbe, Form und Maße der Parkvignette vor. Wird davon abgewichen, ist eine Ausnahmegenehmigung fällig. Hier lautet der Appell an den Gesetzgeber, die technischen Möglichkeiten rechtzeitig mit dem passenden Rechtsrahmen auszustatten.

Ein weiterer, gut genutzter Online-Prozess ist die Ummeldung innerhalb Nürnbergs. Zieht jemand um, kann man die Meldestelle digital darüber informieren und erhält einen Klebestreifen für den Personalausweis mit den neuen Adressangaben per Post. Annähernd die Hälfte der Bevölkerung kann auf diese Weise erreicht wer-

den – diejenigen nämlich, die über einen Personalausweis mit Online-Funktion und ein Smartphone mit NFC-Schnittstelle verfügen. Menschen mit elektronischem Aufenthaltstitel (eAT) können den Dienst bislang nicht nutzen, weil gesetzliche Regelungen für den Versand des Adressaufklebers ohne persönliche Vorsprache fehlen. Hier will der Gesetzgeber im November bundesweit nachbessern.

Den Bürgerinnen und Bürgern den analogen Zugang mittels digitaler Technik so komfortabel wie möglich zu machen, lautet das Motto in Nürnberg. So können bei der Online-Terminbuchung eigene Termin- und Standortwünsche – darunter auch einige Sparkassenfilialen – hinterlassen werden. Sobald etwas Passendes verfügbar ist, erfolgt eine Benachrichtigung. Im zentralen Einwohnermeldeamt Bürger Mitte hat sich mit dem digitalen Terminmanagement die Wartezeit von früher zwei Stunden auf heute fünf bis zehn Minuten reduziert. Dorthin müssen die Menschen nur noch bei wichtigen Behördenangelegenheiten wie der erstmaligen Anmeldung aus dem Ausland oder zur Beantragung von Personalausweis und Reisepass. Abholen kann man sich die Ausweisdokumente dann an sechs rund um die Uhr zugänglichen Ausgabestationen im Stadtgebiet. Beispielsweise im Vorraum der Nürnberger Stadtbibliothek Zentrum am Pegnitz-Ufer. Mittels PIN-Code öffnet sich eines von 300 Ausgabefächern und man kann das Dokument samt Informationsblatt zur Online-Funktion entnehmen – auch spät in der Nacht.

Helmut Merschmann

* v.l.: Olaf Kuch, Leiter Direktorium Bürgerdienste, Digitales und Recht; Marcus König, Oberbürgermeister Stadt Nürnberg

Der Preis fürs Vorangehen

Nürnberg ist bei der Digitalisierung weiter als das Onlinezugangsgesetz, sagt Olaf Kuch, Leiter des Direktoriums Bürgerservice, Digitales und Recht.

Herr Kuch, woran merken die Nürnberger Bürgerinnen und Bürger, dass sie in einer Digitalstadt leben?

Ich hoffe, sie merken es im Umgang mit der Stadt Nürnberg. Für uns ist wichtig, möglichst viele Verwaltungsvorgänge komplett zu digitalisieren, ohne PDFs zum Ausdrucken. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg. In Bereichen, wo rechtliche oder technische Hemmnisse bestehen, unterstützen wir den Vorgang, so gut es geht, elektronisch. Wo nötig, bauen wir um einen analogen Vorgang ein möglichst komfortables Umfeld mit elektronischen Hilfsmitteln.

„Digitalisierung hat bei uns keinen Showcharakter.“

Nürnberg belegt in vielen E-Government- und Smart-City-Rankings Spitzenplätze. Wie gelangt man an diese Position?

Mit Konsequenz. Unsere Stadt hat sich früh mit Digitalisierung beschäftigt, nicht erst seit dem Onlinezugangsgesetz (OZG). Es gab schon vor 25 Jahren ein E-Government-Büro. Ich kann mich daran erinnern, dass die Mitarbeiter damals mit riesigen Excel-Tabellen durch die Verwaltung liefen, um aufzulisten, was sich alles digitalisieren lässt.

Die aufgebaute Expertise führt zu eigenen Standards. Wir schauen sehr genau, was wir digitalisieren wollen, ob es dafür kommerzielle Lösungen gibt oder ob wir eigene bauen. Anfangs gab es wenig auf dem Markt, inzwischen gucken wir uns auch bei den OZG- und EFA-Lösungen um.

Gibt es besondere organisatorische Strukturen in Nürnberg, welche die Digitalisierung begünstigen?

Unser Oberbürgermeister hat beim Amtsantritt 2020 die Digitalisierung zur Chefsache erklärt und ein eigenes Amt für Digitalisierung und Prozessorganisation gegründet.

Dort arbeiten sehr engagierte Leute. Wir sind eng vernetzt mit Augsburg und München und versuchen Dinge gemeinsam voranzubringen. Außerdem sind manche Dienststellen wie Reallabore, wo Massenverfahren gut digital funktionieren. Dort müssen wir keine Überzeugungsarbeit mehr leisten. Das zeigt sich aktuell besonders gut bei Robotik und KI. Erst ist da Misstrauen, und wenn es funktioniert, wollen es bitte alle sofort.

Wie weit ist Nürnberg bei der Digitalisierung im Verhältnis zum OZG?



Stadt Nürnberg

Olaf Kuch

Digitalisierung hat bei uns keinen Showcharakter. Wir wollen sie bürgerzentriert umsetzen, und was wir erreicht haben, geschah nicht wegen, sondern trotz des OZG. Natürlich ist das OZG ein Treiber, aber viele Dinge geschehen aus zeitlicher Verzweiflung – und das haben wir zum Glück nicht nötig. Vielmehr sind wir zum Teil Opfer unseres eigenen Pioniergeistes. Wir waren etwa die ersten mit einem Bürgerportal, aber irgendwann wird man nicht nur qualitativ überholt, sondern auch durch die Autorität des Gesetzgebers. Der ordnet ein zentrales Portal an, unabhängig davon, ob das besser oder schlechter ist. Das ist der Preis, den man zahlt, wenn man vorangeht.

Interview: Helmut Merschmann

Gemeinsame Aufgabe

Lena Hoffmann

In der Stadt Mainz stehen bei der Digitalisierung Austausch und Zusammenarbeit im Vordergrund – sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in interkommunalen Kooperationen. Serviceverbesserungen sollen für Bürger wie Beschäftigte erzielt werden.

Mit digitalen Angeboten für Bürgerinnen und Bürger, modernen Arbeitswerkzeugen für Beschäftigte und einer stärkeren Vernetzung innerhalb der Verwaltung schreitet die Digitalisierung der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz in vielen Bereichen voran. Zahlreiche Projekte sind bereits umgesetzt, andere befinden sich derzeit in der Umsetzung oder Planung. „Die Digitalisierung unserer Verwaltung ist ein gemeinsamer Prozess, den wir aktiv gestalten. Unser Anspruch ist es, Angebote für Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu verbessern und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeitenden zukunftsfähig weiterzuentwickeln“, erklärt Oberbürgermeister Nino Haase. „Dabei geht es nicht nur um Technik, sondern auch um einen Kulturwandel innerhalb der Verwaltung – hin zu mehr Zusammenarbeit, Offenheit und agileren Arbeitsweisen: weniger überdenken, schneller umsetzen.“

Eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung bildet die zentrale Erhebung von Daten zu bestehenden und geplanten Digitalisierungsprojekten innerhalb des Konzerns Stadt Mainz. Die Informationen werden an zentraler Stelle

gebündelt, und der Erhebungszeitraum wird frühzeitig angekündigt.

Die Beteiligung innerhalb der Verwaltung war in den vergangenen Jahren erfreulich hoch. Alle betroffenen Organisationseinheiten brachten ihre Projekte und Ideen ein. Auch in diesem Jahr wird mit einer breiten Mitwirkung gerechnet. Die Bandbreite reicht von digitalen Bürgerdiensten über Datenangebote bis hin zu neuen Arbeitswerkzeugen für Beschäftigte. Im Anschluss an die Erhebung werden die Ergebnisse gemeinsam reflektiert. Dieses Debriefing bietet eine Gelegenheit für symmetrische Kommunikation, fördert die Partizipation und steigert die Motivation. So erhalten alle denselben Wissensstand über laufende Projekte, vergleichbare Ansätze und Zuständigkeiten. Auf diese Weise entsteht nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern auch eine solide Grundlage für Austausch und Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung.

Oberbürgermeister Haase sagt: „Digitalisierung bedeutet in der Verwaltung weit mehr als neue



Neue Arbeitsformen: Mitarbeitende im Projektbüro.

Soft- und Hardware, sie verändert Arbeitsweisen und schafft auch eine neue Kultur der Zusammenarbeit. Projektarbeit wird häufiger und ämterübergreifend umgesetzt, Wissen wird stärker geteilt und unterschiedliche Bereiche der Verwaltung rücken zusammen. Dies alles geschieht auch und vor allem im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, denen wir in hohem Tempo einen optimalen Service aus einer Hand bieten möchten.“

Gleichzeitig bleibt Digitalisierung ein kontinuierlicher Lernprozess. Wo Verbesserungsbedarf erkennbar wurde, hat die Stadt Mainz gezielt nachgesteuert und bestehende Ansätze weiterentwickelt. Grundlagenprojekte, wie das stadtweite Dokumentenmanagementsystem,

Jan Hennemann

schaffen die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für weitere Digitalisierungsmaßnahmen.

Viele Projekte entstehen in enger Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungsbereichen. Auch die interkommunale Zusammenarbeit gewinnt an Bedeutung, da Kommunen oft vor ähnlichen Herausforderungen stehen und voneinander lernen können. So führt Mainz gemeinsam mit den Städten Ludwigshafen, Trier und Koblenz das IKZ-Förderprojekt „Vier Städte, ein digitales Ökosystem – gemeinsam Zukunft gestalten mit KI“ durch. Parallel dazu wird die Verwaltungsstruktur mithilfe einer erfolgten Organisationsuntersuchung weiterentwickelt, um die IT-Leistungserbringung der Stadt Mainz langfristig zu stärken. Digitalisierung bleibt damit eine gemeinsame Aufgabe, die vom Austausch und der Zusammenarbeit lebt.

Wie groß das Interesse an digitalen Themen ist, zeigte der erste Digital-Tag der Stadt Mainz für Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter: Rund 150 Personen nahmen teil, stellten Projekte vor und nutzten die Gelegenheit zum direkten Austausch.

Zu den Digitalisierungsprojekten gehören unter anderem der Relaunch der städtischen Website, mit deutlich stärkerem Fokus auf Bürgerservices, sowie der Relaunch des webbasierten Geo-Informationssystems, welcher aktuell umgesetzt wird. Für die künftige Entwicklung der Geodaten-Infrastruktur in der Stadtverwaltung Mainz ist dieses Projekt von besonderer Bedeutung, da so eine einheitliche Nutzung eines Geografischen Informationssystems innerhalb der Verwaltung realisiert werden kann. Die geplante Einführung eines Digitalen Zwilling für den Konzern Stadt Mainz schreitet mit dem Start des Projekts ebenfalls deutlich voran. Bereits die erste Stufe, der sogenannte Geo-Zwilling, wird mit dem Projektstart „Relaunch WebGIS“ ermöglicht. Das zukünftige WebGIS kann perspektivisch als Front End für den Digitalen Zwilling zum Einsatz kommen.

Parallel werden interne Arbeitsprozesse weiter digitalisiert: Ein stadtweites DMS ermöglicht zunehmend die digitale Aktenführung; in der Ausländerbehörde wird bereits mit der E-Akte gearbeitet, moderne Arbeitswerkzeuge wie Microsoft 365 werden schrittweise eingeführt und kontinuierlich ausgebaut. Darüber hinaus entstehen neue digitale Angebote für Bürgerinnen und Bürger, etwa der Kinder-Kompass mit Blick auf eine künftige Kita-App oder die digitale Bewerbung für Wochenmärkte.

Auch Daten spielen eine immer größere Rolle. Mit der Statistik-App stehen aktuelle Informationen übersichtlich zur Verfügung. Perspektivisch ist zudem ein Klima-Dashboard geplant, das relevante Daten zum Klimaschutz bündelt. Zudem arbeitet die Mainzer Stadtverwaltung an einer Data Governance, um den verantwortungsvollen und sicheren Umgang mit Daten zu gewährleisten.

Lena Hoffmann, Stabsstelle der Hauptamtsleitung der Stadt Mainz.

Anzeige

brain-SCC

Ihr Partner für Digitale Verwaltung

EfA-Digitale Baugenehmigung

Die Baugenehmigung geht deutschlandweit online



digitale-baugenehmigung.de

VOIS-Vorgangsraum

Die zentrale Plattform für moderne Verwaltungsprozesse



vorgangsraum.de



www.brain-scc.de



LinkedIn
brain-scc

KONGRESS
DIGITALE
BAUGENEHMIGUNG

INNOVATIV
GENEHMIGEN,
EFFIZIENT
REALISIEREN.

5. & 6. Mai 2026

Kongresshalle Gießen

Besuchen Sie uns Vor Ort

MERSEBURGER
DIGITALTAGE

26.08. + 27.08.2026

www.merseburger-digitaltage.de



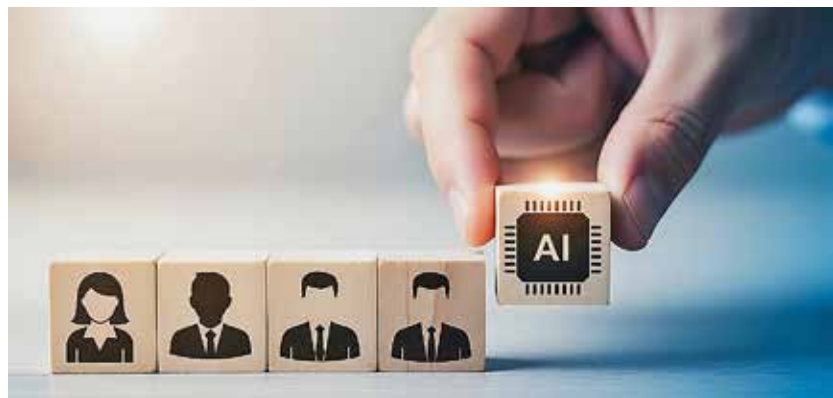
KI als strategischer Hebel

Stefan Strohmeier

Künstliche Intelligenz kann im Personalwesen als strategischer Hebel zur Neugestaltung von Prozessen, Entscheidungen und Interaktionen genutzt werden. Noch haben Organisationen aber nur begrenzten Einblick in die volle Bandbreite der möglichen Potenziale.

Künstliche Intelligenz verändert das Personalmanagement grundlegend. Dennoch wird ihr Einsatz im Human-Resources(HR)-Bereich häufig auf generative Anwendungen wie Chatbots oder Textgeneratoren reduziert. Dieses Verständnis bleibt zu eng, denn KI umfasst ein deutlich breiteres Spektrum an Potenzialen – von emotionaler Analyse über Automatisierung bis hin zu datengetriebener Entscheidungsunterstützung. Für das Personalwesen bedeutet das: KI ist kein Werkzeug unter vielen, sondern ein strategischer Hebel zur Neugestaltung von Prozessen, Entscheidungen und Interaktionen.

Generative KI steht im Zentrum der aktuellen Aufmerksamkeit – und wird zugleich häufig unterschätzt. Ihre Potenziale reichen weit über Texterstellung hinaus und umfassen die Erzeugung von Sprache, Bildern und Videos. HR kann damit Inhalte nicht nur schneller erstellen, sondern kontextbezogen, individualisiert und in Echtzeit bereitstellen. Ob Stellenanzeigen, Lernformate oder interne Kommunikation: Generative KI verschiebt den Fokus von standardisierten Inhalten hin zu dynamischen, situativ passenden Lösungen entlang des gesamten Employee Lifecycles. Da-



Drago Designer/stock.adobe.com

KI kann das Personalmanagement grundlegend verändern.

mit wird nicht nur die Effizienz gesteigert, sondern auch die Qualität und Passgenauigkeit von Kommunikation und Lernen deutlich erhöht.

Weniger sichtbar, aber nicht weniger relevant sind die Potenziale emotionaler KI. Systeme können emotionale Zustände erkennen und in Interaktionen berücksichtigen, etwa durch die Analyse von Sprache, Wortwahl oder Verhaltensmustern. In Lern- und Entwicklungskontexten lassen sich Inhalte adaptiv gestalten, indem Unterstützung situativ bereitgestellt oder Lernpfade angepasst werden. Auch Feedback- und Kommunikationsprozesse können sensibler und wirksamer gestaltet werden. Gleichzeitig ist gerade dieses Feld stark reguliert und im europäischen Arbeitskontext nur in engen Grenzen zulässig, was eine besonders

reflektierte und verantwortungsvolle Anwendung erfordert.

Noch einen Schritt weiter gehen agentische KI-Potenziale. Sie markieren den Übergang von unterstützender Technologie zu eigenständig handelnden Systemen. Solche Systeme führen nicht nur Aufgaben aus, sondern koordinieren Abläufe, treffen vorbereitende Entscheidungen und interagieren kontinuierlich mit Nutzenden. Im HR-Kontext zeigt sich das etwa in der eigenständigen Steuerung von Onboarding-Prozessen, der Integration verschiedener HR-Systeme oder der Bearbeitung komplexer Serviceanfragen über mehrere Prozessschritte hinweg. Damit entstehen neue Formen digitaler Assistenz, die nicht nur entlasten, sondern aktiv zur Gestaltung und Beschleunigung von Prozessen beitragen.

Eine zentrale, oft weniger sichtbare Grundlage bildet analytische KI. Sie identifiziert Muster, erkennt Zusammenhänge und ermöglicht Prognosen, etwa zur Fluktuation, zu Kompetenzentwicklungen oder zur Mitarbeiterbindung. Darüber hinaus können Ursachen analysiert und damit gezielte Maßnahmen abgeleitet werden, beispielsweise zur Verbesserung von Führung, Arbeitsbedingungen oder Entwicklungspfaden. Der eigentliche Mehrwert liegt dabei nicht nur in der Analyse selbst, sondern in der Fähigkeit, Entscheidungen systematisch zu fundieren, Unsicherheiten zu reduzieren und auch implizite Annahmen kritisch zu hinterfragen.

Perzeptive KI wiederum erweitert den Handlungsspielraum, indem sie Informationen aus Text, Sprache und Bildern erfasst und interpretiert. Sie unterstützt beispielsweise die Auswertung von Bewerbungsunterlagen, die Dokumentation von Gesprächen oder die Analyse von Arbeitsumgebungen. Dadurch werden Informationen schneller verfügbar und Prozesse effizienter gestaltet. Gleichzeitig verschärfen sich hier die Anforderungen an Transparenz, Nachvollziehbarkeit und den verantwortungsvollen Umgang mit sensiblen Daten, da Wahrnehmungstechnologien besonders tief in personenbezogene Informationen eingreifen können.

Darauf aufbauend entfaltet optimierende KI ihre Potenziale insbesondere bei komplexen Abwägungen. Sie ermöglicht die intelligente Planung von Personaleinsätzen unter Berücksichtigung vielfältiger Kriterien wie Qualifikation, Verfügbarkeit oder Präferenzen. Darüber

hinaus können Prozesse kontinuierlich verbessert werden, indem erfolgreiche Muster identifiziert und auf vergleichbare Situationen übertragen werden. Das Ergebnis sind nicht nur effizientere, sondern häufig auch konsistentere, fairere und besser begründbare Entscheidungen – insbesondere in dynamischen oder stark vernetzten Arbeitsumfeldern.

Am Ende dieser Entwicklung steht schließlich die robotische KI, die digitale Intelligenz mit physischer Handlung verbindet. Sie eröffnet neue Formen der Zusammenarbeit, etwa durch soziale Robotersysteme in Trainingssituationen oder kollaborative Roboter in operativen Kontexten. Diese Systeme können sowohl kommunikative als auch physische Unterstützung leisten und damit neue Perspektiven für Inklusion, Ergonomie und Lernen schaffen. Auch wenn viele Anwendungen noch am Anfang stehen, deutet sich hier eine zunehmende Verschmelzung von digitaler und physischer Arbeitswelt an.

Die Vielfalt dieser KI-Potenziale macht deutlich, dass der Nutzen erst durch Differenzierung entsteht. In der Praxis zeigt sich jedoch ein wiederkehrendes Muster von Fehlentwicklungen. Entscheidungen über KI werden häufig getroffen, ohne dass die technischen Grundlagen hinreichend verstanden sind – mit der Folge, dass Möglichkeiten unterschätzt und Risiken zugleich falsch eingeordnet werden. Gleichzeitig richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf prominente, bereits etablierte Anwendungen, während ein systematischer Überblick über die Breite der KI-Potenziale ausbleibt.

Hinzu kommt, dass sehr unterschiedliche Anwendungen im Rahmen von Governance und Regulierung häufig gleichbehandelt werden, obwohl sie sich hinsichtlich Wirkung, Risiko und Gestaltungsspielraum erheblich unterscheiden. So geraten potenziell problematische und weitgehend unkritische Einsatzfelder gleichermaßen unter Generalverdacht, anstatt differenziert bewertet zu werden.

Diese Verkürzungen setzen sich auf strategischer Ebene fort. In vielen Organisationen folgt die Strategie den verfügbaren Tools, nicht umgekehrt: Es wird auf Angebote von Anbietern gewartet, statt eigene Zielbilder für den Einsatz von KI zu entwickeln. Gleichzeitig ist insbesondere der europäische Regulierungsrahmen stark von Risikovermeidung geprägt, was den Blick auf die Wertschöpfung zusätzlich verengt.

Ein zukunftsfähiger Umgang mit Künstlicher Intelligenz im HR-Bereich erfordert daher einen Perspektivwechsel: weg von reaktiver Anpassung und pauschaler Bewertung, hin zu einem fundierten Verständnis, einer systematischen Erschließung unterschiedlicher KI-Potenziale und einer aktiven, strategisch geleiteten Gestaltung. Nur so kann Künstliche Intelligenz ihr eigentliches Versprechen einlösen – nicht als Ersatz, sondern als gezielte Erweiterung menschlicher Fähigkeiten im Personalmanagement.

Dr. Stefan Strohmeier ist Professor für Management-Informationssysteme an der Universität des Saarlands und Sprecher der Fachgruppe „Informationssysteme in der Personalwirtschaft“ der Gesellschaft für Informatik.

Prozesse effizienter gestalten

Über die Vorteile von KI-Tools im HR-Bereich spricht Hendrik Kellermeyer, Produktgruppenleiter im Personalwesen bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).

Herr Kellermeyer, welche Bedeutung haben Entwicklung und Integration von KI-Werkzeugen für die AKDB, insbesondere mit Fokus auf das Personalwesen?

Entwicklung und Einsatz von KI-Tools haben bei der AKDB einen sehr hohen Stellenwert, wir haben eigens eine Abteilung für Künstliche Intelligenz geschaffen. Unser Ansatz ist, unsere Prozesse kontinuierlich unter die Lupe zu nehmen und herauszufinden, wo wir zeitaufwendige oder manuelle Arbeitsschritte durch intelligente KI-Lösungen effizienter gestalten können. Für uns ist KI ein wichtiger

Belegerkennung in unserem Reisekostenverfahren: Belege werden beim Hochladen per Texterkennung und semantischer Analyse automatisch ausgelesen. So können etwa Beträge, Mehrwertsteueranteile oder Rechnungsdaten strukturiert und korrekt den jeweiligen Feldern im System zugeordnet werden. Das beschleunigt den Abrechnungsprozess erheblich und reduziert Übertragungsfehler. Langfristig können unseren Schätzungen nach so circa 40 bis 60 Prozent der bislang manuell getätigten Eingaben entfallen. Zusätzlich entwickeln wir gegenwärtig einen KI-basierten



Hendrik Kellermeyer

„KI ist ein wichtiger Schlüssel, um die Digitalisierung voranzutreiben.“

Schlüssel, um die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung weiter voranzutreiben und unseren Kunden innovative sowie zukunftsichere Lösungen anzubieten.

An welchen Funktionen und Anwendungsfällen für KI im Personalwesen arbeiten Sie aktuell?

Mehrere KI-Funktionen ermöglichen konkrete Verbesserungen in unseren Produkten und Dienstleistungen. Ein zentrales Beispiel ist die Einführung von KI für die automatisierte Dokumenten- und

Chatbot, der Kundenanliegen automatisiert beantworten kann und unseren Kundenservice langfristig effizienter gestalten wird. Damit schaffen wir mehr Kapazitäten für unsere Mitarbeitenden, um einen noch stärkeren Service anbieten zu können, insbesondere bei besonders komplizierten Themen und Herausforderungen.

Wie verändert die KI mittelfristig die tägliche Personalarbeit Ihrer Kunden?

KI-Lösungen unterstützen unsere Kunden dabei, administrative Pro-

zesse effizienter zu gestalten. Zum einen verkürzt sich durch die Prozessoptimierung die Einarbeitungszeit für neue Mitarbeitende erheblich, was insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und somit den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst ein wichtiger Faktor ist. Zum anderen entlasten KI-automatisierte Prozesse die Mitarbeitenden von wiederkehrenden, zeitaufwendigen Tätigkeiten. Das gibt ihnen Raum, sich stärker auf anspruchsvolle Themen rund um Gehalt, Personalentwicklung und andere komplexe HR-Aufgaben zu konzentrieren. So wandelt sich sukzessive das Arbeitsfeld im Personalwesen: weg von reiner Sachbearbeitung hin zu echter, strategischer Personalarbeit und Beratung.

Interview: Bettina Weidemann



TALENTpro
Öffentlicher Dienst

17. Juni 2026

Live in München



Programm-Teaser



Jan Kirchner

Wollmilchsau GmbH



Martin Heinemann

Bundesnachrichtendienst

JETZT TICKET SICHERN! →

[TALENTpro.de/oeffentlicher-dienst](https://talentpro.de/oeffentlicher-dienst)



WE ♥ OUR PARTNERS



eGovernment
VERWALTUNG DIGITAL

www.kommune21.de
Kommune 21
E-Government, Internet und Informationstechnik

Spannungsfeld auflösen

Ina Diekmann

Kommunen stehen unter Druck: Bewerbungsverfahren sollen schneller werden, während die Anforderungen an Transparenz, Dokumentation und Gleichbehandlung steigen. KI wird als mögliche Entlastung diskutiert, doch ihr Einsatz bringt Risiken mit sich.

Derzeit richtet sich der Blick in nahezu allen Bereichen auf den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Viele Organisationen verbinden mit KI die Erwartung, Routineaufgaben effizienter zu bearbeiten. Auch Kommunalverwaltungen prüfen ihre Möglichkeiten – insbesondere im Personalbereich, um dem sich stetig verschärfenden Fachkräftemangel entgegenzutreten.

Seit jeher bewegt sich Recruiting zwischen unterschiedlichen, aber gleichermaßen berechtigten Erwartungen. Arbeitgeber benötigen vollständige, strukturierte und entscheidungsrelevante Informationen, die eine effiziente Sichtung und Auswahl ermöglichen. Bewerberinnen und Bewerber wünschen sich hingegen ein schnelles und unkompliziertes Verfahren ohne Hürden, das von jedem Endgerät aus funktioniert. „Kommunen stehen vor der Aufgabe, ihre Bewerbungsverfahren zu beschleunigen, ohne an Sorgfalt einzubüßen. Nur so punkten sie im harten Wettbewerb um die besten Fachkräfte“, erklärt Kira Makhso,

Produktmanagerin von NOLIS | Recruiting.

In der Vergangenheit haben sich unterschiedliche Ansätze etabliert,

übernommen werden. Zwar spart dies Zeit bei der Erfassung, weitere Dokumente wie beispielsweise Zeugnisse müssen jedoch weiterhin manuell gesichtet werden.



KI im Personalbereich: Risiken prüfen, Chancen nutzen.

um entweder Informationsvielfalt zu erhalten oder mit Geschwindigkeit zu punkten. Umfassende Bewerbungsformulare gewährleisten eine vollständige Datenerhebung, erhöhen jedoch die Einstiegshürde. Kurzbewerbungsformulare senken diese Hürde, liefern aber nicht immer die notwendige Entscheidungsbasis. Als für beide Seiten praktische Lösung dieser Problematik gilt das sogenannte CV-Parsing, bei dem Lebensläufe automatisiert ausgelesen und strukturierte Angaben wie Ausbildung, berufliche Stationen oder Qualifikationen

Moderne KI-Verfahren können diesen Ansatz erweitern. Statt einzelne Dokumente isoliert zu betrachten, analysieren sie sämtliche eingereichte Unterlagen und führen Informationen kontextbezogen zusammen. „Der Ansatz besteht nicht darin, Personalentscheidungen zu automatisieren“, betont Kira

Makhso. „Vielmehr kann KI dabei unterstützen, eine einheitlichere Informations- und Entscheidungsgrundlage zu erhalten – auch bei vielen Unterlagen. Die Bewertung der Bewerbungen bleibt weiterhin Aufgabe der verantwortlichen Mitarbeitenden.“

Ein Blick auf die Funktionsweise hilft bei der Einordnung. Viele digitale Prozesse im Recruiting folgen festen Regeln, etwa wenn Pflichtfelder geprüft oder Eingangsbestätigungen automatisch versendet werden. KI-gestützte Analyse

geht darüber hinaus, indem Muster erkannt und Inhalte im Zusammenhang ausgewertet werden – jedoch ohne über ein tatsächliches inhaltliches Verständnis zu verfügen.

Gerade weil KI-Modelle mit Wahrscheinlichkeiten arbeiten, sind ihre Grenzen im Recruiting zu beachten. Fehlinterpretationen einzelner Inhalte lassen sich technisch nicht vollständig ausschließen. Und Verzerrungen in Trainingsdaten oder Modellstrukturen, häufig als Bias bezeichnet, können möglicherweise bestimmte Muster begünstigen. Insbesondere im Personalbereich ist dies besonders schwerwiegend, da Personalentscheidungen transparent, nachvollziehbar und diskriminierungsfrei getroffen werden müssen.

Trotzdem werben manche Anbieter im Kontext von Recruiting mit automatisierten Bewertungen und vollständig KI-basierten Entscheidungsprozessen. Zwischen solchen Versprechen und den tatsächlichen Anforderungen besteht jedoch eine deutliche Lücke. Ein Teil der KI-An-

wendungen im Recruiting – insbesondere Systeme zur Unterstützung bei der Auswahl oder Bewertung von Bewerbenden – wird im EU AI Act deshalb auch als Hochrisiko-System eingeordnet.

Für Kommunen bedeutet das: Nicht jede technisch mögliche Anwendung von KI ist automatisch auch für Bewerbungsprozesse sinnvoll oder zulässig. Bewerbungsunterlagen enthalten personenbezogene Daten, deren Schutz rechtlich besonders sensibel ist. Transparente Datenverarbeitung, klare Systemarchitekturen und kontrollierbare Rahmenbedingungen sind deshalb zentrale Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen Einsatz.

„Wer im öffentlichen Dienst Personalentscheidungen trifft, trägt Verantwortung. Und diese Verantwortung lässt sich nicht delegieren – auch nicht an ein lernendes System“, kommentiert Makhso. „Der eigentliche Mehrwert liegt darin, Prozesse effizienter zu gestalten und damit für spürbare Entlastung und Beschleunigung in Bewer-

bungsprozessen zu sorgen, ohne die Personalentscheidung aus der Hand zu geben.“

Entscheidend ist, Künstliche Intelligenz nicht als Allheilmittel für jeden Anwendungsfall zu verstehen, sondern sie gezielt einzusetzen, wo sie tatsächlich einen Mehrwert schafft und gleichzeitig rechtskonform betrieben werden kann. Dort, wo intelligente Systeme Verfahren beschleunigen und zugleich rechtliche Vorgaben sowie Anforderungen an Transparenz und Gleichbehandlung beachten, können sie auch Bewerbungsprozesse spürbar entlasten. So lässt sich das Spannungsfeld zwischen Tempo und Verantwortung im kommunalen Recruiting tatsächlich ausbalancieren.

Ina Diekmann ist Marketing Managerin bei der NOLIS GmbH.

Link-Tipp

Weitere Informationen sind zu finden unter:

- www.nolis-recruiting.de

Anzeige

Notfallarbeitsplatz

Arbeitsfähig trotz Sicherheitsvorfall

- Handlungsfähig
- Kommunikationsfähig
- Digital unabhängig

ITEBO

www.itebo.de/it-notfall

Das Konzept weiterentwickeln

New Work, die Transformation der Arbeitswelt, ist eine dauerhafte Gestaltungsaufgabe. Vor diesem Hintergrund hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) den Ansatz zum Konzept Future of Work weiterentwickelt.

In Kommunen wird New Work oft nur in Teilen umgesetzt. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) sieht darin ein strukturelles Problem. Mit dem Konzept Future of Work legt sie daher nun ein erweitertes Modell vor, das die Arbeit in Verwaltungen ganzheitlich verändern soll.

New Work ist laut der KGSt ein fortlaufender Entwicklungsprozess. Der Begriff geht auf den Sozialphilosophen Frithjof Bergmann zurück und zielte ursprünglich auf eine grundlegende Neugestaltung von Arbeit ab. Im Laufe der Zeit hat sich New Work jedoch zu einem unscharfen Sammelbegriff entwickelt, der in der kommunalen Praxis vielfach auf konkrete Projekte reduziert worden ist. Dazu zählen etwa Homeoffice-Regelungen, flexible Arbeitszeiten, neue Bürokonzepte oder der punktuelle Einsatz agiler Methoden. Diese Maßnahmen können zwar Veränderungen anstoßen, bleiben nach Einschätzung der KGSt jedoch oft isoliert und wirken nicht tief in die Organisation hinein, weshalb viele Projekte nur begrenzte Effekte erzielt haben.

Die Ursachen sieht die KGSt vor allem darin, dass wichtige Elemente wie Organisationskultur und Sinn-

Es geht um den langfristigen Wandel von Kultur, Zusammenarbeit und Organisation.

orientierung zu wenig beachtet wurden. Gerade diese Faktoren seien jedoch entscheidend für nachhaltige Veränderungen. „Erst wenn der Zweck eines Transformationsprozesses verstanden und Sinn im Gegebenen empfunden wird, entsteht echte Veränderungsbereitschaft“, heißt es im KGSt-Bericht „Die Zukunft der Arbeit. Von New Work zu Future of Work“.

Vor diesem Hintergrund definiert die KGSt den Begriff New Work neu. Es handle sich dabei nicht um eine Methode oder ein klar abgegrenztes Modell, sondern um eine Haltung, mit der Organisationen und Beschäftigte Arbeit gestalten. Diese müsse in der gesamten Organisation verankert sein und sich in Strukturen, Prozessen und Führungsverständnis widerspiegeln. Im Zentrum dieses Verständnisses

steht ein Fundament aus Sinn und Organisationskultur. Beide Faktoren bilden nach Angaben der KGSt die Grundlage für jede Form von Veränderung. Kultur müsse aktiv gelebt werden, damit Motivation und Bereitschaft zum Wandel entstehen. Gleichzeitig müsse Arbeit als sinnvoll erlebt werden, damit Beschäftigte Veränderungen mittragen und mitgestalten.

Auf diesem Fundament beschreibt die KGSt drei zentrale Dimensionen moderner Arbeitsorganisation. Die erste Dimension ist der Mensch. Mitarbeitende stehen mit ihren Bedürfnissen, Kompetenzen und Erwartungen im Mittelpunkt. Themen wie Gesundheit, Beteiligung und kontinuierliche Qualifizierung gewinnen an Bedeutung. Führungskräfte und Personalmanagement übernehmen dabei



Icon Master PNG/stock.adobe.com

eine strategische Rolle und begleiten aktiv den Wandel. Die zweite Dimension betrifft die Organisation. Verwaltungen sollen sich als lernende Systeme verstehen, die sich kontinuierlich weiterentwickeln. Dazu gehören flexible Strukturen, klare Zielbilder und neue Formen der Steuerung. Ziel ist es, Stabilität und Innovationsfähigkeit zu verbinden. Veränderung wird damit zu einer dauerhaften Aufgabe und nicht zu einem abgeschlossenen Projekt. Die dritte Dimension betont die Bedeutung von Zusammenarbeit über klassische Organisationsgrenzen hinaus. Netzwerke, Kooperationen oder Communities of Practice sollen den Austausch von Wissen fördern und Innovation ermöglichen. Führungskräfte hätten die Aufgabe, diese Formen der Zusammenarbeit gezielt zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Mit dem Konzept Future of Work wird dieser Ansatz um eine zusätzliche Perspektive erweitert. Im Unterschied zu New Work werden hierbei externe Einflussfaktoren systematisch einbezogen. Dazu

zählen insbesondere technologische Entwicklungen wie die zunehmende Nutzung von Künstlicher Intelligenz, aber auch gesellschaftliche, ökologische, wirtschaftliche und politische Veränderungen. Diese Einflüsse wirken nach Darstellung der KGSt direkt auf die Arbeitswelt und verändern die Anforderungen an Organisationen. Verwaltungen müssten deshalb in der Lage sein, sich kontinuierlich anzupassen. Die Arbeitswelt werde als Teil eines dynamischen Systems verstanden, in dem interne und externe Faktoren eng verknüpft sind.

Future of Work beschreibt aus Sicht der KGSt die Verbindung aus den Grundlagen von New Work und diesen äußeren Einflüssen. Der Ansatz geht damit über einzelne Maßnahmen deutlich hinaus. Er verlangt eine ganzheitliche Betrachtung von Mensch, Organisation und Netzwerken unter Berücksichtigung des jeweiligen Umfelds. Isolierte Projekte oder Einzelmaßnahmen reichen dafür nach Einschätzung der KGSt nicht aus. Organisationen, die sich aktiv mit Future of Work

auseinandersetzen, können sich laut KGSt als attraktive Arbeitgeber positionieren – mit besseren Chancen, Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu binden. Gleichzeitig könne eine solche Ausrichtung Motivation und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten stärken.

Darüber hinaus könne eine ganzheitlich gestaltete Arbeitswelt dazu beitragen, Verwaltungsprozesse effizienter zu organisieren und stärker an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten.

Die KGSt versteht die Transformation der Arbeitswelt damit als dauerhafte Gestaltungsaufgabe, bei der es eben nicht um kurzfristige Veränderungen, sondern um einen langfristigen Wandel von Kultur, Zusammenarbeit und Organisation geht.

Bettina Weidemann

Link-Tipp

Der Bericht zum Download:

• <https://t1p.de/e68if>

Anzeige

STERNBERG

Für Betriebs- & Personalräte Vertraulich bleibt vertraulich – auch digital.

Digitale Gremienarbeit mit IV.NET:

Die Lösung für die sichere Abbildung beteiligungsrelevanter Vorgänge zwischen Geschäfts- oder Dienststellenleitung und Betriebs- oder Personalrat. Sensible Informationen werden ausschließlich berechtigten Mitgliedern digital zur Verfügung gestellt.



Klar strukturiert, effizient und sicher.

www.sitzungsdienst.net/ivnet-direkt



New Work ist kein Projekt J. Junger / M. Katz / M. Hubl

Stuttgart schafft mit goodwork@LHS die Rahmenbedingungen für neue Arbeitswelten in der Verwaltung. Kultur, Führung und Zusammenarbeit werden dabei mit einer verantwortungsvollen Flächen- und Ressourcenstrategie verbunden.

Mit goodwork@LHS setzt Stuttgart eine ganzheitliche New-Work-Personalstrategie in der Verwaltung um. Baden-Württembergs Landeshauptstadt handelt dabei weniger im Sinne eines Projekts als vielmehr aus der Überzeugung heraus, dass eine gute Arbeitsumwelt für die Mitarbeitenden unweigerlich zu einem leistungsfähigen Service für die Stadtgesellschaft führt. Dadurch kann die Kommune eine positive Außenwirkung erzielen.

Um diese Transformation nachhaltig umsetzen zu können, hat die strategische Personalentwicklung mit dem Konzept goodwork@LHS seit dem Jahr 2023 die nötigen Eckpfeiler geschaffen.

Das Grundkonzept goodwork@LHS definiert fünf Handlungsfelder: Kultur, Führung, Organisation, Methoden und Räume. Im ersten Schritt stand die inhaltliche Schärfung und Differenzierung dieser Themen im Mittelpunkt. In einem strukturierten Prozess wurden mehr als 500 mögliche Gestaltungselemente herausgearbeitet und hinsichtlich Umsetzbarkeit und Wirkung bewertet – von innovativen Raumkonzepten über Formen selbstorganisierter Teamarbeit bis hin zu modernen Führungsmodellen.

In der praktischen Anwendung zeigte sich, dass insbesondere neue Raumkonzepte und flexible Arbeitsplatzmodelle auf großes Interesse und eine hohe Nachfrage stießen. Desk-Sharing-Ansätze sowie angepasste Raumprogramme wurden intensiv diskutiert und pilotiert. Es wurde aber auch deutlich, dass neue Möblierungen oder Flächenkonzepte allein nicht ausreichen, um eine gute Zusammenarbeit oder erfolgreich umgesetzte hybride Führungsansätze zu erreichen. Eine inhaltliche Weiterentwicklung zu goodwork@LHS 2.0 war die logische Konsequenz dieser Erkenntnis. Die neue Version verschiebt den Schwerpunkt nun explizit auf Kultur, Führung und Zusammenarbeit, die mit einer verantwortungsvollen Flächen- und Ressourcenstrategie verbunden werden. Auch wird damit auf veränderte finanzielle Rahmenbedingungen reagiert. goodwork@LHS versteht sich dabei als Haltung, die insbesondere durch Führung vorgelebt wird und sowohl die Effizienz als auch die Innovationsfähigkeit stärken soll.

In Stuttgart haben neue Aufgaben mit neu geschaffenen Stellen und stetig steigende Teilzeitquoten über die Jahre zu einer unzureichenden Anzahl an physischen Arbeitsplätzen geführt. Begrenzte Investitions-

spielräume verschärfen die Raumsituation zusätzlich. Um mit den sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt, der Digitalisierung und dem dynamischen Umfeld zurechtzukommen, benötigen Teams eine innovative, offene und veränderungsfreudige Haltung. Dafür entwickelt goodwork@LHS 2.0 gezielte Maßnahmen. Ein konkreter Ansatz ist das ganzheitliche Implementierungskonzept für Desk-Sharing-Modelle. Es beinhaltet neben einem Handlungsleitfaden und konkreten Checklisten auch ein mehrstufiges Workshop-Konzept für die betroffenen Teams und Führungskräfte. Es folgt dabei einem menschenzentrierten Ansatz, der auf die spezifischen Anforderungen einzelner Bereiche eingeht, statt eine einheitliche Gesamtlösung für alle überzustülpen.

Um die Teams strukturiert durch den Desk-Sharing-Veränderungsprozess zu begleiten, wurden in den Fachämtern Multiplikatoren geschult. Sorgen und Bedenken sollen auf diese Weise frühzeitig aufgegriffen, Beteiligung ermöglicht und auf Basis der erarbeiteten Ergebnisse passgenaue Desk-Sharing-Konzepte entwickelt werden, die langfristig zu hoher Zufriedenheit sowie einer innovativen und produktiven Zusammenarbeit beitragen. In der

ersten Tranche wurde das Konzept vor allem bei internen Servicebereichen umgesetzt. Perspektivisch sollen aber auch stark präsenzorientierte und bürgernahe Bereiche einbezogen werden.

Die Erfahrungen aus der ersten Umsetzungsphase zeigen, dass neue bereichsübergreifende Formen der Zusammenarbeit stärker in den Mittelpunkt rücken. Im Rahmen von goodwork@LHS 2.0 wird dieser Aspekt aktuell mit konkreten Zielen und Maßnahmen hinterlegt sowie partizipativ in der interdisziplinär und co-kreativ aufgesetzten New Work Werkstatt weiterentwickelt. In regelmäßigen Arbeitszyklen werden hier neue Ideen erarbeitet, getestet und verbessert. Dabei entstehen geschützte Experimentierräume, in denen Methoden wie Scrum, Kanban oder Kaizen praktisch erprobt werden können.

Rückblickend waren die komplexen Settings sowie die unterschiedlichen Vorerfahrungen und Vorstellungen der Mitarbeitenden und Führungskräfte im Hinblick auf Veränderungsprojekte die bislang größten Herausforderungen für goodwork@LHS. Die Definition von Leitplanken, Prioritäten und Gestaltungsspielräumen sowie Zielbildern waren daher zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Realisierung. Heute verhindert eine klare Strukturierung der jeweiligen Vorhaben, dass neue Arbeitswelten als additive Maßnahmen hingenommen werden, ohne deren Mehrwert zu erkennen.

Nicht zu unterschätzen ist außerdem die weiterhin hohe Brisanz des Handlungsfelds Räume. In Stuttgart führte einerseits die emotionale Bindung an den eigenen Arbeitsplatz und die individuelle Arbeitsumgebung, andererseits eine überzogene Erwartung an sichtbare Veränderungen, beispielsweise durch funktional gestaltete Büros, dazu, dass raumbezogene Maßnahmen



Stuttgart: Mit Haltung neue Arbeitswelten schaffen.

überproportional viel Aufmerksamkeit erhielten. Die Annahme, neue Räume und Möbel allein erzeugten automatisch Zufriedenheit bei Mitarbeitenden, erwies sich als nicht nachhaltig. Erst die systematische Verbindung von Raum, Kultur und Führungsverständnis eröffnet Chancen und Möglichkeiten für neue Arbeitswelten.

Als hilfreich erwies sich das Netzwerk der Personalentwickler in den Fachämtern. Ihre spezifischen Kenntnisse erhöhen die Umsetzungsgeschwindigkeit und fördern die Passung zu den jeweiligen Fachbereichen. Gleichzeitig erfordert dieser Ansatz klare Qualitätskriterien und eine kontinuierliche Begleitung, um ein gemeinsames Verständnis sicherzustellen. Wich-

tig ist überdies die Erkenntnis, dass neue Arbeitswelten als langfristiger Veränderungsprozess zu verstehen sind, der kontinuierlich evaluiert werden muss. Veränderungen werden wirksam, wenn Vertrauen, Transparenz, Verantwortungsübernahme und Klarheit über Rollen und Ziele gestärkt werden. Dies setzt hybride Führungsmodelle voraus, die Orientierung geben und zugleich Autonomie und Flexibilität ermöglichen.

goodwork@LHS hat sich bei der Stadtverwaltung Stuttgart zu einem festen Begriff bei der Schaffung ganzheitlicher Rahmenbedingungen für neue Arbeitswelten etabliert. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Transformation gelingt dort nachhaltig, wo der Mensch im Mittelpunkt steht – auch und gerade

in Zeiten angespannter Haushalte. Nicht Raumkonzepte verändern Organisationen, sondern Haltung, Führung und kooperative Umsetzung. Diese Erkenntnisse fließen auch in das stadtweite Personalentwicklungsprojekt „Führung 2030 – Leadership Empowerment@LHS“ ein. Im Fokus stehen dabei der Aufbau einer zukunftsfähigen Führungskultur, die Weiterentwicklung der Führungskompetenzen sowie die Bereitstellung eines praxisnahen und flexiblen Werkzeugkastens für Führungskräfte – unter anderem mit Blick auf die Anforderungen hybrider Zusammenarbeit.

Jacobe Junger, Madlen Katz und Maximilian Hubl arbeiten in der Personalentwicklung im Haupt- und Personalamt der Stadt Stuttgart.

Nachhaltig modernisieren

Christine Kölz

Mit P&I LOGA HR und dem umfassenden Leistungsangebot des IT-Dienstleisters ekom21 steht Kommunen eine bewährte, zukunftssichere Gesamtlösung zur Verfügung, die Software, Betrieb und Service intelligent verbindet.

Kommunalverwaltungen und andere Einrichtungen des öffentlichen Diensts stehen vor einem tiefgreifenden Wandel. Steigende gesetzliche Anforderungen, zunehmender Fachkräftemangel, demografische Veränderungen und der Anspruch an eine moderne, serviceorientierte Verwaltung stellen hohe Anforderungen an die Personalarbeit. Gleichzeitig erwarten Mitarbeitende zeitgemäße digitale Prozesse, Transparenz und einfache Zugänge zu personalrelevanten Informationen.

Die ekom21, der größte IT-Dienstleister in Hessen, bietet ihren Kunden mit P&I LOGA HR eine leistungsfähige, integrierte Software, die genau diese Herausforderungen aufgreift und die Personalarbeit nachhaltig modernisiert. Als ganzheitliche Lösung vereint P&I LOGA HR sämtliche personalwirtschaftlichen Kernprozesse in einem zentralen System. Von der strukturierten Personalstammdatenverwaltung über die Entgeltabrechnung bis hin zu Zeitwirtschaft, Personalentwicklung und digitalen Self-Services schafft die Software eine einheitliche Datenbasis. Medienbrüche, Insellösungen und manuelle Mehrfacherfassungen werden konsequent vermieden. Das Ergebnis sind schlanke Prozesse,

eine hohe Datenqualität und deutlich reduzierte administrative Aufwände.

Ein zentrales Element von P&I LOGA HR ist die leistungsstarke und rechtssichere Entgeltabrechnung. Gerade im kommunalen Umfeld, das von komplexen tariflichen Regelungen, individuellen Arbeitszeitmodellen und häufigen gesetzlichen Änderungen geprägt ist, bietet die Software maximale Sicherheit. Aktuelle gesetzliche Vorgaben werden zuverlässig berücksichtigt und kontinuierlich aktualisiert. Automatisierte Prüf- und Kontrollmechanismen minimieren Fehlerquellen und sorgen für eine hohe Abrechnungssicherheit.

Ergänzt wird die Entgeltabrechnung durch eine flexible Zeitwirtschaft, die den vielfältigen Anforderungen kommunaler Verwaltungen gerecht wird. Unterschiedliche Arbeitszeitmodelle, Teilzeitregelungen, Rufbereitschaften sowie Abwesenheiten lassen sich übersichtlich abbilden. Führungskräfte erhalten jederzeit transparente Auswertungen zu Kapazitäten und



HR-Software unterstützt Kommunalverwaltungen.

Arbeitszeiten, während Mitarbeitende von klaren, nachvollziehbaren Regelungen profitieren.

Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte gewinnt die strategische Personalentwicklung zunehmend an Bedeutung. P&I LOGA HR unterstützt Kommunen dabei, Qualifikationen, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Zielvereinbarungen sowie Beurteilungen systematisch zu erfassen und auszuwerten. Auf dieser Basis lassen sich individuelle Entwicklungswege planen, Nachfolgeregelungen vorbereiten und vorhandene Potenziale gezielt fördern.

Ein weiterer Schwerpunkt von P&I LOGA HR liegt auf der konsequenten Digitalisierung von HR-Prozessen durch integrierte

Self-Services. Mitarbeitende und Führungskräfte können zahlreiche Anliegen eigenständig und ortsunabhängig erledigen, von Urlaubs- und Abwesenheitsanträgen über die Pflege persönlicher Daten bis hin zur Einsicht in Entgeltabrechnungen und Dokumente. Das steigert die Servicequalität innerhalb der Verwaltung und entlastet die Personalabteilungen im Tagesgeschäft spürbar.

Neben der Software ist ein leistungsfähiges Service- und Betriebsmodell entscheidend für den nachhaltigen Erfolg. Das P&I-LOGA-HR-Angebot von ekom21 umfasst ein breites Leistungsspektrum, das Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen entlang des gesamten HR-Prozesses begleitet. Dazu zählen die digitale Belegerfassung, umfassende HR-Services, leistungsfähige Services im eigenen, BSI-zertifizierten Rechenzentrum sowie das gesetzeskonforme Meldewesen. Darüber hinaus begleitet die ekom21 ihre Kunden mit professioneller Projektleitung und strukturiertem Projektmanagement bei der

Einführung und Weiterentwicklung von P&I LOGA HR. Ergänzt wird das Angebot durch qualifizierten Support, individuelles Customizing sowie eine praxisnahe Prozessberatung. Ziel ist es, bestehende Abläufe optimal abzubilden, Potenziale zu heben und die Organisation nachhaltig zu entlasten.

Ein besonderer Mehrwert für Kommunen liegt im Einarbeitungs- und Vertretungsservice der ekom21. Gerade bei personellen Engpässen, Krankheits- oder Urlaubszeiten stellt dies einen entscheidenden Vorteil für die Kunden dar. Fachlich qualifizierte Unterstützung sorgt dafür, dass HR-Prozesse zuverlässig weiterlaufen und Wissen gezielt aufgebaut wird. Datenschutz und Informationssicherheit haben dabei höchste Priorität.

P&I LOGA HR erfüllt sämtliche relevante gesetzliche Anforderungen, insbesondere im Hinblick auf die Datenschutz-Grundverordnung. Ein fein abgestuftes Rollen- und Berechtigungskonzept stellt sicher, dass sensible Personaldaten jederzeit

geschützt sind und nur autorisierten Personen zur Verfügung stehen.

Dank seines modularen Aufbaus lässt sich P&I LOGA HR flexibel an die individuellen Anforderungen von Kommunen anpassen. Egal, ob klein oder groß – die Lösung wächst mit den Anforderungen und kann schrittweise erweitert werden. Bestehende Prozesse lassen sich abbilden und gezielt weiterentwickeln, ohne die Organisation zu überfordern. So wird Digitalisierung planbar und nachhaltig umgesetzt.

Mit P&I LOGA HR und dem umfassenden Leistungsangebot von ekom21 entscheiden sich Kommunen für eine bewährte, zukunftsichere Gesamtlösung, die Software, Betrieb und Service intelligent verbindet. Das Ergebnis ist eine moderne, leistungsfähige Personalarbeit, die Mitarbeitende überzeugt, Führungskräfte unterstützt und Verwaltungen nachhaltig stärkt – heute und in Zukunft.

Christine Kölb ist Teamleiterin im Personalwesen der ekom21.

Anzeige

Ihre Arbeitsrealität im Ausländerwesen?

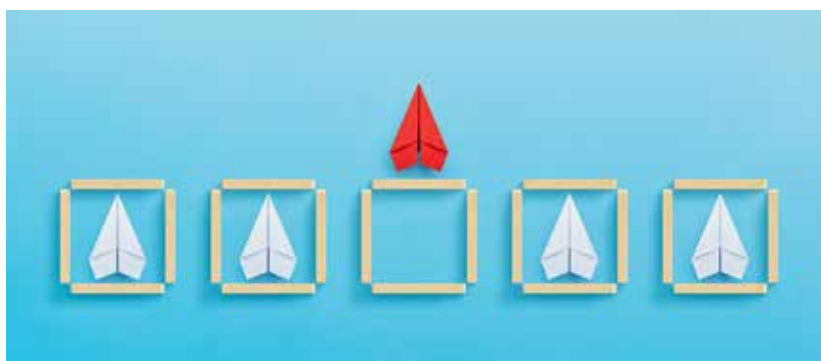
Belastbare Strukturen

Katharina Hässler

Steigende Komplexität und Fachkräftemangel setzen die Personalabrechnung in der öffentlichen Verwaltung zunehmend unter Druck. Die Auslagerung wird daher zu einem strategischen Instrument, um Risiken zu reduzieren und weiterhin handlungsfähig zu bleiben.

Die Anforderungen an die Personalabrechnung in Kommunalverwaltungen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Neben komplexen Regelungen prägen stetige Gesetzesänderungen, steigende Prüfanforderungen der Sozialversicherungsträger sowie zunehmende Digitalisierungs- und Dokumentationspflichten den Arbeitsalltag. Gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftemangel. Vor diesem Hintergrund wird es strategisch zunehmend relevant, die Personalabrechnung auszulagern – nicht nur als reine Kostenmaßnahme, sondern als Instrument zur Sicherung der Handlungsfähigkeit.

In vielen Verwaltungen ist die Personalabrechnung historisch gewachsen und stark personenabhängig organisiert. Einzelne erfahrene Personalsachbearbeitende verfügen über langjähriges Spezialwissen zu tariflichen Besonderheiten, Stufenlaufzeiten, Zulagen, Jahressonderzahlungen oder zur Behandlung von Krankengeldzuschüssen. Fällt diese Expertise durch Ruhestand, längere Erkrankung oder einen Stellenwechsel weg, entsteht kurzfristig ein erhebliches Risiko. Die Nachbesetzung gestaltet sich schwierig, da qualifizierte Payroll-Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt stark gefragt



Prozesse auslagern, um handlungsfähig zu bleiben.

sind und der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft und größeren Kommunen zunimmt.

Gerade im Geltungsbereich des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst (TVöD) ist die Entgeltabrechnung kein standardisierter Routineprozess, sondern erfordert tiefgehende Kenntnisse tariflicher Systematik. Hinzu kommen Rahmenbedingungen wie die Vorgaben des Sozialgesetzbuchs sowie die Anforderungen aus dem Bundesdatenschutzgesetz und der Datenschutz-Grundverordnung. Fehler wirken sich nicht nur auf die Zufriedenheit der Beschäftigten aus, sondern können zu Rückforderungen, Säumniszuschlägen oder Beanstandungen im Rahmen von Prüfungen führen. Ein externer Partner wie ITEBO bündelt hier spezialisiertes Fachwissen und stellt sicher, dass tarifliche und gesetzliche Änderungen konti-

nuierlich eingearbeitet werden. Dirk Borgelt, Abteilungsleiter Personalsachbearbeitung bei ITEBO, betont: „Gerade im TVöD-Umfeld braucht es nicht nur Systemkenntnis, sondern tiefes Tarifverständnis. Die spezialisierte Expertise von ITEBO im Bereich TVöD sorgt dafür, dass auch komplexe Konstellationen rechtssicher und nachvollziehbar umgesetzt werden.“

In der Praxis zeigt sich, dass kleinere Verwaltungen besonders stark unter der doppelten Belastung von Fachkräftemangel und steigender Komplexität leiden. Oft sind ein oder zwei Personen für die gesamte Personalabrechnung verantwortlich. Vertretungsregelungen existieren formal, können jedoch inhaltlich nicht immer vollumfänglich greifen. Das Risiko von Bearbeitungsrückständen, Fristversäumnissen oder fachlichen

Unsicherheiten steigt bei Personal ausfällen. Eine externe Personalabrechnung schafft hier eine Struktur, die unabhängig von einzelnen Mitarbeitenden funktioniert und durch definierte Servicelevel abgesichert ist.

Neben der Risikominimierung spielt auch die strategische Personalplanung eine Rolle. Der demografische Wandel trifft die öffentliche Verwaltung besonders stark. In den kommenden Jahren erreichen zahlreiche erfahrene Personalsachbearbeitende das Ruhestandsalter. Die Einarbeitung neuer Kräfte ist zeitintensiv und bindet Kapazitäten. Gleichzeitig verändern sich die Anforderungen durch Digitalisierung, elektronische Personalakten und neue Meldeverfahren. Wer die Personalabrechnung auslagert, entlastet interne Ressourcen und kann die freiwerdenden Kapazitäten gezielt für personalstrategische Aufgaben einsetzen.

Der Kostenaspekt ist dabei differenziert zu betrachten. Zwar entstehen bei einer externen

Lösung Dienstleistungskosten, ihnen stehen jedoch kalkulierbare Pauschalen und klar definierte Leistungsumfänge gegenüber. Interne Strukturen verursachen hingegen nicht nur Personalkosten, sondern auch Aufwendungen für Fortbildungen, Softwarepflege, Systemanpassungen, Vertretungsregelungen und Prüfungsbegleitungen. Hinzu kommen Opportunitätskosten, wenn qualifizierte HR-Mitarbeitende einen Großteil ihrer Arbeitszeit in operative Abrechnungstätigkeiten investieren. Eine ganzheitliche Betrachtung zeigt häufig, dass eine externe Personalabrechnung nicht zwangsläufig teurer ist, sondern die Planbarkeit und Transparenz erhöht.

Die Verantwortung der Verwaltung für die Richtigkeit der Abrechnung bleibt bestehen. Eine professionelle Auslagerung basiert daher auf klar definierten Schnittstellen, transparenten Prozessen und vertraglich geregelten Verantwortlichkeiten. Personalleitungen kommt damit eine neue Rolle als steuernde Instanz zu. Die operative

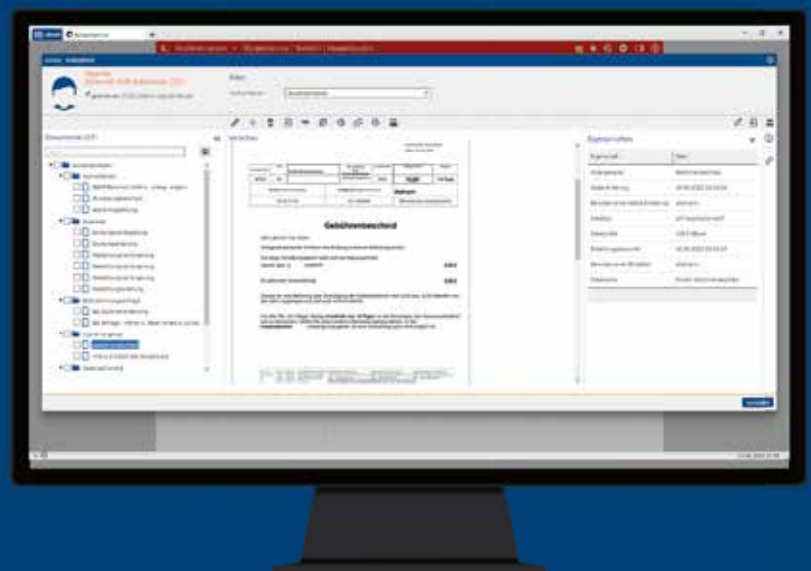
Abwicklung erfolgt extern, während strategische und personalpolitische Entscheidungen intern getroffen werden.

Angesichts steigender Fachkräfteengpässe, wachsender Prüfanforderungen und zunehmender Spezialisierung kann die Entscheidung, die Personalabrechnung auszulagern, die eigene Handlungsfähigkeit sichern. Dirk Borgelt fasst zusammen: „Die Frage ist nicht, ob wir es heute noch schaffen, sondern ob unsere Struktur auch morgen noch belastbar ist. Wer die Personalabrechnung auslagert, verschafft sich Spielräume und reduziert strategische Risiken.“ Wer heute über stabile personelle Strukturen verfügt, sollte sich fragen, wie belastbar diese in fünf oder zehn Jahren sein werden. Die Diskussion über das Auslagern der Personalabrechnung ist daher ein Ausdruck vorausschauender Organisationsentwicklung.

Katharina Hässler ist bei der ITEBO-Unternehmensgruppe im Geschäftsereich Vertrieb und Marketing tätig.

Anzeige

Mit VOIS|ADVIS: Sie behalten alles im Blick. Schnell, einfach und sicher.



Gemeinsam ans Ziel

Jacqueline Graap

Der Landkreis Nienburg/Weser hat zusammen mit dem IT-Dienstleister Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) seine HR-Prozesse auf Basis von P&I LOGA digitalisiert und prüft weitere Optimierungspotenziale.

Für den niedersächsischen Landkreis Nienburg/Weser ist klar: Digitalisieren ist längst keine Option mehr, sondern eine Notwendigkeit. Was früher analog funktionierte, stößt heute schnell an seine Grenzen. Im Personalbereich verfolgt man diesen Weg konsequent – und zwar nicht allein, sondern gemeinsam mit der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) als erfahrenem Partner.

„Wir merken natürlich wie viele andere Kommunen auch, dass es schwieriger wird, Stellen zu besetzen, die Aufgaben werden zeitgleich eher mehr als weniger. Konkret im Personalbereich heißt das mehr Prozesse, mehr Erwartungen, gleich viele Leute. Da schaut man zwangsläufig, wo man Abläufe vereinfachen und Kapazitäten schonen kann“, erklärt Andreas Luersen, Leiter Entgelte und Bezüge des Kreises Nienburg/Weser, und ergänzt: „Letztlich stellt sich dadurch für uns gar nicht die Frage, ob man digitalisiert, sondern wann und wie.“

Beim Wann und Wie schafft die KDO für den Landkreis Nienburg/Weser seit nunmehr 23 Jahren Abhilfe. Die Software P&I LOGA ist dabei über die Jahre mitgewachsen



Landkreis Nienburg/Weser

Digitalisierung ist im Landkreis Nienburg/Weser gelebter Alltag – auch im Personalwesen.

– vom klassischen Abrechnungssystem zum digitalen Herzstück der Personalprozesse. In dieser Kontinuität und den gesammelten Erfahrungswerten findet auch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und der KDO seinen Ursprung: „Es läuft mit der KDO sehr zuverlässig. Wenn wir ein Problem haben, melden wir uns über das Ticketsystem und bekommen schnell eine verlässliche Antwort. Das klingt unspektakulär, aber ist im Alltag das, was zählt“, berichtet Luersen. Während sich der technologische Unterbau stetig weiterentwickelt, wuchs auch das gemeinsame Know-how. Die jüngste Einführung mehrerer neuer Module zeigt, wie sich der Land-

kreis die Digitalisierung Schritt für Schritt weiter erschließt.

Zuerst stand das Mitarbeiterportal im Mittelpunkt. Es eröffnet Beschäftigten den direkten Zugriff auf persönliche Daten, Lohnabrechnungen und Urlaubsanträge. Der Effekt: weniger Papier, weniger Laufwege und schnellere Abläufe. „Das Mitarbeiterportal war ein logischer erster Schritt, und auch die komplette workflowbasierte digitale Reisekostenabrechnung stand schon länger auf der Agenda“, erinnert sich Andreas Luersen. Genau das folgte dann prompt und automatisierte damit den gesamten Prozess von Dienstreisen – vom Antrag über die Genehmigung bis hin

zur Auszahlung. Damit entfiel das mühselige Hantieren mit Belegen und Formularen. „Die Umstellung war anfangs natürlich gewöhnungsbedürftig“, erzählt Luersen. „Aber inzwischen läuft es gut. Weniger Papier, schnellere Abwicklung, nachvollziehbare Workflows – zum alten Prozess will keiner mehr zurück. Das ist für mich das ehrlichste Zeichen, dass eine Einführung gelungen ist. Routineaufgaben laufen digital, und das entlastet das Team. Die gewonnene Zeit stecken wir in die Aufgaben, die Fachkompetenz erfordern.“

Mit Doku3 startete dann der Aufbau einer digitalen HR-Korrespondenz. Mit wenigen Klicks lassen sich nun Dokumente auf Basis aktueller Personalstammdaten direkt im System erstellen. Das eliminiert manuelle Fehlerquellen und sorgt in Kombination mit der integrierten digitalen Personalakte für eine medienbruchfreie Archivierung der Dokumente – ganz ohne Aktenordner, Schubladen und Papierstapel. Mit der Einführung der Loga3-App haben Mitarbeitende zudem ihre wichtigsten HR-Funktionen jederzeit griffbereit. Die KDO bildet mit P&I LOGA dafür die gemeinsame Datenbasis. Statt Schnittstellen zu Drittsystemen, fehleranfälligem Doppelpflegen und manueller Übertragung, entsteht ein reibungsloser Informationsfluss auf einer integrierten HR-Plattform.

Ganz oben auf der Agenda des Landkreises Nienburg/Weser steht nun die integrierte Zeitwirtschaft samt Zutrittskontrolle. Aktuell werden Arbeitszeiten und Gehaltsabrechnungen noch in getrennten Systemen geführt – bald soll alles in LOGA zusammenlaufen und

so Arbeitszeitdaten direkt mit der Lohnabrechnung verzahnt werden. „Wenn beides in LOGA läuft, fließen Zuschläge oder Rufbereitschaften direkt in die Abrechnung, ohne dass wir manuell nacharbeiten müssen“, so Andreas Luersen. „Das wird ein echter Gewinn im Alltag.“ Noch befindet sich das Projekt in der Einführung. Geplant sind drei Monate vom Kick-off bis zum produktiven Start – das ist sportlich. Doch mit klar definierten Zuständigkeiten, einem guten Projektmanagement und dem Erfahrungsschatz aus früheren Modulumbstellungen kann der Zeitplan gelingen.

Nach der Umstellung ist für den Landkreis Nienburg/Weser die Digitalisierung des Personalmanagements nicht einfach abgeschlossen, Optimierungspotenziale werden weiterhin geprüft, Zeitfresser nach und nach mittels Digitalisierung ausgemerzt. Diese Ambitionen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung schätzt man bei der KDO. „Der Landkreis Nienburg/Weser zeigt eindrucksvoll, dass Digitalisierung kein Projekt mit festem Enddatum ist“, so Franziska Bührmann, Produktmanagerin P&I LOGA bei der KDO. „Es ist klasse zu sehen, dass ein langjähriger Kunde dieses Mindset so konsequent lebt. Mit P&I LOGA haben wir hier genau das richtige Werkzeug an der Hand, um diese Dynamik technisch zu unterfüttern. Gemeinsam machen wir jetzt Schritt für Schritt weiter – und ruhen uns nicht einfach auf dem Erreichten aus.“

Im vergangenen Jahr war der Landkreis Nienburg/Weser Gastgeber einer Regionalveranstaltung der KDO. Nach dem Motto aus der Praxis für die Praxis kamen

Kommunen der Region zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, neue Impulse mitzunehmen und voneinander zu lernen. „Wenn aus der Praxis berichtet wird, ist das oft konkreter und hilfreicher als jeder Leitfaden“, erzählt Andreas Luersen. „Man merkt, dass andere vor denselben Fragen stehen – das ist einerseits ernüchternd, andererseits auch beruhigend.“ Solche Begegnungen schaffen Gemeinschaft, fördern Ideen und machen Digitalisierung greifbar. „Im Nachgang haben wir einen Termin mit einer Mitgliedsgemeinde vereinbart, um uns die Umsetzung weiterer LOGA-Module vor Ort anzusehen“, verrät Luersen. Genau das unterstützt die KDO – als Moderator und Begleiter auf dieser Reise.

Digitalisierung ist für den Landkreis Nienburg/Weser kein Leuchtturmprojekt, sondern gelebter Alltag. Schritt für Schritt wachsen Systeme, Abläufe und die dahinterstehenden Teams. Dabei hat sich gezeigt: Der richtige Partner macht den Weg leichter.

Jacqueline Graap ist Teammanagerin Marketing bei der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO).

Profil

● Kreis Nienburg/Weser

Bundesland:

Niedersachsen

Einwohnerzahl:

121.000

Bevölkerungsdichte:

87 Einwohner je km²

Landrat:

Detlev Kohlmeier
(parteilos)

Web-Präsenz:

www.lk-nienburg.de



Das Projekt: Der Landkreis Nienburg/Weser setzt im Bereich Personalwesen auf die Lösung P&I LOGA und hat seine Prozesse in Zusammenarbeit mit der KDO digitalisiert.

Sensoren sinnvoll nutzen

B. Weitzel / S. Hupp

Sensorik und Internet of Things sind das Nervensystem der smarten Stadt – sie liefern Daten, welche Prozesse optimieren und die Entscheidungsfindung erleichtern können. Beim Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur können Kommunen auch klein starten.

Städte und Regionen wachsen, vernetzen sich und stehen vor zunehmenden Anforderungen an Sicherheit, Lebensqualität und Ressourceneffizienz. Zugleich werden die verfügbaren finanziellen Mittel immer knapper. Für die Bewältigung dieser und weiterer Herausforderungen sind belastbare Daten unerlässlich, um sinnvolle Entscheidungen treffen zu können. Diese Daten lassen sich einerseits durch Statistiken aus Fachverfahren bereitstellen; andererseits müssen sie durch physische Messungen gewonnen werden. Über vernetzte Messpunkte in Verkehr, Versorgung, Umwelt und Gebäuden lassen sich viele Messdaten automatisiert erheben, die zur Entscheidungsfindung beitragen können. Weiter gedacht können basierend auf dieser Infrastruktur mittels entsprechender Logik und Aktuatoren durch das System selbst Maßnahmen ergriffen werden. Sensorik und Internet of Things (IoT) bilden dabei die digitale Basisinfrastruktur, das Nervensystem der modernen Stadt oder Region, das diese Informationen in Echtzeit sammelt.

Ein wichtiger erster Schritt ist eine Inventur dessen, was bereits an Sensoren und Infrastruktur für Kommunikation und Verarbeitung vorhanden ist. So bieten Verkehrs-



Galerie betrachten

Über vernetzte Messpunkte lassen sich viele Daten automatisiert erheben.

steuerungssysteme oft Schnittstellen zu verschiedenen Messwerten wie etwa zum Verkehrsaufkommen, die auch für andere Fragen genutzt werden können – beispielsweise wie viele Besucher einer Messe mit dem Auto angereist sind. Die Solaranlage auf dem Rathausdach kann oft auch Wetterdaten wie Sonneneinstrahlung und Temperatur liefern. Das Grünflächenamt hat möglicherweise eine Bewässerungsanlage, die Daten zur Bodenfeuchte und weitere Umweltdaten zur Verfügung stellen kann.

Wer danach sucht, findet viele solcher Beispiele, um eine erste Datenbasis zu erhalten. Dazu muss man unter Umständen das Silodenken einzelner Abteilun-

gen, Ämter und Organisationen aufbrechen und Daten zentral zusammenführen und zugreifbar machen. Das kann mithilfe einer Urbanen Datenplattform (UDP) umgesetzt werden; in einem ersten Schritt reicht aber auch einfach eine Datenbank in Kombination mit Skripten zur Datenbeschaffung. Andere lokale Akteure, etwa die Stadtwerke oder Vereine wie die Freifunker, können weitere Daten zur Verfügung stellen.

Basierend auf der ersten Inventur kann entschieden werden, welche Ziele mit den verfügbaren Datenquellen erreichbar sind. Will man bestehende Prozesse mithilfe der Daten optimieren oder nur Informationen darstellen? Welche

„Smart in der Praxis – Von der digitalen Infrastruktur zur resilienten Kommune“

Eine Beitragsreihe des Fraunhofer-Instituts IESE.

Teil 1: Daten im Griff – Datenstrategie und Interoperabilität

Teil 2: Das Nervensystem der Stadt – Sensorik und IoT sinnvoll nutzen

Teil 3: Digitale Zwillinge als Werkzeug für bessere Entscheidungen

Teil 4: Digitale Teilhabe in der Kommune

Teil 5: Digitalisierung finanzierbar machen

Teil 6: Digitalisierung als Hebel für Resilienz und Nachhaltigkeit

Zielgruppen sind involviert? Zur Konkretisierung der Ziele empfiehlt es sich, die dahinter liegenden fachlichen Fragestellungen klar zu formulieren und im nächsten Schritt die passenden Metriken zu definieren, die zu deren Beantwortung beitragen können. Die verfügbaren Datenquellen helfen bei der Entscheidung, ob eine Metrik bewertet werden kann. Sind Metriken noch offen und nicht bewertbar, so stellen sie Datenbedarfe dar, die durch neu anzuschaffende Sensoren oder andere Datenquellen zu schließen sind. Hierbei spielt die verfügbare und benötigte Datenqualität eine große Rolle: Für viele Fragestellungen genügen aggregierte historische Daten, andere benötigen sehr aktuelle Daten: So reicht es beispielsweise für die Planung eines benötigten Parkplatzes aus, die Verkehrsdaten der vergangenen Monate aggregiert zu betrachten; für die Steuerung der Parkplätze während einer Veranstaltung dürfen die Daten allerdings nur wenige Minuten alt sein.

Eine häufig gewählte Kommunikationsinfrastruktur für die Sensorik ist ein Long Range Wide Area Network (LoRaWAN), da es mit wenigen Basisstationen große Flächen abdecken kann. Alternativen sind unter anderem LTE-M (Long

Term Evolution for Machines) und NB-IoT (NarrowBand Internet of Things), die auf bestehenden Mobilfunknetzen aufbauen. Die jeweiligen Technologien haben individuelle Vor- und Nachteile; hier lohnt es sich, die jeweils verfügbaren Sensoren zu vergleichen.

Für die Auswahl und den Betrieb von Sensoren ist auch deren Lebenszyklus zu berücksichtigen. Viele Sensoren bringen eine eigene Batterie mit, aber lässt sich diese auch austauschen oder ist der Sensor bei Erschöpfung der Batterieleistung unbrauchbar? Hat der Sensor mechanische Komponenten, die verschleissen können und regelmäßig gewartet werden müssen? Zu berücksichtigen sind zudem Veränderungen in der Umgebung – so kann ein Wasserstandssensor durch Verschmutzung oder Bewuchs falsche Daten liefern. Auch Hardware und Software, inklusive der verwendeten Protokolle, sind relevant. Werden offene Standards verwendet, wodurch es einfacher ist, alte Sensoren an neue Systeme anzuschließen, oder wird ein proprietärer Adapter genutzt, für den es irgendwann keine Updates mehr gibt? Des Weiteren sind Vandalismus und Diebstahl wichtige Faktoren bei der Auswahl von Sensoren und deren Installationsort.

Bei einigen Sensoren lässt sich die Mess- und/oder Übertragungsfrequenz für Daten einstellen. Eine hohe Frequenz ist sinnvoll für Anwendungsfälle, die diese Daten in Echtzeit oder nahezu Echtzeit benötigen und in denen sich die Werte schnell ändern können. Die erhöhte Häufigkeit der Messung und Übermittlung geht allerdings mit dem Nachteil einher, dass die Batterie stärker beansprucht wird und somit häufiger Wartungsarbeiten anfallen oder sogar ein Austausch des Sensors nötig ist.

Wie erwähnt, ist zu Beginn nicht unbedingt eine vollumfängliche Datenplattform notwendig; man kann auch klein anfangen, um erste Daten zentralisiert zu sammeln und zu visualisieren. Ein geeigneter Mini-Stack wäre beispielsweise Grafana als Dashboard, Timescale-DB als Datenbank dahinter und Node-RED als Low-Code-Orientierungs- und Ingestion-Dienst, der Sensordaten abrufen und annimmt und sie als Rohdaten oder aufbereitet in die Datenbank speichert. Gleichermassen muss man für einige LoRaWAN-Sensoren, die man installiert, nicht zwingend sofort eine komplett eigene LoRaWAN-Infrastruktur (Gateways, Network Server) aufbauen, sofern lokal offene Netze wie The Things Network (TTN) verfügbar sind. Das spart Komplexität, ohne sich für die Zukunft etwas zu verbauen.

Balthasar Weitzel ist Software-Architekt und Leiter der Abteilung Smart City Engineering (SCE) am Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE; Steffen Hupp arbeitet als Senior Full-Stack Developer in der Abteilung SCE am Fraunhofer IESE.

Lösungen finden

Jenny Friedsam

Auf der ANGA COM, Europas führender Kongressmesse für Breitband, Medien und Konnektivität, treffen sich auch in diesem Jahr in Köln Netzbetreiber, Ausrüster und Inhaltenanbieter zu allen Fragen der Breitband- und Mediendistribution.

Das Programm von Europas führender Kongressmesse für Breitband, Medien und Konnektivität ANGA COM (19. bis 21. Mai, Köln) wird auch in diesem Jahr Diskussionsrunden und Präsentationen zu allen aktuellen Themen der Breitband- und Medienbranche bieten. Dazu zählen die Kupfer-Glas-Migration, Vermarktung und Take-up-Rates, Wholesale, Streaming, Content, Werbemärkte, Wettbewerb mit den BigTechs, Open Access, Inhausnetze, Konsolidierung, Kooperationen, Finanzierung, Künstliche Intelligenz, Digital Networks Act, digitale Souveränität und Rechenzentren.

Eröffnet wird die Kongressmesse durch eine Keynote von Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung. Wildberger ist anschließend auch beim Gigabitgipfel vertreten. Dort diskutiert er mit Santiago Argelich Hesse, CEO von o2 Telefónica Deutschland, Marcel de Groot, CEO von Vodafone Deutschland, Timo von Lepel, Geschäftsführer von NetCologne, und Andreas Pfisterer, CEO von Deutsche Glasfaser.

Eine Neuerung der diesjährigen ANGA COM ist der Intelligent Connectivity Park im Zentralbereich der Halle 7. Dieser Bereich bietet spe-



ANGA Services GmbH

Im Mai findet in Köln die Kongressmesse ANGA COM statt.

zialisierte, komprimierte Themen-Cluster für Künstliche Intelligenz, Cloud-Lösungen, Rechenzentren und Resilienz. Er ist insbesondere auf Austausch und Networking ausgerichtet. Unternehmen aus den Bereichen digitale Infrastruktur und intelligente Softwarelösungen können dort ihre Produkte und Konzepte mit regulären Messeständen oder mit den neuen Intelligent Connectivity Stations direkt an der Innovation Stage präsentieren. Die kompakten Stations ermöglichen einen wirkungsvollen Messeauftritt mit minimalem Organisationsaufwand. Auf der Innovation Stage finden für alle Messebesucherinnen und -besucher zugängliche Live-Use-Cases und Deep-Dive-Sessions

mit kurzen, prägnanten Panels und Präsentationen statt. Als neuer Medienpartner der ANGA COM wird das Test-Magazin connect im Kongressprogramm und auf der Innovation Stage mit Panels aktiv sein.

An dem neuen Intelligent Connectivity Park sind in diesem Jahr erstmals auch die Präsenzen der Partnerorganisationen und Institutionen versammelt. Dazu zählen das Gigabitbüro des Bundes mit den Bundesländern, die Gigabitför-

Link-Tipp

Weitere Informationen zur Kongressmesse sind zu finden unter:

- www.angacom.de

derung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, das Broadband Forum, die Deutsche TV-Plattform, der VATM und der ZVEI. Abgerundet wird der neue Networking-Hotspot durch das ANGA COM Business Center für Geschäftstermine direkt in der Messehalle. Damit wird den Besuchern das Pendeln zwischen den Messeständen, dem Programm auf der Bühne und parallelen Terminen erleichtert.

Mit dem ANGA COM Musterhaus Netzebene 4 bietet die Messe außerdem eine neue Sonderfläche im zentralen Foyer. Hier wird das Thema Inhausvernetzung in kompakter Form als Raum begebar. Die Modernisierung der gebäudeinternen Netze entwickelt sich immer mehr zur Schlüsselfrage für einen erfolgreichen Glasfaserausbau bis in die einzelnen Wohnungen (Fibre to the Home; FTTH). Allein in Mehrfamilienhäusern stehen in Deutschland noch über 20 Millionen Wohnungen zum gebäudeinternen Netz-Upgrade an. Wie das konkret technisch, administrativ und zugleich effizient funktionieren kann, ist bislang unklar. Diese Lücke soll auf der ANGA COM gemeinsam mit den Ausstellern geschlossen werden. Zur Besucherzielgruppe zählen Netzbetreiber, Wohnungswirtschaft, Dienstleister und Installateure ebenso wie Politik, Regulierung und Medien. Sie alle können sich einen komprimierten, praxisnahen Überblick über die neuesten Innovationen für die Netzebene 4 verschaffen. Ergänzend zu dem Musterhaus wird es auf der ANGA COM Innovation Stage in Halle 7 Vorträge und Präsentationen zu den smartesten Inhauslösungen geben.

Ein weiteres Messeformat sind die ANGA COM Round Tables. Im Verlauf von jeweils 30-minütigen Sessions sollen sie einen tiefergehenden Austausch in kleineren Gruppen von 10 bis 20 Personen ermöglichen. Moderiert werden die Diskussionsrunden von sogenannten Table Captains. Ziel ist es, den direkten Dialog zu fördern und praxisnahe Lösungen für die Herausforderungen in den Bereichen Telekommunikation und Medien zu erarbeiten. Das Programm der Round Tables wird im April erscheinen; Kongressteilnehmer haben dann die Möglichkeit, sich separat für die Diskussionsrunden anzumelden.

Am dritten Messetag findet auf der ANGA COM der „Thementag Stadtwerke und Kommunen“ statt. Das Kongressprogramm ist an diesem Tag komplett kostenfrei. Er beginnt mit dem neuen Stadtwerkegipfel, auf dem führende Städtetzbetreiber die besonderen Chancen und Herausforderungen des Glasfaserausbaus für Stadtwerke praxisnah diskutieren. Es folgen Kongresspanels zu Themen, die für Stadtwerke und Kommunen aktuell besonders relevant sind, wie beispielsweise Resilienz und Rechenzentren, digitale Souveränität, Breitbandförderung und das Onlinezugangsgesetz.

Für die beiden Messehallen liegen bereits Buchungen von mehr als 400 Ausstellern vor. Zuletzt haben an der ANGA COM über 500 Aussteller aus 42 Ländern und 22.000 Besucher aus mehr als 80 Ländern teilgenommen. Die Ausstellerliste und die Hallenpläne sowie Informationen zur Standbuchung, Sponsoring und Werbung sind auf der Veranstaltungsseite online ein-

sehbar. Dort steht auch das ANGA COM Fact Sheet mit zahlreichen Statements führender Vertreterinnen und Vertreter der Glasfaser-, Breitband- und Medienbranche sowie eine Vielzahl von Videos und Fotos zur Verfügung.

Die Anmeldung für Kongress- und Messebesucher erfolgt ebenfalls über die Webseite. Tickets für die Ausstellung sind für 25 Euro erhältlich, die Teilnahme am Kongressprogramm ist ab 140 Euro möglich. Aufgrund des großen Erfolgs des Kongresstickets für Young Professionals (Personen unter 30 Jahren) ist diese Ticketkategorie auch für die ANGA COM 2026 wieder für nur 40 Euro buchbar. Wie bereits erwähnt, ist der Besuch von Ausstellung und Kongress am dritten Tag kostenfrei. Auch während der ANGA COM sind Anmeldungen nur online möglich; es sind keine Ticketschalter vor Ort verfügbar.

Jenny Friedsam ist Director Conference, Marketing & PR bei der ANGA COM.

Anzeige



**Folgen Sie
Kommune21
auf LinkedIn:**

**linkedin.com/
company/kommune21**

Regional erfolgreich

Hans Güldenpenning

Die Glasfaseranbieter lünecom und sewikom versorgen im Norden Deutschlands insbesondere ländliche Regionen mit schnellem Internet. Dabei sind die Präsenz vor Ort, lokales Know-how sowie die Kommunikation mit den Kommunen erfolgsentscheidend.

Den Glasfaserausbau mit einem hohen Grad an Struktur und kontinuierlich umzusetzen, klingt theoretisch gut. In der Praxis bedeutet dies immer auch, in die detaillierte Analyse und Kommunikation mit den Kommunen zu gehen, damit bereits gebaute Gebiete zügig ans Netz angeschlossen werden können. Das Ziel: so viele Hausanschlüsse wie möglich in kürzester Zeit umzusetzen. Bundesweiter Treiber sind Projekte im ländlichen Raum.



sewikom GmbH

Letzte Vorbereitungen für die Aktivierung der Haushalte.

In Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist das Unternehmen lünecom mit Sitz in der Hansestadt Lüneburg aktiv und betreibt dort ein eigenes Glasfasernetz. Die Versorgungsgebiete reichen vom Landkreis Lüneburg, der Stadt Uelzen und dem Landkreis Uelzen über die Stadt Wolfenbüttel und den Heidekreis bis nach Nordfriesland zu den Inseln. Der Claim lautet: Unser Netz ist das, was du draus machst. Genau diese Denkart verbindet auch ausbauende Firmen und die Kommunen. Sowohl Städte als auch ländliche Gebiete haben bei der Entscheidungsfindung für die Unternehmen beim Glasfaserausbau immer ihre Standortentwicklung und die Verlässlichkeit der Anbieter im Blick. Für einige Regionen ist der Tourismus dabei

ein wesentlicher Faktor für Zukunftsfähigkeit.

Am Beispiel einer der größten Samtgemeinden Niedersachsens wird deutlich, wie regionale Anbieter und lünecom mit den Bürgermeistern Hand in Hand agieren, um ihre Tourismusregion gezielt weiterzuentwickeln. Die Stadt Bad Bevensen ist Sitz der Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf und gehört zum Landkreis Uelzen. Als Kurort bietet sie vielfältige Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten. Der Klosterflecken Ebstorf inmitten der Lüneburger Heide gehört ebenfalls zur Samtgemeinde.

Bad Bevensen zählt jedes Jahr über 500.000 Übernachtungen und bietet rund 2.000 Ferienwohnungen

und -häuser an. Rund 60 Prozent der Gäste reisen für Gesundheit und Wellness an und bleiben oft mehrere Tage. So war schnell klar, dass eine leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur nicht nur Betreiber von Ferienwohnungen, Hotels und Kliniken unterstützt, sondern die gesamte Tourismusregion stärkt.

Von Beginn an gab es ein großes Interesse der Einwohnerschaft und der Betriebe an der neuen FTTH-Infrastruktur (Fibre to the Home). Dank hoher Quoten konnte die Entscheidung für den eigenwirtschaftlichen Ausbau schnell fallen. Lokales Know-how, kurze Wege und Mitarbeiter, die in den Regionen nicht nur arbeiten, sondern auch leben – diese Faktoren zahlen sich aus. Regelmäßige Abstimmungen

und ein gutes Terminmanagement zwischen der Bauamtsleitung der Samtgemeinde und den Kommunal- und Projektteams von lünecom sind ein solides Fundament für den Infrastrukturausbau.

2025 wurden für die Standortentwicklung der Gemeinde seitens lünecom knapp 45 Kilometer Tiefbaustrasse in Bad Bevensen realisiert. So können über 5.000 Haushalte in dem Kurort mit Geschwindigkeiten bis zu einem Gigabit pro Sekunde agieren. Genauso verhält es sich mit der Tourismusregion Ebstorf, wo knapp 2.600 Haushalte und Urlaubsziele versorgt werden: Hier wurden in Jahresfrist mehr als 35 Kilometer Glasfasertrasse gebaut. Im öffentlichen Straßenraum in Ebstorf und Bad Bevensen wurde für alle Gebäude der direkte Zugang gelegt, sodass für die Einwohner der Glasfaseranschluss bis ins Haus oder Gebäude ermöglicht wird. Die öffentlichen Einrichtungen wie Verwaltungsgebäude, Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehren, Kitas und Schulen gehen ebenfalls mit Glasfaser online. Für den Tourismus gilt nun: Glasfaser macht moderne Services wie digitale Gästemappen, Online-Check-in und Streaming-Dienste erst möglich und erleichtert den Alltag.

„Wir sind eine flächengroße Samtgemeinde, eine der größten in Niedersachsen, und für uns ist es extrem wichtig, am Standort konkurrenzfähig zu sein. Dazu gehört, dass alle Orte mit Glasfaser versorgt sind und wir damit die Möglichkeit haben, alles online zu machen und die Digitalisierung voranzutreiben. Insofern vielen Dank für die sehr gute Zusammenarbeit mit der lünecom, wir sind von vornherein immer bestens informiert und mitge-

nommen worden. Die Umsetzung verlief sehr professionell“, sagt Martin Feller, Bürgermeister der Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf.

Hans-Peter Hauschild, stellvertretender Bürgermeister von Ebstorf, ergänzt: „Für Ebstorf ist es natürlich eine sehr gute Sache, dass wir jetzt schon so viele Glasfaseranschlüsse haben und das gesamte Netz im Grunde genommen für alle nutzbar ist. So behält der Ort seine Attraktivität für Leute, die beruflich schnelles Internet brauchen, aber natürlich auch für Menschen, die hierher ziehen oder bauen möchten. Die Zusammenarbeit mit lokalen Firmen wie der lünecom ist für uns ein Garant für eine zuverlässige Versorgung.“

Lokale Unternehmen in dünner besiedelten Regionen, die touristisch und landwirtschaftlich geprägt sind, haben es mit besonderen Bedingungen zu tun. Der Glasfaseranbieter sewikom ist am Hauptsitz in Beverungen ganz nah dran an diesen Gebieten, deren Themen sowie auch deren Entwicklungschancen durch neue digitale Infrastrukturen. In den Kreisen Höxter und Lippe sorgen die Spezialisten für einen flächendeckenden Ausbau und den Betrieb des Glasfasernetzes. Dabei wird immer auf Augenhöhe miteinander geplant und gearbeitet, nachjustiert, hingehört und hingeschaut.

Mit 7.500 Einwohnern ist Dörentrup die bevölkerungsärmste Gemeinde des Kreises Lippe im Nordosten Nordrhein-Westfalens. Das Gemeindegebiet zählt naturräumlich zum Lipper Bergland. Im Jahr 2023 startete hier der eigenwirtschaftliche Ausbau mit Glasfaser in insgesamt fünf Aus-

bauclustern durch das regional verankerte Unternehmen sewikom. Begonnen wurde auch in Dörentrup äußerst schnell, denn das Interesse von Verwaltung und Einwohnern war so groß, dass die erforderlichen Quoten für die zielgenaue Planung der Bauarbeiten in Rekordzeit erreicht wurden. Los ging es mit dem Ausbau im Juni 2023 in Hillentrup, im Juli in Schwelentrup, gefolgt von Spork und Wendlinghausen im Herbst. Im Frühjahr folgten Betzen und Humfeld sowie Bega. Im Jahr 2024 konnten die ersten Kunden live gehen und 2025 alle angemeldeten Haushalte aktiv geschaltet werden.

Insgesamt wurden sechs Points of Presence, Haupttechnikverteiler und über 60 Verteilerstationen gebaut und knapp 90.000 Tiefbaumeter umgesetzt. Heute hat Dörentrup mit den Gebieten Hillentrup, Schwelentrup, Spork und Wendlinghausen, Betzen und Humfeld sowie Bega Bandbreiten von über einem Gigabit pro Sekunde. Für Landwirtschaft, Touristik sowie die vielen kleinen und großen Höfe und Haushalte der Lipperegion ist das ein Garant für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums.

Auf Nachfrage sagt Bürgermeister Friso Veldink: „Wir haben uns bewusst für ein lokal verwurzeltes Unternehmen mit umfassender Fachkenntnis entschieden. Die sewikom war dabei von Anfang an unser bevorzugter Partner – sie kennt die regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten genau und ist bei der Abstimmung mit dem Bauamt sowie im direkten Austausch stets persönlich vor Ort.“

Hans Güldenpenning ist freier Journalist.

Kommunen sind leichte Beute

Wie Städte und Kreise ihre IT trotz Fachkräftemangel wirksam vor Cyber-Kriminellen schützen können, erläutern im Interview Kira Groß-Bölting und Jan Leitzgen vom Computer Security Incident Response Team (CSIRT) des Unternehmens G DATA Advanced Analytics.

Frau Groß-Bölting, Herr Leitzgen, stehen Kommunen mittlerweile besonders im Fokus von Cyber-Kriminellen?

Kira Groß-Bölting: Kommunen sind eine leichte Beute für Cyber-Kriminelle. Ihre IT ist häufig schwach abgesichert. Ransomware-Gruppen gehen opportunistisch vor und greifen da an, wo es am leichtesten ist. Empathie oder Schonung für öffentliche Einrichtungen sehen wir kaum noch.



Kira Groß-Bölting



Jan Leitzgen

G DATA Advanced Analytics GmbH

Warum erkennen viele kommunale IT-Verantwortliche zu spät, dass ein Cyber-Angriff erfolgt?

Jan Leitzgen: Es fehlt an grundlegenden Sicherheitsmaßnahmen: klare Prozesse, Notfallpläne oder Security Awareness unter Mitarbeitenden. Viele Verwaltungen haben zudem kein durchgängiges Logging- und Monitoring-Konzept. Ereignisse werden nur punktuell geloggt und wichtige Event-IDs fehlen. Damit sind frühe Warnzeichen deutlich schwerer zu erkennen. Hinzu kommen schlechte Meldewege. Die Mitarbeitenden wissen im Zweifel nicht, was zu tun ist, wenn sie zum Beispiel auf eine Phishing-Mail hereingefallen sind.

Groß-Bölting: Viele IT-Teams sind außerdem dünn besetzt, und

Kommunen mit einem IT-Leiter und einem Auszubildenden leider immer noch der Normalfall. Bei so wenig Personal reicht es nur für das Nötigste im Tagesgeschäft. Wichtige Themen wie Prävention, Awareness Trainings und saubere Prozesse fallen oft unter den Tisch.

Was sind typische Angriffsmuster?

Leitzgen: Klassische Einfallstore sind schwache Passwörter, nicht gepatchte Systeme sowie eine fehlende Zwei-Faktor-Authentifizierung bei VPN-Zugängen. Ein weiteres, sehr verbreitetes Sicherheitsrisiko: Nutzt ein IT-Admin ein und dasselbe Passwort für sein persönliches Profil und den Admin-Zugang, die dann auch nicht zusätzlich mit einer Zwei-Faktor-Authentifizierung abgesichert sind, können sich die

Täter ungehindert im Netz bewegen, Daten ausleiten und Systeme verschlüsseln.

Groß-Bölting: Wir begegnen immer wieder sehr laschen Passwort-Richtlinien. Ein Beispiel: Wird mehrfach versucht, sich mit einem fehlerhaften Passwort anzumelden, erfolgt nach Zeit X die automatische Entsperrung. Mit der Begründung: Damit der Helpdesk weniger Tickets hat. Das ist faktisch eine Einladung für Angreifergruppen.

Welche Fallstricke können bei der Aufarbeitung eines erfolgreichen Angriffs aufkommen?

Leitzgen: Ohne Notfallkonzepte dauert schon die Aufklärung über die aktuelle Lage lange. Zusätzlich bricht die Kommunikation zwischen

Außenstellen weg und die IT kämpft parallel mit Krisenkommunikation, Forensik und Wiederaufbau.

Groß-Bölting: Viele unterschätzen die bestehenden Abhängigkeiten. Erst ein Cyber-Sicherheitsvorfall zeigt, welche Dienste miteinander verknüpft sind – vom Identitäts- und Zugriffsmanagement bis hin zu den Fachverfahren. Wer seine

Groß-Bölting: Bis sukzessive ein stabiler Notbetrieb steht, vergehen in der Regel vier bis sechs Wochen. Erst dann ist wieder eine geregelte Kommunikation möglich und wichtige Verwaltungsleistungen sind wieder abrufbar. Nach sechs bis neun Monaten schaffen es Kommunen mit externer Unterstützung, den Normalbetrieb wiederherzustellen. Dann sind zentrale Projek-

also eine Handlungsanleitung für den Ernstfall, hilft enorm. Das muss nicht perfekt sein, aber realistisch: Wer macht was, wenn jemand auf einen Phishing-Link klickt? Welche Accounts müssen sofort gesperrt werden? Wer informiert wen? Und das Wichtigste: Wer darf welche Entscheidungen treffen? Und drittens: Passwörter und Perimeter prüfen. Exponierte

„Wir begegnen immer wieder sehr laschen Passwort-Richtlinien.“

Kritikalitäten nicht vorher bewertet hat, muss unter Stress priorisieren und verliert dabei wertvolle Zeit.

Welche Auswirkungen hat das auf Verwaltung und Bürger?

Leitzgen: Haben Cyber-Kriminelle Daten und Systeme verschlüsselt, kommt der Geschäftsbetrieb zum Erliegen. Bürgerbüros, Ausweisenstellen, Kfz-Zulassungen – nichts funktioniert mehr. Sozialleistungen werden nicht ausgezahlt und die Kommunikation zwischen Fachbereichen bricht ab. Was analog abfangbar ist, hängt vom Reifegrad der Vorbereitung ab.

Groß-Bölting: Die ersten Stunden sind besonders wichtig, um einen Notbetrieb vorzubereiten. Dafür muss aber definiert sein, welche Systeme priorisiert benötigt werden. Besonders kritisch ist es, wenn keine klare Kommunikationsstrategie existiert. Ohne einen Notfallplan geraten viele Verwaltungen in einen Panikmodus.

Wie lange dauert es Ihrer Erfahrung nach, bis eine betroffene Kommune wieder arbeitsfähig ist?

te umgesetzt und der Notbetrieb abgelöst. Das ist aus unserer Sicht aber noch lange kein Endzustand, sondern eine spürbar gehärtete Basis, auf die weiter aufgebaut werden muss.

Leitzgen: Normalbetrieb heißt also nicht: Alles ist jetzt sicher. Es bedeutet, dass die ausgenutzten Schwachstellen geschlossen wurden – meist mit überschaubaren Ressourcen. Eine langfristige Steigerung des IT-Sicherheitsniveaus erfordert jedoch mehr Budget, mehr Zeit und vor allem mehr Personal. Und genau daran hapert es leider.

Was können Kommunen sofort und auch mit knappen Mitteln tun, um ihre IT-Sicherheit zu verbessern?

Leitzgen: Erstens: Sichtbarkeit schaffen. Ohne Monitoring bleiben verdächtige Aktivitäten unsichtbar. Tools wie XDR (Extended Detection and Response) oder ein Security Operation Center (SOC) können eine große Hilfe sein – vor allem, wenn externe Dienstleister mit an Bord sind. Zweitens: Die Reaktionsfähigkeit erhöhen. Ein Notfallplan,

Dienste sollten zwingend mit einer Zwei-Faktor-Authentifizierung abgesichert sein. Schwache Passwörter gehören abgeschafft – auch wenn das unbequem ist.

Groß-Bölting: Kommunen sollten Passwort-Richtlinien mit Vorgaben der Länge und Komplexität verbindlich einführen und privilegierte Konten besonders schützen. Jeder Log-in sollte einer bestimmten Person zugeordnet sein – so bleiben Änderungen nachvollziehbar. Zudem sollten externe Zugänge mit einem automatischen Lock-out versehen sein, der die Anmeldung nach einer definierten Anzahl von Fehlversuchen für eine gewisse Zeit blockiert. Das sind günstige, sofort wirksame Stellschrauben.

Leitzgen: Mein Rat: Kommunen sollten sich Hilfe holen und mit dem Machbaren anfangen. Das wichtigste ist, den ersten Schritt zu gehen. Wer seine größten Schwachstellen kennt und einen Plan hat, bewegt sich vom reaktiven Krisenmodus hin zur souveränen Sicherheitskultur.

Interview: Bettina Weidemann

Der Zugriff entscheidet

Marco Drobek / Vanessa Kansky

Der sichere Zugriff entscheidet darüber, ob Verwaltungen auch unter Druck handlungsfähig bleiben. Moderne Remote-Access-Strategien verbinden Sicherheit, Kontrolle und Flexibilität und werden damit zum Kern digitaler Souveränität.

Digitale Souveränität wird häufig im Kontext von Cloud-Infrastrukturen, Plattformen und europäischen Alternativen diskutiert. Ein zentraler Aspekt erfährt dabei jedoch zu wenig Beachtung: der Zugriff auf Daten und Systeme. Gerade für kommunale Verwaltungen entscheidet sich digitale Handlungsfähigkeit daran, ob Mitarbeitende unabhängig von Ort und Situation sicher und kontrolliert auf relevante Informationen zugreifen können. Mit der zunehmenden Verbreitung von E-Government, Homeoffice und Cloud-Diensten wächst die Komplexität der IT-Landschaften. Gleichzeitig erhöhen regulatorische Vorgaben wie NIS2 und das KRITIS-Dachgesetz sowie eine verschärfte Bedrohungslage den Druck auf die Organisationen.

In vielen Behörden ist die Zugriffsebene historisch gewachsen. VPN-Strukturen, punktuelle Multifaktor-Authentisierung und uneinheitlich verwaltete Berechtigungen prägen das Bild. Diese Ansätze ermöglichen zwar Konnektivität, stoßen jedoch angesichts moderner Angriffsszenarien zunehmend an ihre Grenzen. Sicherheit entsteht heute nicht mehr allein durch den Aufbau eines geschützten Netzwerk-tunnels, sondern durch die

konsequente Steuerung und Überprüfung der Zugriffe innerhalb dieses Rahmens. Moderne Sicherheitsarchitekturen orientieren sich daher am Zero-Trust-Prinzip, bei dem jeder Zugriff verifiziert, Berechtigungen strikt vergeben und kontinuierlich überprüft werden.

Gerade im öffentlichen Sektor ist diese präzise Zugriffskontrolle essenziell, da hier sensible Bürgerdaten, Fachverfahren und Kritische Infrastrukturen (KRITIS) verwaltet werden. Fehlerhafte oder unzureichend gesteuerte Zugriffe können nicht nur zu Datenverlust führen, sondern im Ernstfall die Handlungsfähigkeit der Verwaltung beeinträchtigen. Regulatorische Anforderungen definieren dabei lediglich Mindeststandards und reichen für sich genommen nicht aus, um tatsächliche Widerstandsfähigkeit sicherzustellen. Entscheidend ist vielmehr, ob eine Organisation auch unter Krisenbedingungen arbeitsfähig bleibt. Das setzt voraus, dass Mitarbeitende weiterhin auf Systeme zugreifen können, externe Dienstleister klar begrenzte und kontrollierte Zugänge erhalten und sicherheitsrelevante Vorgänge jederzeit nachvollziehbar sind.



Remote Access wird zum Schlüssel für resiliente Strukturen.

Gleichzeitig müssen Abhängigkeiten von Technologien, Anbietern und rechtlichen Rahmenbedingungen bewusst bewertet und gesteuert werden. Vor dem Hintergrund begrenzter personeller Ressourcen in den IT-Abteilungen gewinnt die Automatisierung von Zugriffsprozessen zunehmend an Bedeutung. Zentral verwaltete und automatisiert gesteuerte Berechtigungen tragen dazu bei, Fehler zu reduzieren, Compliance-Anforderungen zu erfüllen und die operative Belastung der IT-Teams zu senken.

Digitale Souveränität zeigt sich in der Praxis vor allem in der Kontrolle über die eingesetzten Technologien und deren Einbettung in eine nachvollziehbare Gesamtarchitektur. Entscheidend ist, dass Systeme transparent aufgebaut sind, sich in bestehende föderale Strukturen

integrieren lassen und keine schwer kontrollierbaren Abhängigkeiten erzeugen. Für öffentliche Einrichtungen ist dies Voraussetzung für langfristige Stabilität und Steuerungsfähigkeit.

Ein moderner Remote-Access-Ansatz verbindet starke Authentisierung, differenzierte Zugriffskontrolle, Netzwerksegmentierung und zentrale Steuerbarkeit zu einer integrierten Sicherheitsarchitektur. Bestehende Technologien wie VPN bleiben dabei relevant, werden jedoch in ein umfassenderes Gesamtkonzept eingebettet. Ziel ist es, Zugriffe nicht nur zu ermöglichen, sondern sie präzise zu steuern und transparent zu machen. Auf diese Weise lassen sich hybride Arbeitsmodelle sicher umsetzen, externe

Partner kontrolliert einbinden, Angriffsflächen reduzieren und Anforderungen von Prüf- und Aufsichtsinstanzen zuverlässig erfüllen. Remote Access wird damit zu einem zentralen Baustein, um Sicherheit, Effizienz und Compliance zu verbinden. Spezialisierte Lösungen unterstützen diese Entwicklung, indem sie sichere Konnektivität mit technologischer Souveränität verbinden. Insbesondere Plattformen, die unter vertrauenswürdigen rechtlichen Rahmenbedingungen entwickelt werden und sich flexibel in bestehende Infrastrukturen integrieren lassen, ermöglichen es öffentlichen Einrichtungen, ihre Zugriffssysteme nachhaltig zu kontrollieren und weiterzuentwickeln. Dadurch gewinnen Organisationen nicht nur technische Sicherheit,

sondern auch strategische Unabhängigkeit.

Digitale Souveränität lässt sich letztlich nicht auf einzelne Technologien oder Plattformen reduzieren. Entscheidend ist das Zusammenspiel aller Komponenten innerhalb der Sicherheitsarchitektur, wobei der Zugriff eine zentrale Rolle einnimmt. Angesichts wachsender Bedrohungen und steigender regulatorischer Anforderungen wird ein kontrollierter und transparenter Remote Access zum Schlüssel für resiliente Verwaltungsstrukturen und zur Grundlage staatlicher Handlungsfähigkeit.

Marco Drobek ist Account Manager und Vanessa Kansky ist Content Marketing Manager bei der NCP GmbH.

Anzeige

Konferenz
16. – 17. Juni
Düsseldorf

KRITIS 2026

Neue Bedrohungen. Neue Verantwortung.



**Generalleutnant
André Bodemann**
Deutsche Bundeswehr



Andreas Feicht
RheinEnergie



Marc Henrichmann
Deutscher Bundestag



Julia Vincke
Kriminologin

Informieren
und anmelden



TAGESSPIEGEL
BACKGROUND

Wer nutzt welche Dienste?

Erik Schnelle

Die zunehmende Nutzung von SaaS-Anwendungen schafft in vielen Verwaltungen eine gefährliche Intransparenz. Erst die Kombination aus Identitäts-, Zugriffs- und SaaS-Management ermöglicht es, Nutzung, Berechtigungen und Kosten wirksam zu kontrollieren.

Cloud- und Software-as-a-Service-(SaaS)-Anwendungen prägen heute den Arbeitsalltag. Eine Erhebung des IT-Forschungs- und Beratungsunternehmens Gartner zeigt, dass Organisationen im Durchschnitt mehr als 125 SaaS-Anwendungen nutzen. Darunter befinden sich zunehmend auch KI-basierte Tools, häufig ohne Wissen der IT-Abteilung. Was Effizienz verspricht, führt gleichzeitig zu einem strukturellen Risiko.

Zwar zählen Identitäts- und Zugriffsmanagement seit Jahren zu den zentralen Bausteinen öffentlicher Cybersecurity-Strategien. Entsprechend investieren viele Behörden in zentrale Benutzerverzeichnisse, Single Sign-on und rollenbasierte Berechtigungen. Dies greift jedoch zu kurz: Klassisches Identitätsmanagement verwaltet primär Nutzerkonten, Rollen und Gruppen – nicht aber die tatsächlich genutzten Anwendungen und deren konkrete Verwendung.

Gerade hier entsteht ein blinder Fleck. SaaS-Dienste werden häufig außerhalb etablierter Beschaffungs- und Freigabeprozesse eingeführt – durch Fachbereiche, Projektteams

oder einzelne Mitarbeitende. Die Anmeldung erfolgt über bestehende Identitäten, etwa dienstliche E-Mail-Adressen, ohne dass Transparenz über Zweck, Nutzung oder Datenverarbeitung entsteht. Veränderungen in Organisation und Personal – etwa durch neue



Überblick über genutzte Dienste vermeidet Cyber-Angriffe.

Mitarbeitende, Rollenwechsel oder externe Dienstleister – verstärken diese Intransparenz zusätzlich. Ohne automatisierte Prozesse und konsequente Umsetzung des Need-to-know-Prinzips entstehen so schleichend Überberechtigungen.

Sicherheit lässt sich unter diesen Bedingungen nur herstellen, wenn Identitätskontrolle und Transparenz über die tatsächliche SaaS-Nutzung zusammengeführt werden. Erst wenn nachvollziehbar ist, welche Anwendungen genutzt werden und

wer in welchem Kontext darauf zugreift, können Zugriffe wirksam gesteuert und Risiken bewertet werden.

Diese Transparenz ist zugleich Voraussetzung für die Audit- und Compliance-Fähigkeit. Anforderungen aus der Daten-

schutz-Grundverordnung (DSGVO) oder im Umfeld Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) setzen voraus, dass Datenverarbeitung und Zugriffe jederzeit nachvollziehbar sind. Darüber hinaus schafft ein systematisches SaaS-Management auch wirtschaftliche Vorteile: Es ermöglicht, ungenutzte oder redundante Anwendungen zu identifizieren,

Kosten zu senken und fundierte Entscheidungen über den weiteren Einsatz von Software zu treffen.

Wie ein solcher Ansatz in der Praxis aussehen kann, zeigt das Beispiel einer großen öffentlichen Einrichtung mit dezentraler Organisationsstruktur. Über Jahre hinweg hatte sich dort eine heterogene IT-Landschaft entwickelt, bestehend aus zentral beschafften Fachanwendungen, Standardsoftware sowie einer wachsenden Zahl dezentral eingeführter Cloud- und SaaS-

Dienste. Zwar wurden Nutzeridentitäten grundsätzlich erfasst und verwaltet, es fehlte jedoch eine belastbare Übersicht über die tatsächlich genutzten Anwendungen, deren Nutzungshäufigkeit, Lizenzierung und Kosten. Insbesondere bei externen Prüfungen wurde deutlich, dass klassische Informationen zu Identitäten und Lizenzen nicht ausreichten, um Nutzung, Berechtigungen und Compliance nachvollziehbar darzustellen.

Die Einrichtung reagierte mit einem integrierten Ansatz, der Software Asset Management und SaaS-Management verknüpfte. Ziel war es, Transparenz darüber zu schaffen, welche Software formal lizenziert und welche Dienste tatsächlich genutzt wurden – ein-

schließlich der zugehörigen Nutzergruppen und Nutzungsmuster. So konnten Verantwortlichkeiten klar zugeordnet, Zugriffe gezielt gesteuert und redundante Anwendungen identifiziert werden. Ein wesentlicher Bestandteil war die Automatisierung von Prozessen bei Rollenwechseln, Ein- und Austritten sowie Berechtigungsanpassungen. Anstelle manueller Einzelfallentscheidungen wurden Zugriffe systematisch überprüft und angepasst. Im Ergebnis zeigte sich nicht nur eine deutlich verbesserte Audit- und Compliance-Fähigkeit, sondern auch eine höhere Kostentransparenz und eine spürbare Entlastung der IT-Organisation.

Schatten-IT und ein unkontrollierter Zuwachs an SaaS-

Anwendungen sind dabei weniger Ausdruck mangelnder Disziplin als vielmehr Folge der Dynamik digitaler Transformation. Die damit verbundenen Risiken lassen sich nicht durch einzelne Maßnahmen adressieren. Weder klassisches Software Asset Management noch reines Identitäts- und Zugriffsmanagement reichen für sich genommen aus. Erst deren Zusammenspiel mit einem systematischen SaaS-Management schafft die notwendige Transparenz über Nutzung, Kosten und Zugriffe – und damit die Grundlage für eine sichere und wirtschaftliche Software-Nutzung in öffentlichen Einrichtungen.

Erik Schnelle ist Key Account Manager Public Sector bei der Matrix42 GmbH.

Anzeige

Mi. 16.09. – Fr. 18.09.2026 | Congress Center Leipzig

KGSt-FORUM 2026

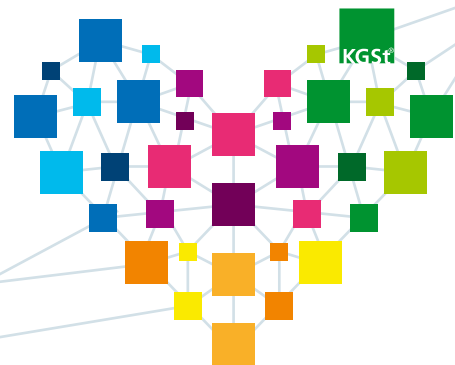
NETZWERK. KOMMUNE.

Erleben ■ Inspirieren ■ Stärken

Das **KGSt-FORUM 2026** ist der Treffpunkt für alle, die kommunale Zukunft aktiv gestalten wollen: drei Tage Austausch, Impulse und Lösungen, die in der Verwaltung wirklich funktionieren.

Freuen Sie sich auf **rund 120 Fachveranstaltungen** zu sechs Themenwelten:

- Führung und Organisationskultur gestalten
- Haushalte stabilisieren und steuern
- Personal binden und entwickeln
- Innovation und KI erleben
- Strategie und Steuerung stärken
- Zukunftsfähige Prozesse und Strukturen aufbauen



Deutschlands größter kommunaler Fachkongress mit über **5 000 Teilnehmenden**.

Rund 5 000 m² Ausstellungsfläche mit drei Keynote-Bühnen.

Mitglieder zahlen eine **einmalige Teilnahme-pauschale** für beliebig viele teilnehmende Mitarbeitende.



Jetzt anmelden – und kommunale Praxis stärken!

forum.kgst.de

Kontakt Veranstalterin KGSt-FORUM:

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)
Gereonstraße 18–32 • 50670 Köln • forum@kgst.de • +49 221 37689-60

Sicher kommunizieren

Miguel Rodriguez

Messaging-Apps sind zwar praktisch, bergen im professionellen Umfeld aber Risiken für den Datenschutz. Eine sichere Lösung für die interne Kommunikation in Stadtverwaltungen ist die Anwendung Threema Work.

In der kommunalen Verwaltung werden Messaging-Apps immer gefragter. Für die Verantwortlichen und IT-Beauftragten wirft das Echtzeit-Messaging Fragen rund um Cyber-Sicherheit, Datenschutz und Administrierbarkeit auf. Häufig ist die Nutzung von Chat-Apps daher entweder untersagt oder schlichtweg nicht klar geregelt, was die Problematik um Datensicherheit und Übersichtlichkeit bei der Kommunikation nur verschlimmert. Immer mehr Kommunen suchen deshalb nach Alternativen.

Große Stadtverwaltungen beschäftigen teils Tausende von Angestellten, verteilt auf 30, 40 oder sogar mehr Ämter mit unzähligen Berührungspunkten im Alltag. Hier gibt es einen großen Bedarf nach schnellen Kommunikationslösungen, die Abstimmungsprozesse verbessern, alle Mitarbeitenden inklusive der Verwaltungsspitze einbeziehen und gleichzeitig Datensicherheit bieten. Auch die Akzeptanz der Lösungen ist ein Schlüsselfaktor für die kommunale Tauglichkeit

Greifen Angestellte für den geschäftlichen Austausch auf nicht autorisierte Messenger zurück, entsteht Schatten-IT. Darunter ist die Beschaffung und Nutzung von

Hard- und Software zu verstehen, die nicht explizit von der IT-Abteilung genehmigt ist. Consumer-Messenger sind ein besonderes Risiko, denn ihre Nutzung ist weit verbreitet und Angestellte haben sie in der Regel auf ihren Privatgeräten. Die Verwendung von nicht-autorisierten Kommunikationslösungen birgt für Verwaltungen und andere Organisationen erhebliche Risiken – von IT-Sicherheitslücken und mangelhafter Datensicherheit über Datenschutzverletzungen und Compliance-Verstößen bis hin zu Haftungsrisiken. Die gängigen Messenger sind meistens nicht mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) konform, da sie beliebte Einfallstore für Cyber-Angriffe darstellen. Das macht sie für die vertrauliche kommunale Kommunikation ungeeignet.

Eine Lösung, die sich für kommunale Zwecke anbietet, ist Threema Work. Die Anwendung adressiert den Bedarf an schneller, intuitiver Kommunikation im kommunalen Bereich und kombiniert diese mit umfassenden Sicherheitsmerkmalen. Dazu gehört unter anderem eine durchgängige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung basierend auf Open-Source-Verschlüsselungstechnologie, eine Kontaktverifizierung durch Vertrauensstufen und die



Messaging-Apps erleichtern Abstimmungen.

Möglichkeit, die Kommunikation über eine detaillierte Nutzer- und Rechteverwaltung auf Kontakte innerhalb einer Organisation zu beschränken. So wird sichergestellt, dass lediglich autorisierte Personen Zugang zu sensiblen Daten haben. Zudem schützt Threema Work sämtliche Kommunikationsinhalte – nicht nur Text- und Sprachnachrichten, Medien und Anrufe, sondern auch Profilbilder, Gruppennamen sowie die Liste von Gruppenmitgliedern. Gerade für die schnelle Kommunikation unterwegs ist die Lösung sehr beliebt. Aber auch für den stationären Verwaltungsar-

beitsplatz ist sie eine Option. Dank Desktop-Version und anderer notwendiger Business-Funktionen verbindet die Kommunikationslösung das mobile und stationäre Arbeiten in der Verwaltung.

Mitunter sind in Kommunen die Ausstattungsmöglichkeiten und Ressourcen begrenzt. Deshalb ist es für Kommunen von Vorteil, dass Threema Work das BYOD-Prinzip (Bring Your Own Device) unterstützt, also die erlaubte Nutzung privater Geräte für berufliche Zwecke. Mit Threema Work lassen sich auch Angestellte in die Kommunikation einbinden, die nicht über ein Geschäftshandy oder gar einen stationären PC verfügen, wie es bei technischen Mitarbeitern teilweise der Fall ist. Die sehr gute Administrierbarkeit trägt zu einem guten Überblick bei, da unter anderem Chat-Gruppen und Zugriffe zentral verwaltet werden können. Die Kommunikationslösung lässt sich zudem über verschiedene Schnittstellen an vorhandene Dienste wie Microsoft Entra ID, Windows Active Directory oder LDAP koppeln und in die bestehende IT integrieren.

Eine weitere Möglichkeit, die Threema Work eröffnet, ist die Nutzung als Back-up-Kanal, der bei einem Ausfall von IT-Systemen, Cyber-Angriffen oder Störungen in der Organisationssoftware die Kommunikationswege aufrechterhält. So bleibt die Verwaltung handlungsfähig. Das Broadcast-Tool von Threema bietet zudem Funktionen, um über Feeds und Verteilerlisten sowie zentrale Gruppenchats gezielt, sicher und in Echtzeit die gesamte Belegschaft, einzelne Verwaltungsabteilungen oder auch externe

Akteure zu erreichen. So lässt sich auch in Krisenfällen eine schnelle Notfallkommunikation umsetzen.

Technologische Unabhängigkeit von US-amerikanischen Tech-Konzernen gewinnt für kommunale Verwaltungen zunehmend an Relevanz – eine Herausforderung, die sich auch auf die Auswahl und den Betrieb von Kommunikationskanälen sowie Kollaborationssystemen erstreckt. Hier stellt sich die Frage, inwieweit IT-Systeme und Daten unabhängig, selbstbestimmt und sicher betrieben sowie verwaltet werden können. Wo man nicht auf etablierte Standardsysteme verzichten will und kann, bietet Threema Work als Out-of-Band-Lösung die nötige Resilienz und gewährleistet stabile Back-up-Kommunikations-

wege abseits der üblichen Organisationssoftware.

Der Austausch sensibler Informationen erfolgt bei Threema ausschließlich über hochsichere, nach ISO 27001 zertifizierte Rechenzentren in der Schweiz oder selbstgehostet mit Threema OnPrem über eigene Server. Die Lösung ist bis Stufe Vertraulich freigegeben und unterliegt nicht dem US-amerikanischen Cloud Act, der besagt, dass Dienste mit Sitz in den USA den dortigen Behörden Zugang zu Kundendaten gewähren müssen. Damit sichert Threema Work die kommunale Kommunikation gleich auf mehreren Ebenen.

Miguel Rodriguez ist CRO bei der Threema GmbH.

Anzeige

rku IT

MODERNE IT. SICHER BETRIEBEN.

Ihr Ansprechpartner im Ruhrgebiet für Deutschland

Wir unterstützen Kommunen und kommunale Unternehmen beim zuverlässigen Betrieb ihrer IT-Landschaften. Mit sicheren Systemen, stabiler Infrastruktur und automatisierten Abläufen sorgen wir für reibungslose Prozesse im Hintergrund – zuverlässig für Verwaltung und kommunale Aufgaben.

Für eine nachhaltige und smarte Lebenswelt.
Zukunft seit 1961 – rku.it



Jetzt kostenlose
Beratung buchen!

Gestalten Sie mit uns
die Zukunft der IT:

www.rku-it.de

Verwaltung neu gedacht

Saskia Hartema / Juliane Buch

Die Stadt Papenburg hat ihre Verwaltung in den vergangenen Jahren räumlich und digital modernisiert und so die Basis für effiziente, medienbruchfreie Prozesse geschaffen. Durch die konsequente Digitalisierung wurde der Arbeitsalltag nachhaltig verbessert.

Die knapp 40.000 Einwohner starke Stadt Papenburg im niedersächsischen Landkreis Emsland befindet sich seit einigen Jahren in einem umfassenden Modernisierungs- und Digitalisierungsprozess. Ausgangspunkt war die räumliche Situation im historischen Rathaus. Dabei handelt es sich um ein wirklich schönes Gebäude, aber für die stetig wachsende Zahl an Mitarbeitenden – derzeit über 400 – längst zu klein geworden. Nachdem im Jahr 2019 ein bestehender Anbau abgerissen werden musste, verteilte sich die Verwaltung über mehrere Standorte im gesamten Stadtgebiet.

Diese Zersplitterung führte zu erheblichen Herausforderungen im täglichen Arbeitsablauf, insbesondere für Teams, die eng miteinander arbeiten mussten.

Mit der Fertigstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes im Jahr 2025 konnten schließlich wieder alle Mitarbeitenden an einem zentralen Standort zusammengeführt

werden. Der Umzug erfolgte bewusst papierarm. So wurde nur ein sehr geringer Teil der physischen Unterlagen übernommen. Der Großteil wurde digitalisiert und



Umzug ins neue Rathaus für eine umfassende Digitalisierung genutzt.

in das Dokumentenmanagementsystem (DMS) enaio von Anbieter Optimal Systems überführt, sodass heute ein weitgehend medienbruchfreies Arbeiten möglich ist.

Parallel dazu verabschiedete die Stadt Papenburg im Jahr 2023 eine Digitalisierungsstrategie, die wesentliche Maßnahmen bis 2025 definiert. Die Mission wurde darin

klar umrissen: Papenburg ist und bleibt fortschrittlich sowie ein moderner Arbeitgeber; über die Digitalisierung sollen der Gesellschaft moderne, elektronische Angebote gemacht werden, und auf dem Weg der Umsetzung sind die Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung der wichtigste Erfolgsfaktor.

Herausforderungen wie Demografie, Einhaltung von Gesetzen, Einsatz moderner Technologien für effiziente Verwaltungsdienstleistungen sowie zeitunabhängige Services hat die Verwaltung dabei fest im Blick, sodass sich zur Umsetzung der Strategie folgende

Lösungsbausteine ergaben: Einführung einer flächendeckenden elektronischen Aktenführung, Bereitstellung von digitalen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger, Aufbau eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS), Prozessoptimierung und Wissensmanagement sowie das aktive Gestalten von Veränderungsprozessen.

Stand heute sind die bis Ende 2025 gesetzten Ziele erfüllt. So werden inzwischen 85 Prozent aller Dokumente der Stadtverwaltung digital verarbeitet, Stichwort: E-Akte, digitaler Posteingang und digitale Rechnungsbearbeitung. Darüber hinaus bietet Papenburg seinen Bürgern zahlreiche Online-Dienstleistungen an und hat bei den „Top20 OZG-Prozessen“ Reifegrad drei bis vier erreicht.

Neben dem DMS enaio ist in der Stadtverwaltung eine Vielzahl an Fachverfahren im Einsatz – was allerdings auch zu einer Vielzahl an dezentral verwalteten Dokumentvorlagen führte. Jede Organisationseinheit pflegte eigene Dokumente, was hohe Wartungsaufwände verursachte und die Aktualität der Inhalte erschwerte. Selbst kleine Änderungen, etwa bei Funktionsbezeichnungen oder der Adressanpassung im Rahmen der Umzüge, mussten manuell in einer großen Zahl von Vorlagen nachgetragen werden. Zudem erschweren Medienbrüche zwischen Online-Anträgen, Fachverfahren und Dokumentenerstellung effiziente Verwaltungsprozesse.

Auf der Suche nach einer Lösung stieß die Stadt Papenburg auf SmartDocuments. Das Vorlagenmanagementsystem des gleichnamigen Herstellers überzeugte vor allem durch die Möglichkeit, Vorlagen zentral zu verwalten und mit dem DMS oder Fachverfahren zu koppeln, Inhalte standardisiert aufzubereiten und Änderungen automatisiert in alle betroffenen Dokumente zu übernehmen. Darüber hinaus ermöglicht SmartDocuments eine dynamische Dokumenterstellung, bei der Mitarbeitende nur die für

ihren Fall relevanten Fragen beantworten. Auf dieser Grundlage wird das fertige Dokument automatisch generiert – inklusive aller Varianten hinsichtlich Sprache, Geschlecht oder Zuständigkeit.

Besonders wertvoll ist zudem die Möglichkeit, Daten aus bestehenden Online-Anträgen direkt via XML in die Vorlagen zu übernehmen, was Medienbrüche konsequent reduziert. Ein markantes Beispiel hierfür findet sich im Personalwesen. Früher mussten Personalbögen in Papierform oder als ausfüllbare PDF-Dokumente eingereicht werden. Ein Prozess, der sowohl unübersichtlich als auch fehleranfällig war. Heute werden diese Daten digital über einen Online-Antrag mithilfe der Lösung MACH | formsolutions erfasst und anschließend automatisch in den SmartDocuments-Arbeitsvertrag übertragen. Gleiches gilt für Homeoffice-Vereinbarungen, die früher aus mehreren unterschiedlichen Dokumentvorlagen zusammengesucht werden mussten. Jetzt fließen die Daten aus dem Antrag automatisch in die finale Vereinbarung ein. Diese Prozesse sparen nicht nur viel Zeit, sondern erhöhen gleichzeitig die Qualität der erstellten Dokumente.

Ein weiterer Pluspunkt liegt in der integrierten Anbindung an das bestehende DMS. Durch den Start der Dokumentenerstellung in der enaio-Akte werden dort bereits hinterlegte Informationen, etwa zum Dokument, zur Maßnahme oder zum Objekt, automatisch in den Fragenkatalog übernommen. Dadurch entfällt die erneute manuelle Dateneingabe und der Erstellungsprozess wird deutlich beschleunigt.

Zugleich wird eine einheitliche Datenbasis sichergestellt, da die vorhandenen Informationen unmittelbar in die Dokumentengenerierung einfließen. Das reduziert mögliche Übertragungsfehler und trägt zu einer konsistenten Dokumentenerstellung bei.

Das Projekt befindet sich aktuell in der Phase der vollständigen Zentralisierung und Konsolidierung aller Vorlagen. Schritt für Schritt werden die Organisationseinheiten eingebunden, die bestehenden Dokumente analysiert und anschließend in SmartDocuments überführt. Ziel ist es, die zentral verwalteten Vorlagen im Laufe der kommenden Jahre weiter auszubauen und darüber hinaus dezentrale Vorlagenverantwortliche in den Bereichen zu etablieren. Diese sollen künftig kleinere fachliche Anpassungen selbst vornehmen, während strategische Änderungen weiterhin zentral gesteuert werden.

Mit ihrem umfassenden Digitalisierungsansatz geht die Stadt Papenburg konsequent den Weg zu einer modernen Verwaltung. Dass dieser nachhaltig und nachdrücklich verfolgt wird, zeigt sich auch in der bereits fortgeschriebenen Digitalisierungsstrategie 2.0: Das mit dem neuen Verwaltungsgebäude und der durchgängigen Digitalisierung der Arbeitsprozesse geschaffene starke Fundament soll damit weiter ausgebaut werden, um auch künftig auf neue Anforderungen reagieren und neue Entwicklungen aktiv aufgreifen zu können.

Saskia Hartema ist Organisatorin bei der Stadt Papenburg; Juliane Buch ist bei der SmartDocuments Deutschland GmbH im Bereich Marketing & PR tätig.

Mit Link und Leine

Die Stadt Essen stellt die Hundesteuermarke nur noch digital aus. Im Interview berichten Anke Hammacher, Abteilungsleiterin Kommunalsteuer bei der Stadt Essen, und Norbert Rheindorf, Line of Business Public Sector bei Nagarro, von ersten Erfahrungswerten.

Frau Hammacher, wie müssen Hundehalterinnen und -halter bei der Stadt Essen vorgehen, wenn sie einen Hund anmelden wollen?

Anke Hammacher: Die An- und Abmeldung eines Hundes in den Haushalt muss beim Steueramt innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Dafür steht ein elektronisches Formular im Bereich Online-Dienstleistungen bereit. Darüber können dann auch eventuell benötigte Nachweise hochgeladen werden. Anschließend erhält man den Hundesteuerbescheid als ordnungsgemäße Anmeldebestätigung per Post.

Was hat sich nun geändert?

Hammacher: Seit Januar geben wir keine Metallmarken mehr aus. An deren Stelle treten jetzt digitale Hundesteuermarken. Dazu scannen Hundehalterinnen und -halter einen persönlichen QR-Code auf dem Steuerbescheid und speichern die digitale Marke in der Wallet-App ihres Smartphones. Die Marke funktioniert auf jedem Smartphone, unabhängig vom genutzten Betriebssystem. Wer kein Smartphone hat, kann den QR-Code einfach in Papierform als Nachweis nutzen.

Welche Vorteile entstehen dadurch?



Anke Hammacher

Hammacher: Die digitale Hundesteuermarke steht sofort, ohne Wartezeit zur Verfügung, kann selbstständig heruntergeladen werden, ist bei Kontrollen leicht vorzuzeigen und geht nicht verloren. Die Wallet-Datei kann in einem Haushalt auf mehreren Geräten gespeichert und damit leicht geteilt werden. So können beispielsweise auch Familienmitglieder oder Dogwalker den Hund rechtssicher führen. Uns als Stadt spart der medienbruchfreie Prozess von Anmeldung bis Bereitstellung viel Zeit und Geld. Die Marken müssen nicht mehr wie früher bestellt, geprägt, gelagert und verschickt werden, wir vermeiden Postrückläufer und müssen die Marke bei Verlust nicht mehr neu ausstellen. Die Verwaltung konzentriert sich nun auf Ausnahmefälle, wenn zum Beispiel der Steuerbe-



Dr. Norbert Rheindorf

scheid nicht mehr vorliegt oder das Smartphone zu Hause vergessen wurde. Insgesamt wird das Verfahren digitaler, bürgerfreundlicher und nachhaltiger.

Herr Rheindorf, wie zuverlässig ist das Verfahren?

Norbert Rheindorf: Auf den Schutz personenbezogener Daten wird natürlich großen Wert gelegt. Die digitale Hundesteuermarke wird technisch sicher und verschlüsselt bereitgestellt. Die erhobenen Daten können nur für Kontrollzwecke verwendet und nicht an Dritte weitergegeben werden. Zudem sind sie auf den Halter personalisiert, sodass mehrere Hunde auf einmal verifiziert werden können. Auf der Vorderseite der Marke sind der Name des Hundehalters zur

Identifikation, die Anzahl der angemeldeten Hunde und der QR-Code gespeichert, auf der Rückseite die Anschrift sowie Name, Rasse und Geschlecht des Hundes.

Warum lohnt sich die Einführung?

Rheindorf: Die Einführung der digitalen Hundesteuermarke ist direkt im Fachverfahren umsetzbar.

Design angepasst. Da die Lösung als Template entwickelt wurde, ist sie schnell implementiert – in Essen innerhalb von drei Monaten.

Welche Voraussetzungen müssen Kommunen schaffen?

Rheindorf: Die technische Voraussetzung aufseiten der Kommunen besteht in der Integration in das

beim Datenmanagement angepasst werden.

Worauf sollte man beim Changemanagement besonders achten?

Rheindorf: Um Mitarbeitende gut zu begleiten, sollte man Mehrwerte sichtbar machen. Je nach Größe der Kommune sollte zunächst der aktuelle Ist-Zustand erfasst, vali-

„Uns als Stadt spart der medienbruchfreie Prozess von Anmeldung bis Bereitstellung viel Zeit und Geld.“

Wer von Beginn an eine professionelle, voll funktionsfähige und nutzerfreundliche Lösung wählt, beugt dem steigenden Handlungsdruck vor. Das Add-on, das die Stadt Essen nutzt, ist langfristig auf dem aktuellen technischen Stand und entspricht den Gewohnheiten und Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern an einen modernen Service.

Wie wurde die Lösung technisch implementiert?

Rheindorf: Bei der Stadt Essen ist die digitale Hundesteuermarke in die Systemarchitektur Suite4KA für Steuern, Gebühren und Abgaben des Anbieters Nagarro integriert, ein Modul der SAP S/4HANA-Lösung Suite4Public für kommunale Geschäftsprozesse. Genutzt werden die vorhandenen Stammdaten. Der Prozess ist vollautomatisiert, sodass für Mitarbeitende kein zusätzlicher Aufwand entsteht. Zudem wird die Kennzeichnungspflicht erfüllt und eine fälschungssichere Signierung verwendet, damit das Vorgehen rechtskonform ist. Farben, Logo und Datenfelder sind individuell an die Stadt Essen und ihr Corporate

Bürgerportal beziehungsweise den Self-Service-Bereich. Außerdem ist eine Apple-Developer-Lizenz für die Signatur erforderlich.

Wie wurden Mitarbeitende bei der Implementierung begleitet?

Hammacher: Die Einführung der digitalen Hundesteuermarke ist nur ein Projekt von vielen im Rahmen unserer Digitalisierungsstrategie. Damit es als Chance und Mehrwert empfunden wird, wurde das Projekt konsequent an den Anforderungen und Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet. Außerdem begleiten wir es seit Beginn fortlaufend mit unterschiedlichen internen und externen Kommunikations- und Marketingmaßnahmen.

Rheindorf: Das entspricht auch unserer Empfehlung: Digitalisierungsprojekte vor dem Go-live mit Changemanagement zu begleiten. Denn in der Regel ändern sich in den meisten Kommunen auch die Arbeitsabläufe, Prozesse und organisatorischen Regeln. Zum Beispiel müssen Workflows, Rollenverantwortlichkeiten und Zuständigkeiten

diert und dokumentiert werden. Auch wenn der Bearbeitungsprozess bereits lange etabliert und effizient sein mag, lohnt es sich, diesen beispielsweise mittels eines Prozessdiagramms zu visualisieren. Alt- und Neuprozess lassen sich somit besser vergleichen. Außerdem ist es ratsam, in allen Schritten die Sachbearbeitungsebene einzubeziehen und anstehende Veränderungen transparent und frühzeitig zu kommunizieren, um die Akzeptanz zu erhöhen.

Welche weiteren Projekte stehen in Essen in Kürze noch an?

Hammacher: Nächster großer Meilenstein ist die Transformation zu SAP S/4HANA, außerdem stehen die Themen E-Rechnung, einmalige Einnahmen und individuelle Bescheiderstellung auf der Agenda. Damit verfolgen wir weiterhin das Ziel, Dienstleistungsangebote für Bürger und Unternehmen möglichst einfach und standardisiert nutzbar zu machen, Arbeitsprozesse zu beschleunigen und Mitarbeitende zu entlasten.

Interview: Thomas Nolte

Souveränität im Fokus

Tim Heine

Cloud-Technologien bilden die Grundlage für organisationsübergreifend genutzte elektronische Verwaltungsservices. Das Konzept der souveränen Cloud punktet dabei mit klar definierten Rahmenbedingungen für Sicherheit, Kontrolle und digitale Unabhängigkeit.

Cloud-Dienste sind ein zentraler Baustein der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung und gewinnen auch im kommunalen Alltag zunehmend an Bedeutung. Damit einher geht zugleich ein hoher Anspruch an Datenschutz, IT-Sicherheit und Datenhoheit. Parallel rücken die Dimensionen der Daten-, Technologie- und operativen Souveränität in den Fokus. Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Frage: Wie können Kommunen Cloud-Technologien so nutzen, dass Sicherheit, Kontrolle und digitale Souveränität gleichermaßen gewährleistet sind?

Digitale Bürgerdienste, Fachverfahren und neue Formen der Zusammenarbeit erhöhen die Anforderungen an IT-Infrastrukturen und Services der öffentlichen Verwaltung. Das Ergebnis: Die Komplexität steigt und der Betrieb im eigenen Rechenzentrum wird aufwendiger und ressourcenintensiver. Doch gerade kleine und mittlere Städte und Gemeinden verfügen häufig nur über begrenzte personelle und wirtschaftliche Kapazitäten. Zudem sehen sie sich in den kommenden Jahren einem akuten Fachkräftemangel ausgesetzt, der auch die IT-Bereiche betreffen wird.

Vor diesem Hintergrund bieten sich Cloud-Infrastrukturen und Cloud-Dienste als leistungsfähige und flexible Alternativen an. Anwendungen lassen sich hier schnell bereitstellen, Services bedarfsgerecht skalieren und neue Einsatzmöglichkeiten – etwa im Bereich Datenanalyse oder Künstliche Intelligenz – leichter erschließen. Cloud Computing bildet damit die Grundlage für digitale Verwaltungsservices und moderne Fachverfahren, die organisationsübergreifend genutzt werden können.

Bevor sich Kommunen der Cloud zuwenden, müssen jedoch Fragen zum Datenschutz, der Informationssicherheit und der Datensouveränität beantwortet werden: Können auch sensible und hoheitliche Daten in der Cloud verarbeitet werden? Welcher Cloud-Service ist für welchen Anwendungsfall der richtige? Ist die Kontrolle über die Daten und Anwendungen vollständig vorhanden? Und wie lassen sich Lock-in-Effekte, also die Abhängigkeit von einzelnen An-



Cloud-Dienste gewinnen im kommunalen Alltag an Bedeutung.

bietern, verhindern? Hier setzt das Konzept der souveränen Cloud an. Es verbindet die Vorteile moderner Cloud-Technologie mit klar definierten Rahmenbedingungen für Sicherheit, Kontrolle und Unabhängigkeit. Die souveräne Cloud ist eng mit dem Leitprinzip der digitalen Souveränität verbunden. Gemeint ist dabei, vereinfacht ausgedrückt, die Fähigkeit von Staat, Verwaltung und Wirtschaft, digitale Technologien und Daten unabhängig, sicher und rechtskonform zu nutzen und zu verarbeiten. Für Kommunen bedeutet das: Sie können moderne IT-Lösungen einsetzen, ohne die Kontrolle über ihre Daten und Prozesse zu verlieren.

In der Praxis stützt sich das Konzept der souveränen Cloud auf drei zentrale Dimensionen: Datensou-

veränität bezeichnet die Hoheitsgewalt über Daten, also die Fähigkeit, sie zu verwalten und zu schützen. Sie umfasst zugleich den Einsatz höchster IT-Sicherheitsstandards sowie die strikte Wahrung der Datenresidenz, wonach sämtliche Informationen einschließlich Metadaten, Back-ups und Protokolle ausschließlich innerhalb Europas oder Deutschlands gespeichert und verarbeitet werden. Technologiesouveränität zielt auf Unabhängigkeit und Interoperabilität. Offene Standards und Open Source ermöglichen es, Systeme flexibel zu integrieren und bei Bedarf den Anbieter zu wechseln. Das verhindert langfristige Lock-in-Effekte und stärkt die strategische Handlungsfähigkeit. Operative Souveränität schließlich beschreibt die tatsächliche Kontrolle der Verwaltung von Zugriffsrechten, Sicherheitskonfigurationen und Software-Updates im laufenden Betrieb. Der administrative Zugriff darf ausschließlich durch qualifiziertes Personal innerhalb des europäischen oder deutschen Rechtsraumes erfolgen. Damit wird sichergestellt, dass Zugriffe auf Systeme klaren rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen.

Die souveräne Cloud bleibt jedoch nicht auf der Ebene strategischer Leitbilder stehen. Entscheidend ist ihre konkrete Ausgestaltung in Anwendungen und Plattformen, welche die beschriebenen Souveränitätsanforderungen tatsächlich erfüllen. In der Praxis zeigt sich das nicht zuletzt in cloudbasierten Betriebsmodellen wie Software as a Service (SaaS). Sie machen die Dimensionen der Daten-, Technologie- und operativen Souveränität unmittelbar erfahrbar.

SaaS-Lösungen, die den Prinzipien der souveränen Cloud folgen, können insbesondere den Betrieb erleichtern, indem sie den operativen Aufwand reduzieren und hohe Sicherheits- und Compliance-Standards gewährleisten. Außerdem zahlen offene Technologien und kontrollierte Betriebsumgebungen auf die Technologie- und Datensouveränität ein.

Wie sich die beschriebenen Prinzipien konkret umsetzen lassen, zeigen ausgewählte Anwendungsbeispiele. So nimmt ein kollaboratives Arbeiten, bei dem zum Teil besonders schützenswerte Verwaltungsdokumente organisationsübergreifend ausgetauscht und bearbeitet werden, auch in der öffentlichen Verwaltung stetig zu. Für diesen Anwendungsfall ermöglicht beispielsweise die Filesharing-Lösung Bdrive der Bundesdruckerei die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards und unterstützt insbesondere die Dimension der Datensouveränität: Dateien werden verschlüsselt, in mehrere Fragmente zerlegt und auf voneinander unabhängige Speicherorte verteilt. Erst durch die Zusammenführung dieser Fragmente können die Daten rekonstruiert werden. Die notwendigen Metainformationen verbleiben dabei in besonders geschützten Infrastrukturen. Selbst besonders schutzbedürftige Informationen, etwa „Verschlussachen – Nur für den Dienstgebrauch“ (VS-NfD), können mit dieser Technologie geteilt werden.

Auch im Bereich Künstliche Intelligenz, für die oftmals rechenintensive IT-Infrastrukturen notwendig sind, entstehen neue Möglichkeiten durch SaaS Angebote. Beispiels-

weise können KI-Assistenten die kommunalen Mitarbeitenden bei Recherche, Dokumentenanalyse oder der Erstellung von Textentwürfen unterstützen. Datenschutz, Modellkontrolle und Transparenz haben dabei im behördlichen Einsatz höchste Priorität. Diese Anforderungen erfüllen Lösungen der Bundesdruckerei-Gruppe, dem Technologieunternehmen des Bundes. Dazu zählt Assistent.IQ, das auf Open-Source-Komponenten basiert und in einer geschützten Infrastruktur betrieben wird. Die Verarbeitung – einschließlich der Sprachmodelle – erfolgt auf Servern in Deutschland ohne Verbindung zum öffentlichen Internet. Das System greift zudem ausschließlich auf bereitgestellte Dokumente zu, wodurch unbelegte Antworten reduziert und Ergebnisse durch Quellenangaben nachvollziehbar werden.

Die Cloud wird für Kommunen zu einem zentralen Baustein der digitalen Transformation. Entscheidend ist dabei, dass Effizienzgewinne nicht zulasten von Sicherheit, Datenschutz und Selbstbestimmung gehen. Souveräne Cloud-Lösungen verbinden beides: moderne, skalierbare Technologien mit klarer Kontrolle über Daten, Infrastruktur und Betrieb.

Kommunen, die früh die richtigen Grundlagen schaffen, sichern sich langfristig Handlungsfähigkeit, Vertrauen und digitale Resilienz und können zugleich leistungsfähige, sichere digitale Verwaltungsleistungen zuverlässig bereitstellen – auch bei begrenzten Ressourcen.

Tim Heine ist Abteilungsleiter Key Account Management Public Sector bei der Bundesdruckerei GmbH.

Klar auf Kurs

Die Debatte um Cloud und digitale Souveränität hat deutlich an Fahrt aufgenommen. Nikolaus Hagl von Delos Cloud spricht im Interview über geopolitische Risiken, technologische Abhängigkeiten und den Bedarf an souveränen Plattformen.

Herr Hagl, warum ist das Thema digitale Souveränität gerade jetzt so dringlich?

Wenn man sich die Nachrichtenlage und das Weltgeschehen insgesamt anschaut, dann sieht man, wie stark sich geopolitische Krisen und Unsicherheiten inzwischen überlagern. In so einer Situation stellt sich zwangsläufig die Frage, wie Europa in diesem Gefüge eigentlich aufgestellt ist – wirtschaftlich, technologisch und politisch. Gerade im Bereich der Digitalisierung ist das aus meiner Sicht eine Schlüsselfrage. Wie gelingt es Staaten, die Hoheit über ihre eigenen Daten sowie die Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sichern? Genau daraus ergibt sich der hohe Druck beim Thema digitale Souveränität. Der Bedarf ist ohne Zweifel da. Spannend wird sein, wie konsequent er sich in den kommenden Jahren tatsächlich in konkrete Strukturen, Angebote und Entscheidungen übersetzt.

Die Bundesländer und auch europäische Nachbarstaaten verfolgen sehr unterschiedliche Strategien. Was sagt das über den Umgang mit technologischer Unabhängigkeit in Europa aus?

Ich glaube, beim Ziel herrscht inzwischen durchaus Einigkeit: Europa braucht eigene Regelungen, eigen-

ne Standards und eigene Lösungen. Die eigentliche Herausforderung liegt nun beim Weg dorthin. Auch innerhalb Deutschlands sehe ich Fortschritte. Mein Eindruck ist, dass sich auch das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen verbessert. Gerade im Digitalbereich wird inzwischen stärker ganzheitlich gedacht. Das ist wichtig, weil Digitalisierung nur dann wirklich wirksam wird, wenn Standards, Schnittstellen und Verfahren über föderale Ebenen hinweg zusammenpassen. Wir sind zwar noch lange nicht da, wo wir hinmüssen – aber ich habe das Gefühl, dass wir inzwischen zumindest die richtigen Wege einschlagen.

Nun ist es illusorisch, dass sich Europa oder Deutschland komplett abschotten könnte. Wie viel Abhängigkeit können wir uns leisten?

Ich finde es sehr gut, dass Sie das so formulieren. Denn für mich hat digitale Souveränität nichts mit Abschottung zu tun. Es geht nicht darum, sich von Technologien aus anderen Teilen der Welt vollständig zu isolieren. Vielmehr geht es darum, vorhandene Technologien so nutzbar zu machen, dass europäische und staatliche Anforderungen erfüllt werden. Die zentrale Frage lautet also: Wie kann ich Technologie souverän nutzen?



Delos Cloud GmbH

Nikolaus Hagl

Was heißt das konkret?

Digitale Souveränität hat für mich mehrere Dimensionen. Erstens die Datenhoheit: Wer kontrolliert die Daten? Zweitens die Betriebshoheit: Wer betreibt die Systeme tatsächlich? Drittens die Wahlfreiheit: Kann ich zwischen verschiedenen Lösungen wählen? Und viertens die Frage nach der Unabhängigkeit von Lieferengpässen oder einseitigen Abhängigkeiten. Wichtig ist dabei auch, nicht nur auf einer Ebene zu denken. Man muss den gesamten Stack betrachten – also Infrastruktur, Plattform und Software. Nur wenn wir auf allen Ebenen in Souveränitätskategorien denken, kommen wir zu tragfähigen Lösungen.

Sie sagen: Ohne eigene Plattformen ist digitale Souveränität nicht denkbar. Welche Plattformen braucht Europa?

Wichtig ist, dass wir skalierbare Plattformen aufbauen, die interoperabel sind und auf gemeinsamen Standards beruhen. Es ist wünschenswert, dass es mehrere Plattformen gibt – entscheidend ist dann, dass sie miteinander funktio-

muss. Der erste wichtige Punkt ist die rechtliche Konstruktion. Die technologische Basis stammt von Microsoft, aber Delos Cloud erwirbt die entsprechenden Rechte für den souveränen Stack. Microsoft ist also Technologielieferant, während Delos Cloud Rechteinhaber und Betreiber dieses souveränen Stacks ist. Delos betreibt den kompletten Stack und verantwortet auch die

ten Stack – also Infrastruktur, Plattform und Software. Viele Angebote im Markt konzentrieren sich vor allem auf die Infrastruktur. Unser Ansatz geht weiter. Außerdem soll die Plattform offen sein: Partner und Start-ups können darauf eigene Lösungen entwickeln und den Kunden bereitstellen. Gerade für die öffentliche Verwaltung und kritische Infrastrukturen kann da-

„Nur wenn wir auf allen Ebenen in Souveränitätskategorien denken, kommen wir zu tragfähigen Lösungen.“

nieren. Wenn es in Deutschland 17 Plattformen gäbe, müssten diese so aufgestellt sein, dass Daten, Anwendungen und Prozesse interoperabel laufen können. Das Gleiche gilt erst recht für das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen. Deshalb halte ich die Debatte um Standards für so zentral. Der Deutschland-Stack ist aus meiner Sicht ein guter Ansatz, weil dort festgelegt wird, welche technischen und organisatorischen Voraussetzungen Plattformkomponenten erfüllen müssen, um kompatibel zu sein. Das ist übrigens nicht nur für klassische Verwaltungsdigitalisierung relevant, sondern auch für den KI-Bereich. Ohne saubere Grundlagenarbeit – also Standards, interoperable Datenstrukturen und skalierbare Plattformen – wird man das Potenzial von KI gar nicht heben können. Insofern sind souveräne Plattformen auch die Voraussetzung für den nächsten Innovationsschub.

Kommen wir zu Delos Cloud. Was unterscheidet Ihr Angebot von anderen Anbietern?

Das sind mehrere Komponenten, die man zusammen betrachten

Datenhaltung hierzulande. Delos Cloud ist eine eigenständige deutsche GmbH. Gerade deshalb greifen aus unserer Sicht bestimmte extraterritoriale Regelungen wie etwa der US CLOUD Act auf Delos Cloud nicht in der Form, wie das oft diskutiert wird. Diese rechtliche Bewertung haben wir durch externe Kanzleien prüfen lassen. Der zweite Punkt ist die betriebliche Souveränität. Infrastruktur, Plattform und Software werden von sicherheitsüberprüftem deutschem Personal betrieben. Der dritte Punkt ist die Datenlokation. Die Daten verbleiben in Rechenzentren in Deutschland; die Verarbeitung findet hier statt. Und der vierte Punkt betrifft die technologische Resilienz. Wir haben mit Microsoft langfristige vertragliche Regelungen, die es uns ermöglichen, die Software über viele Jahre hinweg zu beziehen und zu betreiben. Selbst wenn es aus irgendeinem Grund zu Störungen in der Belieferung käme, könnten wir den bestehenden Stand weiter betreiben. Für unsere Kunden ist das ein wichtiger Aspekt, weil damit das Risiko sinkt. Dazu kommt: Wir bieten nicht nur eine souveräne Infrastruktur, sondern den gesam-

raus ein Ökosystem entstehen, das Wahlfreiheit schafft und Innovation fördert.

Wer sich für Delos Cloud entscheidet, tut das nicht nur aus Souveränitätsgründen. Gibt es auch betriebswirtschaftliche Argumente?

Grundsätzlich ja. Ich kann und darf natürlich nichts zu den konkreten wirtschaftlichen Konditionen anderer Anbieter sagen. Aber ganz allgemein gilt: Der Wechsel von On-Premises-Strukturen in eine Cloud-Umgebung hat fast immer auch eine betriebswirtschaftliche Dimension. Wer eigene Rechenzentren betreibt, muss Hardware beschaffen, warten, absichern und kontinuierlich modernisieren. In einer Cloud-Struktur werden viele dieser Leistungen gebündelt. Dadurch entstehen in der Regel Skaleneffekte und Effizienzgewinne. Meine Erfahrung der vergangenen Jahre ist: Wenn man die Gesamtkosten sauber betrachtet – also wirklich eine ganzheitliche TCO-Betrachtung macht –, dann ist der Schritt von On-Premises in die Cloud in vielen Fällen auch wirtschaftlich attraktiv. ►

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) prüft, ob sie mit Delos Cloud ihre IT-Landschaft modernisieren kann. Wie ist der Stand?

Die Bundesagentur für Arbeit ist Teil unseres Pilotkundenprojekts. In diesen Pilotprojekten geht es darum, gemeinsam mit Kunden zu prüfen, ob bestehende Microsoft-Landschaften – etwa im Office-Umfeld – später produktiv in der Delos Cloud genutzt werden können und ob die versprochene Funktionsparität tatsächlich gegeben ist. Die BA ist dabei für uns ein sehr spannender Partner. Sie ist im öffentlichen Bereich aus meiner Sicht eine der digital stärksten Organisationen und geht viele Themen sehr strategisch an. Das macht die Zusammenarbeit sehr wertvoll. Gleichzeitig ist die Bundesagentur ja nicht der einzige Pilotkunde. Wir arbeiten auch mit weiteren Interessenten, die derzeit noch nicht öffentlich benannt werden. Insgesamt sind wir in diesem Bereich gut unterwegs.

Es gibt Stimmen, die sagen: Europa sollte konsequent auf rein europäische Technologien setzen. Ist das realistisch?

Es ist auf jeden Fall ein legitimes Ziel, dass Europa wieder stärker eigene technologische Wertschöpfung aufbaut. Aber man muss eben auch ehrlich sagen: In vielen Bereichen gibt es Stand heute schlicht noch keine vollständig europäischen Alternativen auf vergleichbarem Niveau. Das beginnt nicht erst bei Cloud-Software, sondern schon viel früher – etwa bei Chips, Hardware oder bestimmten Hyperscaler-Technologien. Deshalb halte ich es für wichtig, diese Debatte realistisch zu führen. Für mich ist entscheidend, dass wir uns fragen: Wo können wir

in Europa gezielt eigene Stärken aufbauen? Wo können wir Lücken schließen? Und wo müssen wir bestehende internationale Technologien so einsetzen, dass wir trotzdem Sicherheit, Kontrolle und Handlungsfähigkeit gewinnen? Das Ziel sollte sein, dass in Europa wieder mehr Unternehmen entstehen, die in diesen technologischen Schichten wettbewerbsfähig sind. Mehr Skalierung, mehr Unicorns, mehr industrielle Substanz. Ob wir jemals in jeder einzelnen Komponente bei 100 Prozent europäischer Technologie landen, weiß ich nicht. Aber darum geht es aus meiner Sicht auch nicht ausschließlich. Entscheidend ist, dass wir unsere strategische Abhängigkeit reduzieren und echte Handlungsoptionen aufbauen.

Warum sind Partnerschaften zwischen Staat und Technologieunternehmen dabei so wichtig?

Weil der Staat in einer doppelten Rolle auftritt: Einerseits ist er Regulator, andererseits ist er ein enorm wichtiger Kunde. Als Kunde kann der Staat ein echter Innovationstreiber sein. Wenn öffentliche Nachfrage in ausreichender Größe vorhanden ist, dann schafft das für Unternehmen Anreize, in Europa zu investieren, hier zu entwickeln und hier zu skalieren. Der Staat allein kann Innovation natürlich nicht erzeugen. Aber er kann Rahmenbedingungen schaffen, unter denen Innovation wahrscheinlicher wird. Das gilt auch für Start-ups. Wenn der öffentliche Sektor als Ankerkunde auftritt und klare Perspektiven schafft, dann steigen die Chancen, dass junge Unternehmen in Europa bleiben und hier wachsen, statt sehr früh in andere Märkte – vor allem in die USA – abzuwandern.

Sie fordern eine Regulierung mit Augenmaß. Wo muss der Staat lockerer werden, wo eher strenger?

Ein Bereich ist für mich sehr klar: Vergabeverfahren. Dort müssen wir moderner, schneller und zugänglicher werden. Gerade für Start-ups oder kleinere innovative Unternehmen sind viele Anforderungen heute kaum erfüllbar – allein schon wegen des Aufwands für Compliance, juristische Begleitung oder umfangreiche Referenznachweise. Wenn wir wollen, dass Innovation in die Verwaltung kommt, dann müssen Vergaben so gestaltet sein, dass auch neue Anbieter überhaupt eine faire Chance haben. Auf der anderen Seite braucht es durchaus klare Vorgaben – etwa bei Souveränitätsanforderungen, Interoperabilität und Standards. Dort sollte Regulierung nicht schwächer, sondern präziser werden. Denn ohne klare Leitplanken entsteht wieder Insellogik. Mit anderen Worten: Weniger Hürden dort, wo Innovation und Beschaffung unnötig ausgebremst werden – und zugleich mehr Verbindlichkeit dort, wo gemeinsame regulatorische Grundlagen geschaffen werden müssen.

Welche politischen Weichenstellungen sind dafür nötig? Und welche Rolle spielt dabei das neue Digitalministerium?

Ich finde, dass das neue Digitalministerium in erstaunlich kurzer Zeit einiges angestoßen hat. Man merkt, dass mehr Transparenz, mehr Dialog und mehr Koordination entstanden sind. Ich nehme wahr, dass Politik, Wissenschaft und Wirtschaft stärker in einen kontinuierlichen Austausch gebracht werden. Wichtig finde ich auch, dass dort nicht nur allgemein über Ziele gesprochen wird, son-

dern sehr konkret über Prioritäten, Zeitachsen und Umsetzung. Zudem werden unterschiedliche Akteure – etwa Länder oder andere Ebenen – stärker eingebunden, was für die spätere Umsetzung entscheidend ist. Vor allem aber stärkt ein solches Ministerium den Gedanken des ganzheitlichen Denkens. Digitalisierung lässt sich eben nicht sinnvoll in Einzelsilos organisieren. Deshalb ist es wichtig, dass es einen Ort gibt, an dem Themen gebündelt, koordiniert und priorisiert werden. Natürlich kann ein solches Ressort nicht innerhalb weniger Monate alles verändern. Aber mein Eindruck ist, dass dadurch mehr Dynamik in die Debatte gekommen ist.

Wie sieht Ihre Zeitplanung bei Delos Cloud aus? Wann endet die Pilotphase, wann geht es in den Regelbetrieb?

Wir arbeiten derzeit an mehreren wichtigen Meilensteinen. Im Sommer wollen wir die operative Übernahme des Betriebs der Rechenzentren voranbringen. Bislang spielt Microsoft dabei noch eine zentrale Rolle, künftig wird unser Team diese Aufgaben allein übernehmen. Das ist ein wichtiger Schritt, weil darauf die weiteren Zertifizierungen aufsetzen – etwa entlang relevanter Sicherheits- und Compliance-Anforderungen. Unser Ziel ist, diese Prozesse bis zum Jahresende so weit vorangebracht zu haben, dass wir Anfang des kommenden Jahres die produktive Nutzung für Länder und Kommunen ermöglichen können. Auf ein exaktes Datum würde ich mich ungern festnageln lassen. Aber das ist die Richtung, in der wir arbeiten – und aus heutiger Sicht sind wir damit klar auf Kurs.

Interview: Alexander Schaeff

SMART COUNTRY CONVENTION

Jetzt
kostenfreies
Ticket sichern!

STADT. LAND. TECH

13. – 15. Oktober 2026
hub27 | Messe Berlin

www.smartcountry.berlin

Hoheit bewahren

René Petters

Für Kommunen ist Cloud eine Entscheidungsfrage: Zögern führt zu höheren Kosten, Sicherheitsrisiken und Kontrollverlust. Die Cloud bildet somit den Schlüssel zur Verwaltungsmodernisierung – vorausgesetzt, die digitale Souveränität ist gesichert.

Die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung läuft – aber sie läuft nicht von allein. Mit jedem neuen Online-Dienst, jeder Schnittstelle und jedem digitalisierten Prozess steigen die Anforderungen an Kontrolle, Sicherheit und Verlässlichkeit. Kommunen müssen heute schneller liefern, stabiler betreiben und zugleich strenger schützen. Dabei dürfen sie eines nicht verlieren: die Hoheit über Daten, Prozesse und IT-Strukturen. Deshalb wird digitale Souveränität zum Must-have. Und genau deshalb rücken Cloud-Lösungen, die dies gewährleisten können, in den Mittelpunkt.

Digitale Souveränität heißt auf kommunaler Ebene, dass eine Kommune ihre IT selbstbestimmt steuern kann. Sie entscheidet, wo Daten verarbeitet werden. Sie definiert, wer worauf zugreifen darf. Sie setzt Betriebsmodelle so auf, dass sie transparent, prüfbar und rechtssicher bleiben. Das klingt selbstverständlich – ist es aber in vielen Cloud-Konstellationen nicht. Gerade im öffentlichen Sektor besteht ein sehr hoher Schutzbedarf, unter anderem für Bürgerdaten, kritische Fachverfahren oder verwaltungsweite Plattformen. Wenn Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern wachsen, die Transpa-

renz über Datenflüsse fehlt oder Zuständigkeiten zwischen Verwaltung, Provider und Dienstleister verschwimmen, wird Souveränität zur Illusion. Dann drohen nicht nur Sicherheits- und Compliance-Risiken, sondern auch ganz praktische Folgen wie Verzögerungen, Kostenüberraschungen, Betriebsausfälle, Vertrauensverlust. Wer kommunal handlungsfähig bleiben will, muss Cloud-Entscheidungen deshalb konsequent an Souveränität ausrichten – technologisch, organisatorisch und rechtlich.

Cloud-Technologien sind aus modernen Verwaltungen nicht mehr wegzudenken. Sie schaffen Tempo, Skalierbarkeit und neue Möglichkeiten für Zusammenarbeit und digitale Services. Für die sichere, souveräne Nutzung stehen mehrere Schlüsselfragen im Mittelpunkt, die Kommunen konsequent beantworten müssen: Wo werden Daten verarbeitet, und unter welchem Rechtsraum? Wie transparent ist der Betrieb in technischer, organisatorischer und finanzieller Hinsicht? Wer trägt die Verantwortung – und ist diese eindeutig, durchgängig und auch dokumentiert? Cloud-Ansätze für mehr Souveränität setzen hier an: Sie verbinden Cloud-Funktionalität mit klarer Datenhoheit, nachvollziehbaren Sicherheits-

mechanismen und überprüfbaren Betriebsprozessen. So wird Cloud zur kontrollierbaren Infrastruktur – und nicht zur Blackbox.

Viele Kommunen starten souverän, indem sie für besonders schutzbedürftige Anwendungen auf Private-Cloud-Umgebungen setzen. Die Vorteile: Die Umgebung ist dediziert, Zuständigkeiten lassen sich klar regeln, Sicherheits- und Zugriffsmodelle sind stringent umsetzbar. Sensible Daten und kritische Verfahren laufen damit in einem Rahmen, der sich technisch wie organisatorisch zuverlässig kontrollieren lässt. GISA unterstützt Kommunen in diesem Kontext mit einem Ansatz, der digitale Souveränität nicht auf einzelne Produkte reduziert, sondern als Zusammenspiel aus Infrastruktur, Governance und Betrieb versteht. Ein zentraler Baustein ist dabei die GISA Business Cloud in zertifizierten Rechenzentren in Deutschland. Sie ermöglicht einen rechtskonformen, kontrollierbaren Cloud-Betrieb, bei dem Daten im deutschen Rechtsraum bleiben und Zugriffs sowie Sicherheitsmechanismen nachvollziehbar geregelt werden. Dabei ist die Private Cloud kein Selbstzweck. Sie schafft dort Souveränität, wo sie zwingend gebraucht wird – bei Daten mit hohem Schutzbedarf, bei Kernverfahren

und bei Plattformen, die die Verwaltung dauerhaft tragen müssen.

Digitale Souveränität bedeutet jedoch nicht Verzicht auf Innovation. Viele Kommunen benötigen flexible Plattformen, etwa für Kollaboration, Webportale, skalierbare Fachanwendungen oder projektbasierte Entwicklungsumgebungen. Hybride Architekturen kombinieren kontrollierte Private-Cloud-Infrastrukturen mit ausgewählten Public-Cloud-Diensten. Sensible Daten und Kernverfahren bleiben stets in der Private Cloud. Weniger kritische Anwendungen können die Skalierbarkeit der Public Cloud nutzen. Das bedeutet: mehr Tempo und Flexibilität ohne pauschale Abhängigkeit. Hybride Modelle funktionieren allerdings nur, wenn sie konsequent gesteuert werden. Ein IT-Dienstleister wie GISA übernimmt in solchen Szenarien die Orchestrierung hybrider Umgebungen. Das schließt Sicherheitskonzepte, Compliance Management und klar definierte Verantwortlichkeiten mit ein. Die Kommune kann entscheiden, was wo läuft und behält eine umfassende Kontrolle über ihre eigenen Daten und Prozesse.

Der Cloud-Betrieb scheitert selten an Rechenleistung, sondern meist an der Organisation. Unklare Rollen, fehlende Governance und mangelnde Transparenz bei Kosten und Sicherheit zählen zu den häufigsten Stolpersteinen in Cloud-Projekten – gerade in hybriden Landschaften. Wenn nicht feststeht, wer Back-up, Monitoring, Incident-

Bearbeitung oder Berechtigungsmanagement verantwortlich, entstehen Grauzonen. Das stellt ein nicht unerhebliches Risiko dar. Deshalb müssen Kommunen Governance früh verankern. Erfolgreiche Modelle stehen auf vier Hauptsäulen: dokumentierte Rollen und Zuständigkeiten, die auch im Betrieb tragen; Identity- und Access-Management, das Zugriffe konsequent steuert;



Cloud-Infrastrukturen müssen keine Blackbox sein.

kontinuierliches Monitoring für Sicherheit, Performance und Kosten sowie nachvollziehbare Dokumentation für Prüfungen, Audits und Gremien. GISA begegnet diesen Anforderungen zum Beispiel mit einem ganzheitlichen Ansatz von der strategischen Beratung über Architektur und Migration bis zum operativen Betrieb. Der Nutzen für Kommunen liegt nicht in „mehr Technik“, sondern in mehr Steuerbarkeit. Cloud wird überprüfbar, kalkulierbar und belastbar.

Digitale Souveränität ist kein Projekt mit Enddatum, sondern ein Entwicklungsprozess. Denn Regulierung verändert sich, Technologien verändern sich und auch die Verwaltungsorganisationen selbst ver-

ändern sich. Wer souverän bleiben will, muss seine Cloud-Strategie regelmäßig weiterentwickeln. Dies betrifft sowohl fachliche, technische als auch organisatorische Aspekte. Das gilt auch in der kommunalen Praxis. So müssen Kommunen Workloads neu priorisieren, Sicherheitsanforderungen nachschärfen, Betriebsprozesse anpassen und Kompetenzen im Haus aufbauen oder gezielt ergänzen. Dabei helfen Managed Services und erfahrene Partner, weil sie Betrieb und Weiterentwicklung dauerhaft absichern, ohne dass die Verwaltung die Datenhoheit verliert.

Kommunen können Digitalisierung und Selbstbestimmung verbinden. Sie benötigen dafür aber Ansätze, die ihren spezifischen Anforderungen gerecht werden. Dazu gehören Private- und Hybrid-Modelle, die die Datenhoheit sichern; eine Governance, die Verantwortung klärt sowie ein Betrieb, der transparent und prüfbar bleibt. Denn Cloud-Lösungen schaffen die Grundlage, um digitale Verwaltungsleistungen verlässlich bereitzustellen – heute und langfristig. GISA kann Kommunen dabei unterstützen, diesen Weg strukturiert zu gehen und setzt dabei auf deutsche Cloud-Infrastruktur, hybride Architekturen, klare Governance und verlässlichen Betrieb. Die Verwaltung behält dabei die Kontrolle – und gewinnt gleichzeitig die Flexibilität, die Digitalisierung erfordert.

René Petters ist Business Line Manager öffentlicher Sektor beim IT-Dienstleister und Cloud Service Provider GISA.

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

• E-Formulare / E-Procurement / Finanzwesen	58
• E-Government / E-Partizipation	59
• Dokumenten-Management / Friedhof	60
• OZG-Lösungen / Geodaten-Management / Breitband / IT-Infrastruktur / CMS Portale	61
• Spezial-Software / IT-Security / ITSM / Consulting / Personalwesen / Digital Signage	62
• Schul-IT / KI	63
• Komplettlösungen	63-65

E-Formulare • E-Procurement • Finanzwesen

Anzeige

D-7		Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart Telefon: 0711 / 78 63-73 55 Fax: 0711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Mit KoFos und WebAmt unterstützen wir Verwaltungen, den digitalen Wandel zu vollziehen. KoFoS ist ein Formularmanagementsystem, das eGovernment auf Basis unserer Formulare und Signaturen bietet. Über WebAmt können den Kommunen und Unternehmen Formulare und Assistenten als ASP-Anbieter zur Verfügung gestellt werden.	E-Formulare
D-I		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Unter den Linden 24 10117 Berlin Telefon: 030 / 374343-810 Fax: 030 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Ricarda Jülich Buchforststraße 1-15 51101 Köln Telefon: 0221 / 98578-60 Fax: 0221 / 98578-66 E-Mail: info@subreport.de Internet: www.subreport.de	Seit über 100 Jahren gestalten wir die Welt öffentlicher Ausschreibungen – mit Erfahrung, Innovation und persönlichem Service. subreport ELViS vereint eVergabe und Vergabemanagement: digital, webbasiert und rechtskonform. subreport CAMPUS vernetzt Auftraggeber und Unternehmen, fördert Austausch und macht die Lieferantensuche einfacher denn je.	
D-6		veenion GmbH Ansprechpartner: Carsten Blaha Europaallee 11-13 67657 Kaiserslautern Telefon: 0631 / 52084650 E-Mail: info@veenion.de Internet: www.veenion.de	veenion ist einer der führenden Anbieter digitaler Beschaffungslösungen für den öffentlichen Sektor. Mit über 25 Jahren Erfahrung und Projekten in Bund, Ländern, Städten und Universitäten bietet die Plattform eine transparente, steuerbare und vergabekonforme Abwicklung von Direktaufträgen und Rahmenverträgen.	
D-7		TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 79541 Lörrach Telefon: 07621 / 914040 Fax: 07621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierende Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 42551 Velbert Telefon: 02051 / 944-0 Fax: 02051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	VOIS FIWE ist das exklusiv von ab-data für die marktführende IT-Plattform VOIS entwickelte Finanzwesen. Dessen HKR-/Doppik- und Steuerverfahren machen bestehende VOIS-Bürgerservices wie MESO und GESO zum fachamtsübergreifenden Baukastensystem: digital, integriert, skalierbar, standardisiert, medienbruchfrei und maximal wirtschaftlich.	Finanzwesen
Ihr Eintrag	Ihr Produkt- oder Firmenlogo	Ihre Firmierung Ansprechpartner: Max Mustermann Beispielstraße 17 12345 Musterstadt Telefon: 01234 / 123456-0 Fax: 01234 / 123456-999 E-Mail: info@ihr-unternehmen.de Internet: www.ihr-unternehmen.de	Ihr beschreibender Text, maximal 330 Zeichen mit Leerzeichen. Beispiel: Firma XYZ ist Marktführer im ABC-Bereich und hat Lösungen für nahezu alle Marktsegmente. Die neue Produktfamilie PQR ist ein durchgängiges und skalierbares System mit leistungsstarken Modulen, die Anwendern und Entwicklern höchste Flexibilität bieten.	Rubrik

D-0		TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 06108 Halle (Saale) Telefon: 0345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0		brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 06217 Merseburg Telefon: 03461 / 25 99 510 Fax: 03461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH ist ein führender und TÜV-zertifizierter IT- und Mediendienstleister mit Sitz in der Dom- und Hochschulstadt Merseburg. Das Unternehmen hat sich auf zwei innovative Produkte für den öffentlichen Sektor spezialisiert, welche zu dessen Unterstützung beitragen: die Digitale Baugenehmigung sowie den VOIS-Vorgangsraum.
D-2		Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Silke Heitmann Hochschulring 4 28359 Bremen Telefon: 0421 / 204 95-0 Telefax: 0421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Gemeinsam vom digitalen Wandel zum digitalen Vorsprung: Mit IT-Lösungen, die das Leben der Menschen sicherer und einfacher machen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen hierbei im Vordergrund.
D-2		MACH GmbH Wielandstr. 14 23558 Lübeck Telefon: 0451 / 706470 E-Mail: mailbox@mach.de Internet: www.mach.de	Für Kommunen und öffentliche Betriebe bietet MACH passgenaue Software für Finanz- und Prozessmanagement. Dazu zählen Online-Formulare, Antragsmanagement, Bau- und Betriebshof, Friedhofsmanagement, Denkmalpflege, Brandschau, Umweltschutz und Liegenschaften. Bundesweit nutzen über 4.000 kommunale Kunden Lösungen von MACH.
D-4		ITEBO GmbH Dielingstraße 39/40 49074 Osnabrück Telefon: 0541 / 9631-0 Fax: 0541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die Verwaltung übernimmt digitale Verantwortung für Prozesse, Daten und IT-Systeme. Wir stehen als strategischer Partner für die Digitalisierung der Verwaltung an Ihrer Seite – als Softwarehaus, Beratungshaus und mit unserem ISO 27001 zertifizierten Rechenzentrum inkl. durchgängig verfügbarer und redundant ausgelegter Infrastrukturen für den IT-Betrieb.
D-7		The Quality Group GmbH Ansprechpartner: Bünyamin Colak Konrad-Zuse-Platz 1 71034 Böblingen Telefon: 0157 / 58834890 E-Mail: buenyamin.colak@tqg.de Internet: www.tqg.de	TQG – Die souveräne digitale KI-gestützte Vertragsmanagementlösung (LCM) für Bund, Länder und Kommunen. Unser Mehrwert für die Verwaltung: KI-Vertragsmanagementsoftware – Elektronische Aktenführung – eSignatur – Bürgerportal – Automatisierte Verwaltung von EVB-IT Verträgen – Revisionsicherheit – Open Source.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 73265 Dettingen/Teck Telefon: 07021 / 95 08 58-0 Fax: 07021 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, eFA-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-3		leanact GmbH Hagenmarkt 8 38100 Braunschweig Telefon: 0531 / 22436214 Fax: 0531 / 42878895 E-Mail: info@leanact.de Internet: www.leanact.de	Mehr Zeitersparnis bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen! Unser Anliegenmanagement MeldooPLUS ermöglicht Kommunalverwaltungen die zeitschonende Bearbeitung von Bürgeranliegen. Über 95 Verwaltungen bundesweit nutzen bereits die Module Mängelmelder, allgemeine Anliegen und Bürgerbeteiligung für eine innovative Bürgerinteraktion.
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartnerin: Theresa Lotichius Robert-Bosch-Straße 7 64293 Darmstadt Telefon: 06151 / 62915-50 Fax: 06151 / 62915-51 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung: digital, innovativ, mehrsprachig und ki-gestützt. 15 Jahre Erfahrung mit Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Wuppertal, Bremen, Graz, Marburg, München.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. 0711.937 740-10.

D-3	 OPTIMAL SYSTEMS A KYOCERA GROUP COMPANY	OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Tobias Bisgwa Vahrenwalder Straße 269, 30179 Hannover Telefon: 0511 / 123315-0 Fax: 0511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Robert Wander Boulevard 9 33613 Bielefeld Telefon: 0521 / 9318-1000 Fax: 0521 / 9318-1111 E-Mail: info@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Die Ceyoniq Technology GmbH ist innovativer Partner der öffentlichen Verwaltung für intelligentes Informationsmanagement. Die flexible E-Akte-Lösung nscale eGov ist genau an die Anforderungen der digitalen Verwaltung angepasst. Sie gibt den Pulsschlag des abteilungsübergreifenden Informationsflusses vor und führt Länder und Kommunen ins digitale Zeitalter.
D-4	 smart Documents	SmartDocuments Deutschland GmbH Ansprechpartner: Sven Buick Erkrather Str. 401 40231 Düsseldorf Telefon: 0228 / 37728810 E-Mail: info@smartdocuments.de Internet: www.smartdocuments.de	Raus aus dem Vorlagendschunge! SmartDocuments ist eine Softwarelösung, welche die Erstellung von Dokumenten und Vorlagen automatisiert und somit Ihre zentrale Vorlagenverwaltung massiv erleichtert. SmartDocuments ist eine flexible und skalierbare Lösung, die sich an Ihre individuellen Anforderungen und IT-Architektur anpasst.
D-4	 d.velop	d.velop AG Schildarpstraße 6-8 48712 Gescher Telefon: 02542 / 9307-0 E-Mail: info@d-velop.de Internet: www.d-velop.de	Als innovativer DMS-Anbieter ist d.velop auf Branchen wie die öffentliche Verwaltung, Kammern und Hochschulen spezialisiert. Die Software-Lösung ermöglicht eine KI-gestützte Aktenführung, medienbruchfreie Prozesse, nahtlose Fachverfahrensintegrationen sowie eine effiziente Zusammenarbeit über Organisationsgrenzen hinweg.
D-6	 sovero	sovero GmbH Eschborner Landstraße 42-50 60489 Frankfurt am Main Telefon: 069 / 3 48 66 36 - 0 E-Mail: info@sovero.io Internet: www.sovero.io	Die sovero GmbH (ehemals LORENZ Orga-Systeme GmbH), ein Unternehmen der öffentlichen Hand, unterstützt Verwaltungen mit Beratung, Aktendigitalisierung und Softwarelösungen. Cloudbasierte eAkte und Bestandsaktendigitalisierung ermöglichen ortsunabhängiges Arbeiten und bilden die Basis der Verwaltungsdigitalisierung.
D-7	 regisafe GmbH	regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 71332 Waiblingen Telefon: 07151 / 96528-233 Fax: 07151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 QNG by GELAS GmbH	GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, 71332 Waiblingen Telefon: 07151 / 9534-70 Fax: 07151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	QNG zählt zu den Top-Lösungen unter den DMS-Systemen und hat sich als unverzichtbare Lösung für das Management von Dokumenten und revisionssicherer Archivierung in der öffentlichen Verwaltung etabliert – von der digitalen Verarbeitung von Rechnungen im Workflow bis zur Verwaltung vielfältiger Unterlagen aus Fachverfahren.
D-9	 PDV GmbH	PDV GmbH Haarbergstraße 73 99097 Erfurt Telefon: 0361 / 4407-100 Fax: 0361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.
D-4	 HADES SOFTWARE GMBH	HADES Software GmbH Ansprechpartner: Herr Gerrit Anlauf Jacksonring 15 48429 Rheine Telefon: 05971 / 9871-0 E-Mail: info@hades-software.de Internet: www.hades-software.de	Die HADES Software GmbH ist marktführendes Unternehmen für Friedhofsverwaltungsverfahren und betreut mittlerweile mehr als 4.000 Anwenderinnen und Anwender in Friedhofsverwaltungen jeder Größe. Mit innovativen Lösungen werden stets neue Maßstäbe gesetzt und so die Digitalisierung moderner Verwaltungen effektiv unterstützt.
Ihr Eintrag	Ihr Produkt- oder Firmenlogo	Ihre Firmierung Ansprechpartner: Max Mustermann Beispielstraße 17 12345 Musterstadt Telefon: 01234 / 123456-0 Fax: 01234 / 123456-999 E-Mail: info@ihr-unternehmen.de Internet: www.ihr-unternehmen.de	Ihr beschreibender Text, maximal 330 Zeichen mit Leerzeichen. Beispiel: Firma XYZ ist Marktführer im ABC-Bereich und hat Lösungen für nahezu alle Marktsegmente. Die neue Produktfamilie PQR ist ein durchgängiges und skalierbares System mit leistungsstarken Modulen, die Anwendern und Entwicklern höchste Flexibilität bieten.

D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 78467 Konstanz Telefon: 075 31 / 3 65 98-00 Fax: 075 31 / 3 65 98-11 E-Mail: info@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU bietet Beratung, Konzeption und Entwicklung hochwertiger Individualsoftware im öffentlichen und privaten Sektor mit den Schwerpunkten OZG-Umsetzung, Registermodernisierung, Serviceplattformen und Social Intranet. Gemeinsam mit unseren Kunden bauen wir die digitale Verwaltung in Deutschland.	OZG-Lösungen
D-4		GIS Consult GmbH Schultenbusch 3 45721 Haltern am See Telefon: 02364 / 9218-11 Fax: 02364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4		con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 48155 Münster Telefon: 0251 / 59689 300 Fax: 0251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	Mit GeoIT von con terra in die digitale Zukunft: Von anwendungszentrierten Apps über Informationsportale bis zum digitalen Zwilling. Unsere Stärke: maßgeschneiderte, wirtschaftliche und voll integrierte Lösungen, die Ihre Anforderungen erfüllen. Unser ganzheitlicher Full-Service-Ansatz garantiert nachhaltige GeoIT-Lösungen.	Geodaten-Management
D-8		RIWA GmbH Ansprechpartnerin: Susann Schöne An der Neumühle 5 87700 Memmingen Telefon: 08331 / 92720 E-Mail: news@riwa.de Internet: www.riwa.de	RIWA macht Geodaten digital erlebbar. Seit 1998 unterstützt das Unternehmen Kommunen bei smarter Planung und digitaler Daseinsvorsorge – mit innovativer Software, Digitalen Zwillingen und 360°-Lösungen. Über 1.500 Kunden setzen auf einen der führenden GIS-Anbieter Deutschlands.	Geodaten-Management
D-I		Lünecom Kommunikationslösungen GmbH Wulf-Werum-Straße 3 21337 Lüneburg Telefon: 04131 / 78964-0 Fax: 04131 / 78964-125 E-Mail: info@lunecom.de Internet: www.lunecom.de	Glasfaser für Norddeutschland und Niedersachsen: „Unser Netz ist das, was Du daraus machst!“ dafür steht die lünecom. Als starke regionale Marke, Netzbetreiber und Serviceprovider versorgt lünecom Kunden, Unternehmen, Wohnungswirtschaft und Kommunen mit individuellen Lösungen und Gigabitinternet aus einer Hand.	Breitband
D-3		sewikom GmbH Unter der Schirmeke 3 37688 Beverungen Telefon: 05273 / 3676-400 Fax: 05273 / 3676-330 E-Mail: info@sewikom.de Internet: www.sewikom.de	Die sewikom mit Sitz in NRW ist seit 1995 verlässlicher Partner für die Kommunen und ländliche Regionen. sewikom sorgt für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfaser-Netzes, den Betrieb der Glasfaser-Netze und liefert schnellste Datenraten für Privathaushalte, Wohnungswirtschaft und Wirtschaftsunternehmen. Vom Ausbau bis zum Anschluss aus einer Hand.	IT-Infrastruktur
D-4		rku.it GmbH Westring 301 44629 Herne Telefon: 02323 / 3688-0 Fax: 02323 / 3688-680 E-Mail: kontakt@rku-it.de Internet: www.rku-it.de	rku.it ist seit 1961 verlässlicher IT-Partner der Versorgungs- und Verkehrswirtschaft sowie kommunaler Unternehmen. Mit leistungsstarken IT- und Cloud-Services, SAP- und Anwendungsberatung sowie Business Process Outsourcing gestaltet rku.it zukunftsfähige IT-Lösungen. Die Leistungsfähigkeit von rku.it überzeugt heute über 130 Unternehmen.	IT-Infrastruktur
D-7		audius SE Ansprechpartner: Kevin Wildenau Mercedesstr. 31 71384 Weinstadt Telefon: 07151 / 36 900-0 Fax: 07151 / 36 900-10 E-Mail: sales@audius.de Internet: www.audius.de	audius ist ein verlässlicher Digitalisierungspartner für die öffentliche Verwaltung. Das Unternehmen bietet sichere Cloud-Lösungen und IT-Security made in Germany mit Fokus auf Datenschutz, Vertraulichkeit und digitale Souveränität – betrieben aus einem KRITIS-bewährten Rechenzentrum in Karlsruhe.	IT-Infrastruktur
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 31582 Nienburg/Weser Telefon: 05021 / 88 77 555 Fax: 05021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.	CMS Portale

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. 0711.937 740-10.

D-3	 BARTHAUER SOFTWARE	Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a 38126 Braunschweig Telefon: 0531 / 23533-0 Fax: 0531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	Spezial-Software
D-7	 AIDA ORGA	AIDA ORGA GmbH Otto-Lilienthal-Straße 36 71034 Böblingen Telefon: 07031 / 30460-0 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	
D-8	 G&W	G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h 81671 München Telefon: 089 / 5 15 06-4 Fax: 089 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NFK: Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten, integriertes Bau- und Facilitymanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen. Arbeiten in der Cloud mit AVA4CLOUD.	
D-9	 LogoData® Ihr Partner für innovative Jugendamt-Software	LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 99084 Erfurt Telefon: 0361 / 5661222 Fax: 0361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.	
D-9	 NCP	NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 90449 Nürnberg Telefon: 0911 / 9968-0 Fax: 0911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP ist ein weltweit führender Softwarehersteller für VPN-Lösungen, die sich in moderne Konzepte flexibel integrieren lassen und diese perfekt ergänzen. Kunden aus allen Branchen setzen auf die Lösungen „Made in Germany“. Zum Portfolio gehören auch vom BSI zugelassene Lösungen für mobiles Arbeiten nach der Geheimhaltungsstufe „VS-NfD“.	IT-Security
D-6	 MATRIX42	Matrix42 GmbH Ansprechpartner: Sebastian Werner Elbinger Straße 7 60487 Frankfurt am Main Telefon: 069 / 6677-3838-0 Fax: 069 / 6677-8865-7 E-Mail: publicsector@matrix42.com Internet: www.matrix42.com	Mit Matrix42 digitalisiert der öffentliche Sektor seine IT- und Serviceprozesse effizient, sicher und zukunftsfähig – mit modernem IT-Service-Management, Software Asset Management sowie Unified Endpoint Management. Als European Choice verbindet Matrix42 höchste Datenschutzstandards mit Innovation und bietet exzellenten Service direkt aus Deutschland.	ITSM
D-4	 bpc best practice consulting	best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 32, 48155 Münster Telefon: 0163 / 6360760 Fax: 0251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc-ag Internet: www.bpc-ag	Über 25 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4HANA-Templates für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 31582 Nienburg/Weser Telefon: 05021 / 88 77 555 Fax: 05021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-5	 ZFM TALENT BOARD	zfm Executive Consulting GmbH Ansprechpartnerin: Gianna Forcella Meckenheimer Allee 162 53115 Bonn Telefon: 0228 / 265004 E-Mail: gianna.forcella@zfm-bonn.de Internet: www.zfm-talentboard.de	Das zfm Talentboard ist die cloudbasierte SaaS Lösung für Auswahlverfahren, Potenzialanalysen und Bewerbungsmanagement im öffentlichen Sektor. Erstellen Sie mit wenigen Klicks standardisierte, objektive und rechtssichere Verfahren und profitieren Sie von klar strukturierten Prozessen – nutzbar in allen gängigen Browsern.	
D-2	 digital SIGNAGE.de	digitalSIGNAGE.de GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Björn Christiansen Ottenser Hauptstraße 2-6 22765 Hamburg Telefon: 0800 / 72400-98 Telefon: 040 / 180 2410 80 E-Mail: vertrieb@digitalsignage.de Internet: www.digitalsignage.de	Die digitalSIGNAGE.de GmbH bietet Digital Signage Komplettlösungen für Behörden, Institutionen & Unternehmen: Digitale Schwarze Bretter, Infostelen, Leitsysteme, Besucherauflaufsysteme, E-Paper-Türbeschilderung, Raumbuchungsdisplays – inkl. 3 Jahren Cloud CMS Software, persönlichem Support & Garantie, ISO-zertifiziert und DSGVO-konform.	Digital Signage

D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, 37073 Göttingen Telefon: 0551 / 52208-0 Fax: 0551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Die H+H Software GmbH bietet Schulträgern und Schulen individuelle Softwarelösungen und IT-Dienstleistungen für die Schuldigitalisierung an. Mit NetMan for Schools erhalten Schulen eine IT-Gesamtlösung für Infrastruktur, Unterrichtsgestaltung und Organisation. NetMan ist für den Einsatz im pädagogischen Schulnetz sowie im Schulverwaltungsnetz geeignet.	Schul-IT
D-0		brainocons GmbH Ansprechpartner: Ronny Kirchner Leipziger Straße 110 04425 Taucha bei Leipzig Telefon: 0173 / 8 65 15 69 E-Mail: rki@brainocons.de Internet: www.brainocons.de	brainocons bietet eine cloudbasierte KI-Middleware für Kommunen. Unsere Lösung vernetzt bestehende Systeme – wie Webanwendungen, Fachverfahren und DMS – mit modernen KI-Modellen. Dabei unterstützen wir wichtige IT-Standards und betreiben die KI-Modelle DSGVO-Konform und gemäß AI Act der EU in einem RZ in Deutschland.	KI
D-4		Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Robert-Schuman-Straße 20 44263 Dortmund Telefon: 0231 / 55 99-8292 Fax: 0231 / 55 99-9892 E-Mail: marketing@materna.group Internet: www.materna.de	Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratungsangebote und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen und die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit. Darüber hinaus realisiert Materna innovative IT-Lösungen.	KI
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Sebastian Rauer Prager Straße 8 04103 Leipzig Telefon: 0341 / 2538-0 Fax: 0341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a 06112 Halle (Saale) Telefon: 0345 / 585-0 Fax: 0345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als Cloud Service-Provider und -Integrator oder mit der souveränen Cloud bietet GISA umfassende IT-Lösungen für den öffentlichen Sektor: Ob Finanz- und Haushaltsmanagement mit S/4 HANA, IT-Security, Open Source-Lösungen wie die Smart City Plattform oder KI-Themen - wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	KI
D-1		Telecomputer GmbH Wagner-Rény-Straße 25 12489 Berlin Telefon: 030 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: https://telecomputer.de	Telecomputer ist Ihr Komplett-Dienstleister für Software und IT-Projekte im Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen und einer der Marktführer in diesem Bereich. Wir bieten flexible, zuverlässige IT-Lösungen und OZG-konforme Online-Dienste mit einem hohen Grad an Integration und Interoperabilität – für eine moderne, schnelle und zukunftsichere Sachbearbeitung.	KI
D-2		CC e-gov GmbH Gutenstraße 10 20097 Hamburg Telefon: 040 / 22 71 99-0 Fax: 040 / 22 71 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	Die CC e-gov GmbH entwickelt digitale Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Zu den Produkten zählen ALLRIS, ein Ratsinformationssystem, und CC ECM für Dokumentenmanagement. In ALLRIS unterstützt eine KI-gestützte Protokollierung die Arbeit in der Gremienverwaltung.	KI
D-2		Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, 26121 Oldenburg Telefon: 0441 / 9714-0 Fax: 0441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 50 Jahren!	KI
D-3		GovConnect GmbH Jathostraße 11b, 30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, 26123 Oldenburg Telefon: 0441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Hund & Halter sowie OZG-konforme Online-Dienste.	KI
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 35398 Gießen Telefon: 06 41 / 98 30-1220 Fax: 06 41 / 98 30-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.	KI

Komplettlösungen

Anzeige

D-4	 Prosoz Digitale Transformation Einfach machen.	PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 26 I 45699 Herten Telefon: 023 66 / 188-0 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	Prosoz hat sich in den zurückliegenden 35 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 jccsoftware für den öffentlichen Dienst!	JCC Software GmbH Mendelstraße 11 48149 Münster Telefon: 0251 / 596 838 80 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Weniger warten, mehr erledigen! JCC Software hilft Ihnen dabei Ihre Verwaltungsprozesse zu digitalisieren: Von der Terminvergabe über die Personalplanung bis zur Besuchersteuerung und Zahlungsverarbeitung. Seit über 30 Jahren entwickeln wir unsere Software mit Kommunen für Kommunen. Jetzt kostenlose Vorführung vereinbaren: hallo.jccsoftware.de/k21-demo
D-5	 nagarro	Nagarro Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf Campusplatz 2 51379 Leverkusen Telefon: 0611 / 71189200 E-Mail: PublicSector.NES@nagarro.com Internet: www.nagarro.com/de/services/erp/sap/german-public-sector	Suite4Public: ganzheitliches kommunales Finanzwesen auf Basis von SAP. Fachverfahren für die Veranlagung von Steuern und Abgaben und Vollstreckung (Suite4KA) sowie template-basierte SAP-Implementierungen (Suite4Doppik auf Basis SAP PSKD, Haushaltsplanung mit SAC und Haushaltsplandruck).
D-5	 regio IT	regio IT GmbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen Telefon: 0241 / 41359-0 E-Mail: vertrieb@regioit.de Internet: www.regioit.de	Digitaler Wandel: Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen bietet die regio IT GmbH öffentlichen Auftraggebern wie Kommunen, Schulen, Energieversorgern und Entsorgern ein umfangreiches Produkt- und Serviceportfolio – qualitätsgesichert und dreifach nach international gültigen Standards zertifiziert.
D-5	 EDV Ermtraud GmbH	EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 56598 Rheinbrohl Telefon: 02635 / 9224-0 Fax: 02635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash: zentral/dezentral, Maus & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, TSE, DSFinV-K, DGVU I 15-005, EC-Terminals, PayPal. GEWERBE-Fachverfahren geve f. Städte&Kreise, Cloud/SaaS. Gewerbeanzeige online > Register > Auskunft. Erlaubniswesen, ProstSchG.
D-5	 KOMMUNIX SOFTWARE, SYSTEME & BERATUNG	Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 59425 Unna Telefon: 023 03 / 25 47 00 Fax: 023 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-7	 Komm.ONE	Komm.ONE Anstalt des öffentlichen Rechts Weissacher Str. 15 70499 Stuttgart Telefon: 0711 / 8108-20 Fax: 0711 / 8108-40001 E-Mail: info@komm.one Internet: www.komm.one	Die Komm.ONE beschafft, entwickelt und betreibt Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung für kommunale Körperschaften, deren Zusammenschlüsse und Unternehmen in Baden-Württemberg. Zusammen mit ihren Trägern gestaltet sie die Transformation zur digitalen Verwaltung und ist in ausgewählten Bereichen auch bundesweit tätig.
D-7	 S-Management Services	S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: 0711 / 782-0 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH (S-MS) ist ein Unternehmen aus der DSV-Gruppe und Partner für Business-Lösungen des öffentlichen Sektors. Sie unterstützt Verwaltungen mit modernen E-Government-Lösungen und bietet bürgerorientierte Prozesse von Online-Terminvergabe über Besucherstrom-Management bis zu digitalen Antragsverfahren.
D-8	 AKDB	AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 80686 München Telefon: 089 / 59 03-0 Fax: 089 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
Ihr Eintrag	Ihr Produkt- oder Firmenlogo	Ihre Firmierung Ansprechpartner: Max Mustermann Beispielstraße 17 12345 Musterstadt Telefon: 0 1234 / 123456-0 Fax: 0 1234 / 123456-999 E-Mail: info@ihr-unternehmen.de Internet: www.ihr-unternehmen.de	Ihr beschreibender Text, maximal 330 Zeichen mit Leerzeichen. Beispiel: Firma XYZ ist Marktführer im ABC-Bereich und hat Lösungen für nahezu alle Marktsegmente. Die neue Produktfamilie PQR ist ein durchgängiges und skalierbares System mit leistungsstarken Modulen, die Anwendern und Entwicklern höchste Flexibilität bieten.

Komplettlösungen

Rubrik

Komplettlösungen

Anzeige

D-8	Ayunis	Ayunis / Locaboo GmbH Ansprechpartner: Tim McNeill Balanstr. 73 / Haus 21A 81541 München Telefon: 089 / 21 54 70 960 E-Mail: sales@ayunis.com Internet: www.ayunis.com	Ayunis entwickelt moderne Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Unser Ziel: praxiserprobtes Verwaltungswissen mit starker Technologie zu verbinden – um die öffentliche Hand im digitalen Wandel zu unterstützen und den Arbeitsalltag spürbar zu erleichtern. Einfach. Sicher. Zukunftsfähig.
D-8	axians	Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Hanne Kathrin Müller Hörvelsinger Weg 21 89081 Ulm Telefon: 0731 / 1551-637 Fax: 0731 / 1551-555 E-Mail: hanne-kathrin.mueller@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Seit mehr als 35 Jahren ist Axians Infoma führender Partner von Kommunen und deren Betriebe, Rechenzentren und kirchlichen Institutionen. Die webbasierte Lösung Infoma für Finanzwesen, Liegenschafts- und Gebäudemanagement, Kommunale Betriebe ermöglicht durchgängig digitale Prozesse – auf dem Kunden-server, im RZ gehostet oder in der Cloud.
D-9	DATEV	DATEV eG Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: https://go.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Komplettlösungen

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. 0711.937740-10.

Anzeige

Das Digital-Abo von Kommune21

Interaktives Heft-PDF und ePaper

Jetzt die Zusatzvorteile sichern: Jede Ausgabe von Kommune21 als Heft-PDF und ePaper in Ihrem Intranet!



Umfassend informiert: Heft-PDF und ePaper im Abo.

kommune21.de/abo

Senatskanzlei Hamburg / Guenther Schwing



Digital nach vorne gehen

Seit November 2025 ist Annika Busse CIO der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Interview mit Kommune21 erklärt sie, mit welchen Maßnahmen sie Hamburg auf dem Weg zur digitalen Metropole weiter voranbringen will.

Visual Studio/stock.adobe.com



Die smarte Stadt ist resilient

Hitze- und Trockenstress, Hochwasser, Starkregen – Kommunen müssen sich längst mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen. Wie digitale Lösungen den Weg zur klimaresilienten Stadt unterstützen, zeigen Beispiele aus Aalen, Arnsberg und Ruderatshofen.

Wegweiser Media & Conferences GmbH / Simone M. Neumann



IT-Schwerpunkte im Juni

In der Rubrik Informationstechnik geht es um die Potenziale von KI-Agenten für den öffentlichen Einkauf, Erfahrungen mit der Paymentlösung Wero, Trends und Entwicklungen in der Kommunalkasse sowie Highlights des diesjährigen Zukunftskongresses.

Father_Studio/stock.adobe.com



Haushaltsplanung neu gedacht

Bei der Modernisierung ihrer Haushaltsplanung hat die saarländische Landeshauptstadt Saarbrücken bewusst Neuland betreten und einen plattformbasierten Ansatz gewählt. Mittlerweile ist die Lösung im kommunalen Alltag angekommen.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe			
AKDB	2	ITEBO	21
Bitkom	55	K21 media	35, 65
brain-SCC	15	KGSt	43
ekom21	5	Komm.ONE	68
Handelsblatt	41	Kommunix	27, 29
HRM Institute	19	LITTLE BIRD	7
		NOLIS	67
		rku.it	45
		Sternberg	23
		Wegweiser	9
		Branchenindex IT-Guide	58 - 65

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Friedrichstraße 13
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 937 740-10
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Friedrichstraße 13
70174 Stuttgart
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Dr. Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann (Autor)
Sibylle Mühlke (Freie Mitarbeiterin)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Friedrichstraße 13
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 937 740-11
E-Mail: 0160 / 6960381
marketing@k21media.de

Seit dem 1.1.2026 gilt die Preisliste Nr. 26 der Media Information 2026.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: 0711 / 937 740-10

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Titelbild, Seite 4: Smallroombigdream/
stock.adobe.com

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Hinweise:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2026 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Einfach schneller Fachkräfte gewinnen



Stellenausschreibungen mit wenigen Klicks erstellen und veröffentlichen: Sorgt für einen komfortablen, zeitsparenden Ablauf in kommunalen Stellenbesetzungsverfahren.



Schnittstellen und Multiposting für eine maximierte Reichweite: Veröffentlichen Sie Ihre Stellen gleichzeitig auf allen relevanten Plattformen – ohne Mehraufwand.



Schnelle und unkomplizierte Online-Bewerbung dank CV-Parsing: Vereinfacht die Bewerbung für Fachkräfte und schafft eine verlässliche Grundlage für Ihre Auswahl.



Beteiligung aller Gremien/Fachbereiche inkl. detaillierter Rechtsteuerung: Gewährleistet Datenschutz und klare Zuständigkeiten bei reduziertem Abstimmungsaufwand.

★ **NEU:**
KI-gestütztes
CV-Parsing

NOLIS GmbH

✉ info@nolis.de

☎ 0 50 21 - 88 77 555

🌐 www.nolis.de



Mit ♥ gemacht in Nienburg/Weser

Jetzt mehr erfahren: www.nolis-recruiting.de

CYBERABWEHR AUS EINER HAND

Mit der Komm.ONE an Ihrer Seite gehen Sie auf Nummer sicher. Als erfahrene Expertin für Cybersecurity bieten wir Kommunen einen umfassenden Schutz- und Rettungsschirm. Informieren Sie sich über unsere Produkt-, Service-, Beratungs- und Veranstaltungsangebote.



Mehr Informationen unter:
www.komm.one